

MEDIEN IN LATEINAMERIKA

Welt der Informationen in Bewegung



Ein Reader des Forschungs- und Dokumentationszentrums Chile-
Lateinamerika FDCL e.V.

August 2006



FORSCHUNGS- UND DOKUMENTATIONSZENTRUM CHILE-LATEINAMERIKA FDCL e.V.



Inhaltsverzeichnis

Einleitung.....	1
I. Überblicksartikel.....	3
1. „Editorial: Medien und ihre Mittel“ aus: <i>Jahrbuch Lateinamerika – Analysen und Berichte 28</i> , S. 7-12.....	5
2. "Der Kampf um Öffentlichkeit: Begriffe, Akteure, politische Dynamiken" aus: <i>Jahrbuch Lateinamerika – Analysen und Berichte 28</i> , S. 13-31.....	8
3. „Medien und Demokratie“ aus: <i>Matices Nr. 26, 2000</i> , S. 10-12.....	19
4. „Geduldiges Papier, Zuckerbrot und Peitsche“ von: <i>Paul Linnarz (Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.)</i> , 2005.....	23
5. „Medienmogule an der Macht“ aus: <i>Südwind Magazin, Nr. 7, 2005</i> , S. 16.....	27
6. „Internet: Internet und Politik in Lateinamerika“ aus: <i>Solidaridad, Nr. 225/226, 2003</i> , S. 22-25.....	31
II.....	
Gegenbewegungen.....	35
1. „Telesur: Stets unabhängig, doch niemals neutral“ aus: <i>Lateinamerika anders, Nr. 3, 2005</i> , S. 21.....	37
2. „Eine kleine Revolution“ aus: <i>iz3w, Nr. 288, 2005</i> , S. 4-5.....	39
3. „Chávez ist voll im Bild“ aus: <i>Jungle World, Nr. 18, 2006</i>	43
4. "Chávez mediale Offensive" aus: <i>Lateinamerika Nachrichten, Nr. 372, 2005</i> , S. 32-34.....	45
5. „Basismedien müssen gestärkt werden“ aus: <i>Neues Deutschland, 18.07.06</i>	49
III. Alternative Medien.....	51
1. „Vorsicht! Informationen unter Verdacht“ aus: <i>Lateinamerika Nachrichten, Nr. 372, 2005</i> , S. 18-19.....	53
2. „Ich sehe was, was du nicht siehst“ aus: <i>Lateinamerika Nachrichten, Nr. 372, 2005</i> , S. 20.....	55
3. " Es gibt im Internet die Möglichkeit, alle Grenzen und Kontrollen zu überschreiten" aus: <i>Lateinamerika Nachrichten, Nr. 372, 2005</i> , S. 21-23.....	57
4. "Medien als zentrales Herrschaftsinstrument" aus: <i>Lateinamerika Nachrichten, Nr. 372, 2005</i> , S. 35-37.....	61

5. „Die Freude aus dem gelben Haus“ aus: <i>Lateinamerika Nachrichten</i> , Nr. 372, 2005, S. 39-41.....	65
6. „Nachrichten aus Genderperspektive“ aus: <i>Lateinamerika Nachrichten</i> , Nr. 372, 2005, S. 42-44.....	69
7. „Radio als Therapie“ aus: <i>Lateinamerika Nachrichten</i> , Nr. 372, 2005, S. 47-49....	73
8. „Wind und Worte in Chiapas“ aus: <i>Lateinamerika Nachrichten</i> , Nr. 372, 2005, S. 50-51.....	77
9. „Pädagogisch – Politisch – Populär“ aus: <i>epd</i> , Nr. 15/16, 1998, S. 33-34.....	79
10. „Community Radio“ aus: <i>Nachrichten aus Lateinamerika</i>	81
IV. Vorstellung der Medienprojekte.....	85
1. Comunitaria TV.....	87
2. Nachbarschafts-Bibliothek Pueblo Isidoro Noblía	87
3. Aufbau des Zeitungsprojekts "Der Maurer".....	88
4. Qualifizierung zum Aufbau eines "Freien TV-Kanals" in La Matanza.....	88
5. Projekt: Mapa "Aquí Viven Genocidas".....	89
6. Publikation eines Buches über Aktionen politischer Straßenkunst.....	89
Linkliste.....	91

Einleitung

Medien sind Kommunikationsmittel zur Übermittlung von Informationen an Einzelne oder Gruppen. Die Funktion der Medien ist vielfältig: sie übernehmen eine Kommunikations-, Bildungs- und Informationsfunktion. Des Weiteren wirken sie an der Willens- und Meinungsbildung mit, üben Kritik oder Kontrolle aus, dienen als Wirtschaftsfaktor, Kulturträger und tragen zur Unterhaltung bei. Medien nehmen auch durch die beständige Weiterentwicklung der modernen Kommunikationstechnologien im alltäglichen Leben unserer globalisierten Gesellschaften eine immer bedeutendere Rolle ein.

Die Diskussion über die Mediensituation in Lateinamerika verliert nicht an Aktualität. Die Medienindustrie, vor allem das Fernsehen, hat sich in den letzten Jahrzehnten zu einem dynamischen und lukrativen Markt entwickelt. Der Großteil der Medien (Zeitungen, Fernsehsender) befindet sich in privatem Besitz und wird zudem in vielen Fällen von Einzelpersonen mit besten Beziehungen zu den politischen und ökonomischen Eliten beherrscht und als Machtinstrument eingesetzt. Diese Verflechtungen von Medien, Politik und Wirtschaft sind die Grundlage für das Entstehen der großen, die Medienlandschaft und Informationspolitik dominierenden Medienkonzerne.

Zwar wird mittlerweile in nahezu allen lateinamerikanischen Ländern die Freiheit der Meinungsäußerung zumindest theoretisch respektiert, doch unterliegt auch die veröffentlichte Meinung dem ökonomischen und politischen Interesse und Kalkül. Die Vielfalt von Informationen und Meinungen bleibt dabei auf der Strecke, vor allem finden die Probleme und Anliegen der ärmeren und sozial wie politisch ausgegrenzten Bevölkerungsteile kaum Berücksichtigung. Zudem ist für weite Bevölkerungsteile in Lateinamerika aufgrund von Armut und ungerechter Bildungschancen der Zugang zu und auch der Umgang mit den Möglichkeiten der sogenannten „modernen Informationsgesellschaft“ stark eingeschränkt.

Alternative Medien und Basis-Medienprojekte versuchen auf vielfältige Weise, sich gegen den Einklang der kommerziellen Medien zu wenden. Der Zugang zu Informationen wird damit oftmals überhaupt erst ermöglicht wie auch eine Gegenöffentlichkeit geschaffen, also von den etablierten Medien ausgeblendete Themen aufgegriffen und Informationen aus einer anderen Perspektive produziert und verbreitet. Gleichsam erhalten die marginalisierten Bevölkerungsteile dadurch die Möglichkeit, die Produktion von Nachrichten und Medien in die eigenen Hände zu nehmen.

So haben sich in den letzten Jahren neben bspw. alternativen Nachrichtenagenturen und entsprechenden Plattformen im Internet insbesondere auf der lokalen Ebene vielfältige Basis-Projekte im Bereich der Printmedien wie auch lokale Fernsehkanäle und zahlreiche Basisradios entwickelt.

Anlass für die Erstellung dieses Readers ist der Solibasar 2006, der traditionell Ende August/Anfang September auf dem Alexanderplatz in Berlin stattfindet. Dieses Jahr ist das Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e.V. Partnerverein und Spendenempfänger der Veranstaltung und unterstützt mit den Geldern zwei Basisprojekte im Medienbereich in Argentinien und Uruguay.

Der Reader bietet begleitende Informationen zum Thema „Medien in Lateinamerika“ und soll ohne den Anspruch auf Vollständigkeit einen schlaglichtartigen Überblick zu dem Thema verschaffen. Beschränkt haben wir uns dabei auf Beiträge in deutscher Sprache, wobei

unterschiedliche Zugänge zur Thematik wie auch verschiedene Bereiche der Medienlandschaft Berücksichtigung finden.

Die einführende Artikel liefern allgemeine Informationen zu Medien im Kontext von Demokratie und Pressefreiheit. Es folgen Beiträge, die sich mit der Rolle der großen Medienkonzerne in Lateinamerika im Spannungsfeld von Demokratie, Politik und Wirtschaft auseinandersetzen. Einerseits wird hier bspw. die Struktur der Medienindustrie aufgezeigt und andererseits ein Einblick in die Rolle der „Neuen Informations- und Kommunikationstechnologie“ gegeben.

Hervorzuheben sind jedoch die Gegenbewegungen, die es zur Macht und der Agenda der großen Medienkonzernen gibt, wie der viel diskutierte Sender Telesur und schließlich die Alternativmedien. Die Ausgabe der Lateinamerikanachrichten 372 vom Juni 2005 setzte sich den Schwerpunkt „Alternative Medien in Lateinamerika“ und liefert einen guten Überblick über die Vielfalt der Ansätze in diesem Bereich. Da die Ausgabe mittlerweile vergriffen ist jedoch nichts von ihrer Aktualität eingebüßt hat, wurde ein großer Teil der darin enthaltenen Beiträge in diesen Reader aufgenommen.

Die beiden Spendenprojekte des Solibasars 2006, sowie die vier weiteren Medienprojekte, die sich in das weite und vielfältige Feld der alternativen Medienbewegung in Lateinamerika einfügen, jedoch als Spendenprojekte des Solibasars keine Berücksichtigung finden konnten, werden am Ende des Readers kurz vorgestellt.

Ergänzt werden die hier versammelten Beiträge durch eine Literatur- und Linkliste.

Amrei Buchholz und Daniela Mihok

Überblicksartikel

Editorial: Medien und ihre Mittel

Über Medien und ihre Mittel zu reden heißt, über Demokratie zu reden. Wenn in der *res publica* die „öffentliche Sache“ verhandelt werden soll, dann braucht diese Kommunikation, um öffentlich zu sein. Wenn alle Macht vom Volke ausgehen soll, dann gehören qualifizierte Information und selbst bestimmte Artikulation zu grundlegenden staatsbürgerlichen Rechten. Und wenn das demokratische Basisprinzip des „ein Mensch - eine Stimme“ auch hier gelten soll, dann müssten - schon müssen wir in den Konjunktiv wechseln - auch bei der Verhandlung dieser öffentlichen Sache alle Stimmen gleichermaßen Gehör finden können.

In der Realität, zumal der lateinamerikanischen, werden diese Postulate freilich von den autoritären Zumutungen der Mächtigen genauso überlagert wie von den Machtstrukturen und Exklusionsmustern, die Wirtschaft und Gesellschaft durchziehen. Dies gilt, auch wenn die klassische Abhängigkeit des Südens vom Norden auf den ersten Blick überwunden scheint: Brasiliens „Globo“-Gruppe oder Mexikos „Televisa“ sind längst *global players* des Weltmedienmarktes geworden, die strategische Allianzen mit US-Unternehmen schmieden, um den wachsenden Markt der Latinos in den USA zu erobern und deren *telenovelas* - wie etwa die brasilianische Serie mit dem trostvollen Titel „Auch die Reichen weinen!“ - noch im post-sozialistischen Russland zum Quotenhit avancieren.

In Lateinamerika selbst sind die großen Medienkonzerne politische Machtfaktoren allererster Ordnung. In Brasilien nimmt allein „Globo“ mehr als 70 Prozent aller Ausgaben für Fernsehwerbung ein und hält mehr Marktanteile als alle Mitbewerber zusammen. In Mexiko musste der TV-Gigant „Televisa“ sein langjähriges, unter dem PRI-Regime wohlgeschmiertes Quasi-Monopol inzwischen mit „TV Azteca“ teilen - von pluralistischer Medien- und Meinungsvielfalt ist dieses Duopol gleichwohl Lichtjahre entfernt.

Lateinamerikas Herren über Fernsehen, Radio und Presse leben in enger Symbiose mit den wirtschaftlichen und politischen Eliten. Für die Nachrichtlichen Medienwissenschaftlers Danny Schechter „*The more you watch, the less you know*“¹ in oft erschreckender Form. Die offene staatliche Zensur, die während der Zeit der Militärdiktaturen in den meisten Ländern des Kontinents die Arbeit der Medien massiv und gewaltsam beschnitt, ist einem sehr viel komplexeren und subtileren Zusammenspiel von Markt- und Machtstrukturen gewichen.

¹ Danny Schechter (1998): *The More You Watch, The Less You Know*; New York.

Linke Kräfte und Basisbewegungen schwimmen hier bei ihren Versuchen, sich in der öffentlichen Sphäre Gehör zu verschaffen, allenthalben gegen den Mainstream der dominanten Medien an. Dieser „Kampf um die Öffentlichkeit“ geht für die sozialen Akteure zuallererst darum, in ihren Anliegen Gehört und gehört, wahrgenommen und als legitim anerkannt zu werden, um von dieser Grundlage aus Druck auf politische Entscheidungsprozesse entwickeln zu können, woran uns *Sérgio Costa* in seinem einleitenden Beitrag für diesen Band erinnert. Während der klassische Prozess des lateinamerikanischen *nation-building* den Nationalstaat als zentralen Kommunikationsrahmen für die Herausbildung einer homogenen Nationalidentität postulierte, haben sich in den vergangenen Jahrzehnten vielfältige *new publics* etabliert, die – sei es aus Sicht von Frauen oder von lokalen Gemeinschaften, von ethnischen Minderheiten oder von Homosexuellen – die gleichberechtigte Anerkennung jener Positionen und Lebensentwürfe einfordern, die von der *mainstream*-Konzeption nationaler Identität verdrängt oder ausgeblendet werden.

Für die politischen Demokratisierungsprozesse in Lateinamerika hatten die Medien vielfach große Bedeutung. In Argentinien etwa waren es Zeitungen wie die neu gegründete *Página/12*, die nach dem Ende der Diktatur in den achtziger Jahren auf einer Auseinandersetzung mit den autoritären Erbschaften in Politik und Gesellschaft sowie der moralischen und rechtlichen Aufarbeitung der Verbrechen der Militärs bestand – und die in den neunziger Jahren die Aushöhlung der Demokratie durch die neoliberale Korruptokratie Menems anprangerte. Auch in Mexiko spielte die Presse, allen voran die ebenfalls neu gegründete *La Jornada*, eine zentrale Rolle für die politische Öffnung und trug erheblich dazu bei, den eisernen Griff der PRI auf mediale Deutungshoheit, Wahlergebnisse und Machtausübung zu durchbrechen.² Wenn *La Jornada* bis heute den Verlautbarungen der zapatistischen Guerilla eine verlässliche Publikationsmöglichkeit bietet, dann ist auch dies ein Indiz dafür, wie weit sich das politische Meinungsspektrum, das in der öffentlichen Debatte Gehör finden kann, erweitert hat.

Wie wenig dies allerdings verallgemeinerbar ist, zeigt der Fall Chile, den *Rafael Otano* und *Guillermo Sunkel* in diesem Band untersuchen. Ein gesellschaftskritischer Journalismus, wie er am Ende der Pinochet-Diktatur von der Opposition geleistet wurde, ist in der chilenischen Presse heute kaum noch zu finden. So paradox es klingen mag, so ist es im Zuge jenes Prozesses, der die Demokratisierung der Gesellschaft zum Ziel haben sollte, im Vergleich zu den letzten Jahren der Militärherrschaft zu einer Einschränkung der ideologischen und kulturellen Vielfalt der Medien gekommen, so die ermüchternde Bilanz der Autoren.

2 Eine aktuelle Analyse dieses Prozesses sowie eine Reihe weiterer leserwerter Aufsätze zu Lateinamerikas „Medien und ihren Mitteln“ finden sich in der Januar/Februar 2004-Ausgabe der US-amerikanischen Lateinamerika-Zeitschrift „NACLA“, die, in Seelenverwandtschaft zu diesem Jahrbuch, „Media in the Americas“ zum Schwerpunktthema hat.

Spätestens an dieser Stelle ist gleichwohl davor zu warnen, den Blick nur auf die großen und etablierten Massenmedien wie Zeitungen und Fernsehen zu reduzieren. Gerade lokale Radiosender haben eine oft unterschätzte Bedeutung für die Kommunikation und Artikulation der ökonomisch und sozial marginalisierten Bevölkerung. Für ethnische Minderheiten erweist sich das lokale Radio dabei oft als das einzige wirklich interkulturelle Medium. Nicht nur wird dort mit sehr viel größerer Selbstverständlichkeit als in anderen Medien in der Sprache der indigenen Gemeinde gesendet, sondern diese ist über ihre kommunalen Strukturen, vielfach aber auch ganz direkt in Form etwa der so genannten *„reporteros empíricos“* oder *„reporteros campesinos“* aktiv an der Gestaltung des Programms beteiligt. Auch diese Medien ethnischer Minderheiten sind freilich keineswegs nur basisdemokratische Bewegungen mit per se fortschrittlichen Inhalten. Den spektakulärsten Fall in dieser Hinsicht bietet sicherlich Bolivien: In den achtziger und neunziger Jahren wurden dort ein Radio- und ein Fernsehsender zum Trampolin für den beispiellosen politischen Aufstieg seines Mächters, Carlos Palenque, der mit paternalistischem Aymara-Populismus zu einem gewichtigen – und kaum „links“ zu nennenden – Machtfaktor im Land wurde.³

Ein auf die klassischen „Massenmedien“ verengtes Verständnis lässt darüber hinaus nur kulturelle Ausdrucksformen, sondern auch die alltäglichen dezentralen Kommunikationsnetze der Bevölkerung außen vor. Das Bild, das sich die Lateinamerikaner von sich und von der Welt machen, ist ja kein nur über „Massenmedien“ vermitteltes. Das USA-Bild der Kubaner etwa wird eben nicht nur von der Parteizeitung „Granma“ auf der einen und Washingtons Propagandasender „Radio Martí“ auf der anderen Seite geprägt, sondern genauso (oder mehr noch) durch die zahllosen Telefonate, Briefe und Erzählungen der in die USA emigrierten Verwandten, Freunde und Nachbarn – jene massenhafte „one-to-one“-Kommunikation, die kaum ins Blickfeld der Medienforschung fällt.

Ganz anders stellt sich dies im Fall des Films dar. Er ist allenthalben als klassisches Massenmedium anerkannt, auch wenn ein Großteil der lateinamerikanischen Filmproduktion kaum mehr als ein recht überschaubares Publikum in den städtischen Mittelschichten ihrer Länder erreicht. Doch Kino hat – wie alle Künste – eine Tiefenwirkung, die weit über das direkte Publikum hinaus gehen. So wurde der Aufbruch des „Neuen Lateinamerikanischen Films“ in den sechziger und siebziger Jahren zu einem Brennpunkt für das neue Selbstverständnis des Kontinents, auch wenn viele seiner wegweisenden Filme keine großen Publikumerfolge wurden. In Brasilien etwa ist Glauber Rocha längst in den Pantheon kultureller Nationalhelden aufgenommen, auch wenn seine epischen, in Schwarz-Weiß gedrehten Film-Klassiker wie „Terra em Transe“ nie zu Schlangen vor den Kinosälen führten.

3 Palenque starb 1997 an einem Herzinfarkt; mit seinem Tod fiel auch seine politische Organisation CONDEPA weitgehend in sich zusammen. Zum Aufstieg Palenques s. Archondo, Rafael: Compadres al micrófono: La resurrección metropolitana del Ayllu. La Paz: Hisbol, 1991

bedingungslos identifizieren darf, kann sie um die Hauptfigur, und damit um sich selbst, weinen - und damit auch ihre eigene Würde behaupten.

Um Würde geht es auch in einem anderen Beitrag in diesem Jahrbuch zu „Medien und ihren Mitteln“: der Bilderserie der indigenen *camaristas* aus Chiapas. Es ist die Würde derjenigen, die seit Jahrzehnten fotografiert werden - von Anthropologen und von staatlichen Behörden, von Reportern und von Touristen - und die nun fotografieren. Nur in der Grammatik ist der Sprung von Passiv zu Aktiv ein kleiner. Dabei geht es dem Projekt der *camaristas*, die im Verein „Lok' Tamayach - Fotógrafos Mayas de Chiapas“ organisiert sind und deren Archiv inzwischen über 75.000 Bilder umfasst, nicht um eine simple Umkehrung des Blickes, wir sehen nicht die Touristen in typischer Tracht bei der Ausübung ihrer Rituale wie Souvenirkauf oder Fotografieren. Es geht um die Aneignung des Mediums Fotografie und um einen selbstbestimmten und selbstbewussten Umgang mit diesem Medium. Es muss offen bleiben, ob und inwiefern die in diesem Band reproduzierte Fotoserie nun einen „anderen Blick“ zeigt. Für die *camaristas* ist der Blick schon deshalb anders, weil es ein eigener ist. Dabei wird weniger das „Spektakuläre“ fokussiert, als vielmehr die Dinge, die das eigene Leben bevölkern. *Anne Huffschmid* sieht in ihrem begleitenden Text darin die eigentliche Attraktion dieser Fotografien: dass sie die eigene Welt verfremden - genau hierin liegt der Unterschied zwischen Kunst und bloßem Dokument.

Die Frage nach der Transformation politischer Öffentlichkeit, wie sie der Beitrag von Sérgio Costa eingangs aufwirft, wird zum Abschluss des Analyseteils unter einem spezifischen Blickwinkel in dem Beitrag von *Bert Hoffmann* wieder aufgegriffen, der die Implikationen der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien, allen voran des Internet, für Zugang, Gestaltung und Konfliktstruktur von Öffentlichkeit in Lateinamerika skizziert. Der herrschende Diskurs fasst die dramatischen Diskrepanzen in Verbreitung und Nutzung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien unter dem Begriff der *digital divide* („digitalen Kluft“), der entsprechende *digital solutions* suggeriert. Doch sind die ungleichen Möglichkeiten zur Nutzung von Internet & Co genauso wenig ein technisches Problem wie die „Zugang-zu-sauberem-Trinkwasser-divide“, sondern vielmehr Reflex und Folge der sozialen und ökonomischen Polarisierung zwischen Nord und Süd und innerhalb der einzelnen Gesellschaften.

In einem ersten Schritt, so argumentiert der Beitrag, ginge es daher darum, die Nutzung des Mediums Internet auch für jene Mehrheiten der Gesellschaft zu ermöglichen, die von dem Zugangsmodell des Nordens - Internetanschluss über den individuellen Computer am heimischen Schreibtisch - strukturell ausgeschlossen sind. Der beispielhafte Erfolg der öffentlichen Zugangszentren in Peru unterstreicht, dass die Lösungsansätze weniger in der Technologie („mehr Computer!“) als vielmehr im innovativen sozialen Umgang mit der

Auch in der Gegenwart gibt die Entwicklung des Filmschaffens auf ganz eigene Art Aufschluss über den Zustand der lateinamerikanischen Gesellschaften. Dies gilt gleichermaßen für die veränderten Produktionsbedingungen wie für Themen und Bildsprache der jüngsten Filme, wie der Beitrag von *Betzina Bremme* anhand von Beispielen aus Argentinien, Brasilien und Mexiko aufzeigt. Das „Nuevo Cine Latinoamericano“ hatte den Anspruch erhoben, nicht nur andere Filme zu machen, sondern auch das Medium Film zu verändern. Einer der bekanntesten theoretischen Texte, geschrieben von Kubas großem Regisseur Tomás Gutiérrez Alea, fasste dies unter dem programmatischen Titel „Die Dialektik des Zuschauers“⁴. Die Einweg-Beziehung zwischen Filmemacher und Zuschauern - hier ein aktiver „Sender“ von Botschaften, dort passiver „Empfänger“ dieser Botschaft - aufzubrechen. Die im Titel geführte Dialektik meinte, den Zuschauer mit einzubeziehen, ihn herauszufordern und ihn zu aktivem Tun zu bewegen - bei etlichen Filmen dieser Zeit war dies der Ruf zur Revolution, bei dem Kubaner Alea der Aufruf zur kritischen Haltung auch nach der Revolution.

Einer gänzlich anderen „Dialektik des Zuschauers“ auf der Spur ist der Beitrag von *Gisela Klindworth* über die populären Telenovelas. Denn auch bei diesem prominentesten Genre des lateinamerikanischen Fernsehens, in dem tagtäglich in immer neuen Wendungen herzerreißende Liebesdramen über die Bildschirme zwischen Rio Grande und Feuerland wogen, handelt es sich eben nicht nur um ein neues „Opium fürs Volk“, wie linke Medienkritiker zuweilen meinen, sondern um eine vielschichtiger Wechselwirkung zwischen „Erzählern“ und „Zuschauern“. Wo Telenovelas oft abschätzig als „Märchen“ bezeichnet werden, dann greift *Gisela Klindworth* diese Parallele offensiv auf, um die Telenovelas als Beziehungsdramen mit ähnlich ambivalentem Charakter zu analysieren. Schon die Grundstruktur ist ähnlich: Das polarisierte Ringen zwischen „Gut“ und „Böse“, bei dem man - im Unterschied zum wirklichen Leben - sich in jeder noch so gefährlichen oder tragischen Minute sicher sein kann, dass am Ende das Gute und die Guten siegen.

Dazu kommt die Möglichkeit, die ganze Gefühlspalette von Mitleid und Liebe, Ängsten und Hass gegenüber den fiktiven Personen zu erleben und in einem von sozialen Konsequenzen befreiten fiktiven „Probehandeln“ auszuleben. Das zentrale Thema der Telenovelas, so *Gisela Klindworth*, ist stets die Störung von zwischenmenschlichen Beziehungen. Damit geben die Telenovelas einen Rahmen vor, in dem die von dem Zuschauer oder der Zuschauerin individuell erlittenen Störungen und Enttäuschungen des eigenen Beziehungslebens davon befreit werden, als persönliches „Versagen“ zu gelten; vielmehr werden sie als kollektives, soziales Schicksal erlebt und verarbeitet. Indem sich die Zuschauerin mit der „Guten“ als Opfer und als aufrechter Heldin

4 Tomás Gutiérrez Alea (1982): *Dialéctica del espectador*; La Habana.

Technologie zu suchen sind. Auch wenn das technologische Potenzial des Internet nie gekannte Möglichkeiten bietet, die alte Trennung in wenige „Sender“ und viele „Empfänger“ genauso zu unterlaufen wie nationalstaatliche Kontroll- und Zensurmechanismen, so bedarf es doch auch hier immer erheblicher sozialer Emanzipationsprozesse, diese Möglichkeiten auch tatsächlich für diejenigen nutzbar zu machen, die in den „alten“ Medienstrukturen „ohne Stimme“ geblieben waren. Auf dem jüngst von der UNO organisierten „Weltgipfel zur Informationsgesellschaft“ in Genf setzten die aus aller Welt angereisten Basisgruppen und zivilgesellschaftlichen Organisationen denn auch mit Macht die Auseinandersetzung um „communication rights“ auf die politische Tagesordnung – als Teil der universellen Menschen- und Bürgerrechte und als Prüfstein für die Qualität und soziale Substanz demokratischer Verhältnisse.

Den Aufsätzen des Analyseteils folgen, wie es Tradition des Jahrbuchs ist, eine Reihe von ausgewählten Länderberichten, in diesem Jahr zu Argentinien, Belize, Bolivien, Brasilien, Ecuador, Mexiko, Venezuela.

Die Auseinandersetzungen um die Präsidentschaft von Hugo Chávez haben nicht nur die venezolanische Gesellschaft polarisiert. In der hiesigen kritischen Debatte reicht das Spektrum von denen, die eine politische Unterstützung des Präsidenten für selbstverständlich und zwingend geboten halten, bis zu scharfer Kritik an Person, Methoden und Politik von Hugo Chávez. Auch in der Redaktion des Jahrbuchs gehen die Einschätzungen auseinander. Mit Margarita López Maya kommt in dieser Ausgabe des Jahrbuchs eine venezolanische Autorin zu Wort, die der Regierung Chávez gegenüber grundsätzlich positiv eingestellt ist – ein Beitrag, der sicherlich unseren Leserinnen und Lesern ebenso Stoff zur Diskussion bieten wird wie uns.

Neu und bedauerlich ist, dass in diesem Band unter den Herausgebern der Name Eleonore von Oertzen fehlt. Sie hat über 13 Jahre das Jahrbuch in erheblichem Maße mitgeprägt, und uns bleibt, ihr für ihr jahrelanges Engagement für dieses Projekt ganz herzlich zu danken – und all jene Hannoveraner Schüler zu beneiden, die nun in den Genuss einer so außerordentlichen Lehrerin kommen.

Und schließlich: Wenn von Medien und ihren Mitteln die Rede ist, dann möchten wir daran erinnern, dass das *Jahrbuch Lateinamerika Analysen und Berichte* seit einigen Jahren auch von einer Homepage im Internet begleitet wird. Unter < www.jahrbuch-lateinamerika.de > sind nicht nur Inhaltsverzeichnisse und Editorials früherer Bände zu finden, sondern auch ein Service-Teil mit den aktuellen sozialen und ökonomischen Basisdaten für alle großen und mittelgroßen Länder Lateinamerikas und der Karibik.

Bert Hoffmann

Sérgio Costa

Der Kampf um Öffentlichkeit: Begriffe, Akteure, politische Dynamiken

„Früher wurden in den Revolutionen Bahnhöfe besetzt, heute besetzen wir Begriffe“

(Heiner Geißler)

Eine Bilanz jener Themen, die in den beliebtesten Telenovelas Brasiliens der letzten Jahre vorkamen, zeigt eine Tendenz, die manchen Besorgnis erregend und anderen nur kurios erscheinen mag: die gegenseitige Funktionalisierung von „Fiktion“ und „Realität“. Das bedeutet, dass die Telenovelas ihre Einschaltquoten erhöhen, indem sie auf Themen und Persönlichkeiten zurückgreifen, mit denen sich die Menschen in ihrem Alltag beschäftigen. Die Politik benutzt ihrerseits die immer noch populären Telenovelas als Bühne zur Selbstprofilierung, aber auch als Mittel für politische Aufklärung und Mobilisierung. So schmuggelte 1995 die Autorin Glória Perez Bilder vermisster Kinder in die Handlung ihrer Soap Opera *Explode Coração* (Explodierte, Herz!), womit ganz Brasilien in einen Fahndungsräusch gezogen wurde. Ein Jahr später stellte Autor Benedito Rui Barbosa in seiner Telenovela *Rei do Gado* (Der Rinderkönig) eine realistisch gestaltete Geschichte dar, in der Vertreter der Landlosenbewegung (MST) und Großgrundbesitzer in eine Hassliebe-Beziehung verwickelt wurden. Positive und negative Reaktionen auf das Teledrama hielten sich die Waage, die Einschaltquoten waren unschlagbar. Brasilianische Politiker diskutierten damals die Wirkungen der Handlung im Parlament und in der Presse; einige Abgeordnete wurden sogar gelegentlich als Komparsen engagiert, wodurch die Zuschauer sich nicht mehr sicher waren, ob sie gerade die Telenovela oder die Nachrichten sahen.

Einige Jahre später war es dann die Telenovela *Mulheres Apaixonadas* (Verliebte Frauen), die sich in die „Realität“ einmischte. Im September 2003 veranstalteten die Produzenten der Serie mit einigen Anti-Gewalt-Initiativen Rio de Janeiro eine Sonntagsdemonstration für die Entwaffnung der von Gewalt geplagten Metropole. Der Minister für soziale Kommunikation sowie der progressive Justizminister der Regierung Lula, der Präsident des nationalen Kongresses und andere politische Persönlichkeiten waren sowohl in der Demonstration als

gehen, auf denen Öffentlichkeit im Wandel begriffen ist: die Entstehung von *new publics*, der Strukturwandel der Medien und schließlich die Entfaltung von *participatory publics* (Avritzer 2002). Abschließend werden diese Entwicklungen in einem kurzen Exkurs zur Herausbildung einer antirassistischen Öffentlichkeit in Brasilien veranschaulicht.

Kampf um Öffentlichkeit: Markt oder kommunikativer Raum?

In der theoretischen Diskussion um Öffentlichkeit können zwei große Strömungen unterschieden werden. Die erste umfasst Ansätze, die Öffentlichkeit als einen politischen Meinungsmarkt behandeln, in dem die Kontrolle der Kommunikationsressourcen (Zugang zu Medien, Geld für Werbekampagnen usw.) darüber entscheidet, welche Themen und Ansichten sich in der Öffentlichkeit durchsetzen. Dagegen betrachtet die zweite Strömung die Öffentlichkeit als eine Arena, in der nicht nur die Manipulation der politischen Präferenzen und des Konsumverhaltens, sondern diskursive Kommunikation stattfindet. Diskursiv meint hier nicht eine bloß auf Wörtern bzw. Diskursen basierte Kommunikation, sondern Kommunikationsformen, in denen Argumente verbaler oder performativer Natur zu einer Änderung der Positionierung der Beteiligten im Meinungsspektrum führen können (Peters 1994).

Exemplarisch für die erste Strömung ist die funktionalistische Schule, wie sie in Deutschland etwa von Gerhards und Neidhardt vertreten wird. Dabei wird Öffentlichkeit als ein intermediäres System aufgefasst, „dessen politische Funktion in der Aufnahme (input) und Verarbeitung (throughput) bestimmter Themen und Meinungen sowie in der Vermittlung der aus dieser Verarbeitung entstehenden öffentlichen Meinungen (output) einerseits an die Bürger, andererseits an das politische System besteht“ (Gerhards/Neidhardt 1990, S. 6). Aus dieser Definition ergibt sich das Bild einer Öffentlichkeit, in der die verschiedenen gesellschaftlichen Akteure (Parteien, Verbände, soziale Bewegungen) um die knappe Ressource öffentliche Aufmerksamkeit konkurrieren. Dabei versuchen die Akteure, sich am Generierungsprozess der öffentlichen Meinung zu beteiligen, um Einfluss auf die Entscheidungsträger zu nehmen. Die Regierung versucht wiederum, Probleme aufzugreifen, deren Lösung möglichst umfassende Akzeptanz finden kann. Die Exekutive fungiert sowohl als Adressat als auch als Mitgestalter von Öffentlichkeit, das heißt, die Regierung kann durch Öffentlichkeitsarbeit entweder die Thematisierung von Problemen fördern, wenn es um konsensfähige Themen geht, oder die öffentliche Diskussi-

1 Hier werden die Begriffe Öffentlichkeit und politische Öffentlichkeit nicht trennscharf differenziert. Dies ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass die Metapher *espacio/público* bzw. *esfera pública* in der lateinamerikanischen Debatte sowohl das demokratietheoretische Konzept einer politischen Öffentlichkeit als auch mediale, kulturelle und künstlerische Öffentlichkeit sowie deren räumlich-architektonische Dimension umfasst.

auch in den Bildern der Telenovela präsent, die Interviews mit ihnen wurden allerdings – wider Erwarten – nur in den Nachrichtensendungen ausgestrahlt. Effektiv in die Handlung mit einbezogen wurden nur einige Polizisten, die in der gleich am nächsten Tag ausgestrahlten Folge ihre Sicht der Dinge mit den fiktiven Darstellern des Dramas austauschen durften (vgl. Hamburger 2003).

Am Beispiel dieser Telenovelas würden Verfechter postmoderner Theorien gewiss ihre Prognose bestätigen sehen, nach der in den zeitgenössischen Gesellschaften Konzeptionen wie Fiktion und Realität obsolet würden, da beide nicht mehr als eine beliebig interpretierbare Zeichenflut darstellten. Doch in der Instrumentalisierung der Telenovelas durch die Politik und die Instrumentalisierung der Politik durch die Telenovelas sind zentrale Phänomene moderner Politik im Spiel. Es handelt sich hier um jenen Prozess, den der italienische Soziologe Alberto Melucci (1996) den Kampf um die „power of naming“ genannt hat, womit er den Streit um die Macht meinte, kollektive Erfahrungen einer Gruppe oder Gemeinschaft zu deuten.

Kam dem Kampf um symbolische Macht in der Geschichte schon immer eine große Bedeutung zu, so avanciert er in den modernen Gesellschaften zur zentralen Konfliktlinie. Damit soll natürlich nicht behauptet werden, dass andere Fronten wie die Distributionskonflikte irrelevant geworden seien, sondern dass der Streit um die Deutungsmacht die gesamte Gesellschaft kreuzt und alle anderen Konfliktmodalitäten beeinflusst.

Die Öffentlichkeit ist *per definitionem* der Handlungsort, in dem sich der Streit um die *power of naming* abspielt. In diesem Sinne kommt der Streit um die Deutungsmacht einem Kampf um Öffentlichkeit gleich.

In den Demokratisierungsprozessen in Lateinamerika nimmt dieser Kampf um Öffentlichkeit unterschiedliche Bedeutungen und Formen an: Er kann lediglich politische Transparenz bedeuten, hier verstanden als die Schaffung von Strukturen, die eine freie politische und gesellschaftliche Meinungsbildung ermöglichen. Aus der Perspektive der sozialen Akteure reicht Transparenz jedoch nicht aus, denn sie suchen nach Legitimation für ihre Forderungen kataloge und nach Zustimmung für ihre Ansichten. Für diese ist der Kampf um Öffentlichkeit also ein Kampf um „authentische“ öffentliche Präsenz: Sie wollen gesehen, wahrgenommen und als legitim anerkannt werden. Theoretisch umkämpft ist der Begriff der Öffentlichkeit (nicht nur) in Lateinamerika, und je nach Denktradition wird darunter Unterschiedliches verstanden. In der Politik wird er zu einem wichtigen Leitmotiv vieler sozialer Bewegungen und politischer Strömungen, die ihr Streben nach sozialer Veränderung in der Metapher einer „neuen Öffentlichkeit“ umschreiben (wie etwa Genro et al. 2000).

In diesem Beitrag werden zunächst zwei theoretische Konzeptionen von Öffentlichkeit gegenübergestellt. Daran anknüpfend wird es um drei Schauplätze

lität und -nachfrage ein kommunikativer Erzeugungsprozess legitimer, also bewusst autorisierter Macht (Habermas 1990, S. 45). Hier geht man über den empirisch evidenten Kampf um Öffentlichkeit hinaus, der im Zentrum der ersten Strömung stand, um der Herkunft der „Innputs“ für öffentliche Interaktion nachzugehen. Dabei entsteht das Bild einer Öffentlichkeit, die nicht zur bloßen Inszenierungsbühne strategisch handelnder Akteure degradiert wird, sondern eine „Mischung von systemischen Steuerungsversuchen einerseits und lebensweltlicher, autonomer Willensbildung mündiger Privatleute andererseits ist“ (Rödel et al. 1989, S. 61). Mit anderen Worten: Die Öffentlichkeit besteht nicht nur aus Diskursen, die lediglich den ökonomischen und administrativen Machtanspruch partikularer Gruppen verdecken, sondern in sie fließen auch in der Lebenswelt kondensierte Kommunikationsströme ein, die gesamtgesellschaftlich relevante Fragen aufwerfen (ausführlicher hierzu Costa 2002, Kap. 1).

Dabei kommt sozialen Bewegungen, NGOs und anderen „Protestakteuren“, hier sammelbegrifflich „Zivilgesellschaft“ genannt, eine Doppelrolle zu. Sie sind zunächst für die Aufrechterhaltung und Erweiterung der kommunikativen Infrastruktur der Lebenswelt insofern zuständig, als sie die im Alltag verankerten Kommunikationsformen (interpersonelle Kommunikation, Kiezöffentlichkeiten usw.) fördern und bündeln. Darüber hinaus leiten sie die im Rahmen dieser alltäglichen Praktiken thematisierten Probleme an eine breitere Öffentlichkeit weiter, womit sie versuchen, „Beiträge zu Problemlösungen zu liefern, neue Informationen beizusteuern, Werte anders zu interpretieren, gute Gründe zu mobilisieren, schlechte zu denunzieren, um so einen breitenwirksamen Stimmungsschwung herbeizuführen, die Parameter der verfassten politischen Willensbildung zu verändern und zugunsten bestimmter Politiken Druck auf Parlamente, Gerichte und Regierungen auszuüben.“ (Habermas 1992, S. 448).

Cohen und Arato (1992, S. 460 ff.) veranschaulichen das Bild dieser ambivalenten Öffentlichkeit – teils manipuliert, teils autonom –, indem sie ein wichtiges historisches Argument liefern. Demzufolge vollzog sich ein doppelgesichtiger Wandel der Öffentlichkeit in den modernen Gesellschaften: Einerseits nehmen die Unkontrollierbarkeit der Massenmedien und die damit einhergehende Durchdringung der Sphäre der Kultur durch die Logik des Geldes und der Macht gewaltige Ausmaße an, was die Ausdehnung einer kritischen öffentlichen Kommunikation prima facie beeinträchtigt. Zugleich lässt sich jedoch eine „Modernisierung der Lebenswelt“ konstatieren, womit eine soziale Horizonterweiterung und die Entstehung multipler „new publics“ und neuer Loci zusammenhängen, in denen ungezwungene Kommunikationsformen zur Geltung kommen. Es handelt sich dabei um die Verbreitung neuer Subkulturen, um Randbewegungen und alternative Milieus, die als Gegenöffentlichkeit operieren und somit als eine Art Schutzschild für die kritische Rezeption der durch die Massenmedien vermittelten Botschaften fungieren.

on von Problemen verhindern, deren Behandlung die „etablierten Interessen bedroht“ oder die potenziell konfliktiv sind (Pfetsch 1994, S. 15). Demzufolge fungieren die regierenden wie auch alle anderen Parteien als „Akteure der Interessenaggregation“, die gesellschaftliche Belange zu einem programmatischen Themenbund binden und sich damit periodisch dem Wählerpublikum stellen (Gerhards 1993, S. 35ff).

Im Gegensatz zu den parteipolitischen Akteuren der „Interessenaggregation“, die um Exekutivposten konkurrieren, werden die Akteure der *Intereszenartikulation* unterschieden, die Einfluss auf die Exekutive nehmen wollen. Zu diesen Akteuren werden einerseits die Interessengruppen und Verbände und andererseits Bürgerinitiativen, NGOs und soziale Bewegungen (sammelbegrifflich „Protestakteure“ genannt) gezählt. Diesen „Protestakteuren“ wird kein differenzierter normativer Gehalt zugeschrieben. Sie zählen zu den strategisch handelnden Öffentlichkeitsakteuren, die, ausgehend von ihren eigenen Interessen, über die Medien versuchen, ein „unterhaltungs- und orientierungsbedürftiges Publikum“ zu erreichen (Neidhardt 1994, S. 7, ausführlicher: Costa 1997, Kap. 2). Dabei setzt man etwa die typischen Ausdrucksformen dieser Bewegungen (wie Protestaktionen und Kundgebungen) konzeptionell mit den bekannten Instrumenten einer symbolischen Politik gleich: Die „Protestsprache“ dieser Gruppen wird damit zu einem funktionalen Äquivalent der Pressekonferenzen, die die etablierten Akteure abhalten.

Dieser ersten Strömung zufolge besteht also eine klare funktionale Differenzierung zwischen den „Öffentlichkeitsakteuren“ (Parteien, Verbände usw.), die Öffentlichkeit ausmachen, und dem Publikum, das den unstrukturierten Adressaten dieser Kommunikation darstellt. Die Öffentlichkeit umfasst also nicht die Gesamtbevölkerung; dies führt zu einer Unterscheidung zwischen einer von den „Öffentlichkeitsakteuren“ ausgehenden „öffentlichen Meinung“ und der „Bevölkerungsmeinung“, die sich auf die Meinungsbildung im Rahmen des adressierten und fragmentierten Publikums bezieht. Danach würden Protestakteure genau dort entstehen, wo relevante Diskrepanzen zwischen der öffentlichen Meinung und der Bevölkerungsmeinung bestehen. Politische Erfolge werden in diesem Modell auf die Fähigkeit zurückgeführt, konkurrierende Akteure im Kampf um Medienaufmerksamkeit zu übertreffen. Es geht also nicht um die Frage, ob die „Protestakteure“ mit ihren Argumenten und ihrer Ästhetik die Bevölkerung von der Gerechtigkeit ihrer Ansprüche überzeugen können, sondern darum, wie diese Akteure mit ihren Inszenierungen um die Ressource öffentliche Aufmerksamkeit konkurrieren (Baringhorst 1996).

Die zweite Strömung hingegen bestreitet ein derartiges Bild einer restlos vermacherten Öffentlichkeit (vgl. unter anderen Habermas 1992, Cohen/ Arato 1992). Danach entsteht in der politischen Öffentlichkeit neben der manipulativen Inanspruchnahme der Medienmacht zur Beschaffung von Massenloya-

Kommunikationsgehalt	Öffentlichkeit als Markt	Öffentlichkeit als emphatischer Kommunikationsraum
Zentrale untersuchte Bereiche	Manipulativ	Kommunikativ (diskursiv oder performativ)
Rolle der Zivilgesellschaft	Medien, institutionelle Gremien	nicht-institutionelle Räume, interpersonelle Kommunikation
Primäre Rolle des Staates	Korrektiv (Protestakteure)	Konstitutiv (lebensweltliche Verankerung)
Inhalt	Mitgestalter der Öffentlichkeit	Adressat
Primäre Rolle des Publikums	Partikuläre Interessen	Partikuläre Interessen und gesamtgesellschaftliche Belange
Machtbegriff	Adressat	Teil (Akteur) der Öffentlichkeit
Theoretische Strömungen	Empirisch	Normativ
	Funktionalismus (Neidhardt, Gerhards), Liberalismus (Ackerman), Pluralismus (Dahl), Systemtheorie (Luhmann)	Kritische Theorie (Habermas, Benhabib), Republikanismus (Fraser), einige feministische Theorien und antirassistische Theorien (Hall, Gilroy)

eine zunehmend gleichberechtigte Inklusion der Schwarzen auf der Ebene der nationalen Öffentlichkeiten wie auch eine weltweite Erweiterung der Produktions- und Verbreitungsmöglichkeiten einer „black culture“.

Die Ausführungen zu den beiden unterschiedenen Konzeptionen von Öffentlichkeit werden in der tabellarischen Übersicht veranschaulicht.

Kampf um Öffentlichkeit in Lateinamerika

Unabhängig davon, ob man Öffentlichkeit primär als Markt oder als kommunikativen Raum begreift, besteht in Bezug auf Lateinamerika eine grundlegende Schwierigkeit darin, genau zu bestimmen, wann dort eine differenzierte Sphäre, die Öffentlichkeit zu nennen wäre, überhaupt entstanden ist. Die Unterschiede zwischen den verschiedenen Ländern liegen auf der Hand. Spricht man für Länder wie Argentinien, Chile oder Uruguay bereits Ende des 19. Jahrhunderts von einem von der lebendigen Zivilgesellschaft gespeisten „espacio público“, so wird für Länder wie Brasilien und Mexiko noch Mitte des 20. Jahrhunderts die fehlende Zivilgesellschaft und eine schwache Öffentlichkeit konstatiert. Während etwa Sabato (1992) für Buenos Aires bereits in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Herausbildung einer lebendigen Öffent-

An die Stelle der Vorstellung eines Publikums als amorphe Massen, die die Medien passiv als „orientierungsbedürftige“ Unterhaltungsrezipienten konsumieren, wie die erste oben angeführte Strömung annimmt, tritt hier ein ausdifferenziertes und kritisches Publikum – besser: *publics*, im Plural –, das nicht nur Unterhaltung konsumiert, sondern auch dem massenmedialen Homogenisierungsdruck widersteht, indem es unter sich kommuniziert und neue (Gegen-)Öffentlichkeiten und Kommunikationsnetzwerke produziert.

Weitere wichtige Argumente für die Ansicht, nach der die Öffentlichkeit(en) eine einflussreiche Sphäre der Willensbildung und nicht nur einen bloßen Meinungsmarkt darstellen, stammen von Autorinnen und Autoren, die die erkenntnistheoretische Perspektive diskriminierter Gruppen einnehmen². So erweitert etwa Nancy Fraser (1993) das diskurstheoretische Öffentlichkeitsmodell à la Habermas, indem sie die Rolle der „counterpublics“ als Arena hervorhebt, auf der die als strukturell „masculinist“ charakterisierte Öffentlichkeit mit neuen Themen, differenzierten Handlungsrepertoires und neuen Ansichten herausgefordert wird.

Übersicht

Paul Gilroy (1993) beschäftigt sich wiederum mit der Positionierung der Schwarzen in der modernen Politik- und betrachtet seine eigene Reflexion als eine Erweiterung einer feministischen Kritik der Moderne. Gilroy zeigt, dass die Schwarzen auch nach Abschaffung der Sklaverei von den durch die Weißen dominierten nationalen Öffentlichkeiten systematisch ausgeschlossen wurden, da diese Sphäre das gesprochene und das geschriebene Wort als einziges gültiges Kommunikationsmittel anerkennt, was zu einer Trennung zwischen Politik und Ästhetik, Vernunft und Performance führt. Dagegen waren die Schwarzen aufgrund ihrer im Verlauf der modernen Geschichte forcierten Entwurzelung und Abschtottung in den Amerikas, aber auch später in Europa auf nonverbale Kommunikationsformen wie Musik, Tanz und Performance angewiesen. Damit bilden die Schwarzen ein gespaltenes Subjekt in der modernen Öffentlichkeit: Einerseits erkennen sie die ihr innewohnenden Inklusionsmöglichkeiten und versuchen, diese wahrzunehmen und zu erweitern, andererseits müssen sie die Ausschlussmechanismen einer Öffentlichkeit anprangern, deren historische Konstituierung von der Vorherrschaft der Weißen untrennbar ist. Aus dieser doppelten Strategie ergibt sich als neuere Entwicklung

² Es mag problematisch erscheinen, die Aufsätze von Fraser und Gilroy zusammen mit jenem von Habermas zu nennen, da Gilroy und Fraser ihre Arbeit als Kritik an dem Habermaschen Modell begreifen. Doch all diese Ansätze eint die Annahme von der Fähigkeit von Öffentlichkeit, eine autonome und kritische Meinungsbildung zu generieren, die die bestehenden Machtverhältnisse verändern kann. Diese Vorstellung widerspricht den in der ersten Strömung gruppierten Autoren, die die Öffentlichkeit als reinen Spiegel auffassen, der den Status quo lediglich reflektiert.

lichkeit feststellt, konstatiert der konservative Soziologe Oliveira Vianna (1942, S. 34) eine übergroße Rolle des Privatbereichs in Brasilien, dessen Reichweite den öffentlichen Raum bedingt und begrenzt: „Wir Brasilianer sind alle ungefähr so: Das häusliche Leben nimmt uns [...] in einem solchen Ausmaß in Anspruch, dass das öffentliche und soziale Leben vor dieser Vorherrschaft kapituliert und sich zurückzieht.“ (Übersetzung SC)

Aufgrund dieser regionalen Spezifika könnte man vielleicht, wie Olvera (1999, S. 50) im Rahmen seiner Diskussion zur Zivilgesellschaft vorschlägt, die Entstehung von politisch einflussreichen nationalen Öffentlichkeiten im Rahmen der Demokratisierungsprozesse seit Ende der siebziger Jahre in bestimmten Ländern Lateinamerikas als *Aufbau* einer bis dato nicht existierenden Öffentlichkeit bezeichnen, während man im Fall anderer Länder besser von einem *Wiederaufbau* sprechen sollte.

Für beide Fälle gilt, dass sich in den unterschiedlichen Demokratisierungskontexten übergreifende Veränderungen abzeichnen, die im Folgenden anhand von drei miteinander verquickten Entwicklungstendenzen gezeigt werden: die politische Mobilisierung von *new publics*, der Wandel im Bereich der Massenmedien und die Öffnung des Staates durch neue Partizipationsmöglichkeiten.

Die Entfaltung von *new publics* in den vergangenen Jahrzehnten in Lateinamerika – als *erste Dimension* dieser Veränderung – lässt sich als ein Prozess verstehen, der an der Schnittstelle von kulturellen und politischen Transformationen angesiedelt ist. Ohne die langwierigen Entwicklungen, die mit der Entstehung der lateinamerikanischen Nationen zusammenhängen, homogenisieren und verflachen zu wollen, können wir dabei einige für die meisten Fälle zutreffende Verlaufsmuster beobachten. Bis in die ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts herrschte unter den lateinamerikanischen Eliten im Zeichen der Rezeption des europäischen wissenschaftlichen Rassismus eine verbreitete Skepsis darüber, ob fortschrittliche und einheitliche Nationen im Subkontinent überhaupt entstehen könnten, ohne vorher die „gemischten“ Bevölkerungen durch gezielte Einwanderungs- und Familienpolitiken zu „weißen Völkern“ zu konvertieren (vgl. unter anderen Blum 2001, Wade 1997).

Ab den dreißiger Jahren erfolgte eine wichtige Wende im diskursiven *Nation Building*, da im Rahmen des Diskurses um die *mestizagem* „Indigene“, „Schwarze“ und „Mestizen“, die bis dahin als die Anderen der zu konstituierenden Nationen repräsentiert waren, nun in die nationale Symbolik integriert wurden (vgl. Senkman 1997). Das Lob der „mestizischen Nationen“, das die Überwindung der rassenwissenschaftlichen Vorbehalte herbeiführte, wirkte jedoch als ein nationalistisches Plädoyer für eine Homogenisierung, die alle kulturellen Differenzen in sich assimiliert. Wie viele Autoren bereits gezeigt haben, ist die *mestizagem* ein formbarer, mehrdeutiger und gerade deshalb lang-

lebiger Diskurs, der die lateinamerikanischen Nationen nachhaltig umformt. Sie ist ein mehrdimensionaler Diskurs, der nicht nur bestimmte Muster des interethnischen Zusammenlebens, sondern auch ein Bild der Frau, der Familie und der nationalen Bürgerinnen und Bürger sowie einer bestimmten (christlichen) religiösen Vorstellung prägt (vgl. Martinez-Echazabal 1998).

Vor der Folie derartiger sozialgeschichtlicher Entwicklungen stellt die Entstehung der *new publics* im Kontext der neueren Demokratisierung den Zerfall eines Nationenmodells dar, das die „Mestizität“ evoziert, um eine homogene Nationalidentität hervorzubringen. An deren Stelle tritt nun der Anspruch nach Anerkennung von Heterogenität, die gesellschaftlich einer Pluralisierung bestehender Lebensentwürfe (Verbreitung neuer „unkonventioneller“ Familienmuster, religiöse Vielfalt, *Outing* tabuisierter Sexualitätspräferenzen usw.) entspricht. Auch kulturell fordert Heterogenität tradierte nationale Selbstdarstellungsmuster heraus, indem sie neue kulturelle Manifestationen hervorbringt, oft durch die Kombination lokaler und transnationaler Elemente, die den im Zuge der nationalen Identitätsfindung erfundenen Traditionen ihre Selbstverständlichkeit entzieht.

Die Öffentlichkeit ist nun die zentrale Konstruktions- und Darstellungsbühne für diese sozialen und kulturellen Innovationen. Gleichzeitig ist Öffentlichkeit der Raum, in dem sich die *new publics* politisch artikulieren, um ihren Forderungen Resonanz zu verschaffen. Wenn also Frauen, Indigene, Schwarze oder andere politisch ausgeschlossene Gehör suchen, kommt der Kampf um Öffentlichkeit doppelt zur Geltung: als Kampf um die knappe Ressource öffentliche Aufmerksamkeit, wie die Funktionalisten es ausdrücken würden, und als Kampf um die *power of naming*. Diese Akteure wollen im emphatischen Sinne überzeugen: Sie wollen *ihre* Vorstellungen von Gerechtigkeit nicht nur um- oder durchsetzen, sondern zugleich ihre Gründe erklären und behaupten. Sie wollen also nicht nur öffentliche Aufmerksamkeit, um Druck auf die Politik auszuüben, sondern sie zielen auf die Überzeugung von Anhängern für ihre Interpretationen (der nationalen Geschichte, der politischen Lage usw.).

Die *zweite Dimension* der Veränderungen ist die Transformation der lateinamerikanischen Medienlandschaft. Diese ist nicht weniger komplex, vielschichtig und regional differenziert. Allgemein lässt sich feststellen, dass sich – nachdem bestimmte Mediensektoren trotz Zensur und Repression zur Überwindung diktorialer Herrschaften beigetragen hatten – heute die Tendenz zur Machtkonzentration im Medienbereich im Zyklus neoliberaler Politiken in allen Ländern weiter zuspitzt. Es vollzogen sich in dieser Zeit Übernahme- und Fusionsprozesse, die dazu führten, dass oft nur sehr wenige Unternehmen die verschiedenen Mediensektoren in einem Land allein kontrollieren (für einen Überblick vgl. Sindlar 1999). Diese Konzentrationstendenz wird durch die Entstehung neuer

Ein wichtiger weiterer Beitrag der Medien zur Stärkung der Demokratie bezieht sich auf die etablierte Politik. Trotz der beschriebenen Tendenzen zur Monopol- bzw. Oligopolbildung und der teilweise zu beobachtenden Verwischung der Interessengrenzen zwischen Politikern und Medien konstatiert man neuerdings eine Verbreitung des investigativen Journalismus, der nach US-amerikanischem Vorbild eigenständige Recherchen zu brennenden politischen Themen fördert. Damit wurden zunächst die Printmedien und später auch der Hörfunk, der Fernseh- und der Internetbereich zu einem aktiven Öffentlichkeitsakteur, der Korruptionsaffären, geheime Vereinbarungen und Fälle politischen Machtmissbrauchs aufdeckt und denunziert.

Eine dritte Dimension des Verhältnisses von Demokratie und Öffentlichkeit hängt mit der Entstehung und Entfaltung innovativer politischer Partizipationsformen zusammen, die neue Schnittstellen zwischen Staaten und Zivilgesellschaften, also zwischen Entscheidungsinstanzen und multiplen sozialen Netzwerken auf Mikro- und Mesebene bilden. Avritzer (2002) untersuchte diese neuen „participatory publics“ anhand der Bürgerbeteiligung an der Wahlüberwachung in Mexiko sowie anhand der Erfahrung des so genannten partizipativen Budgetverfahrens in Brasilien: „In both cases, *cultural innovation led to both institutional innovation and insulating the new institution from well-established elite practices – clientelism in Brazil and electoral fraud in Mexico.*“ (S. 145)

Beide Erfahrungen stellen zwei der wohl bekanntesten Manifestationen einer Entwicklung dar, die zahlreiche Untersuchungen für alle „neuen“ Demokratien Lateinamerikas dokumentieren (vgl. unter anderem die umfassende, von der Ford Foundation finanzierte Studie zu „civil society and governance“: Dagnino 2002 zu Brasilien; Olvera 2003 zu Mexiko, Panfichi 2002 zu Kolumbien, Peru, Chile und Argentinien).

Dabei entfalten die „participatory publics“ jeweils unterschiedliche Handlungsspektren, wobei in den untersuchten Fällen allgemein zwei Entwicklungsmuster konstatiert werden. Handelt es sich um die Thematisierung alltäglicher Problemlagen, die im Rahmen des Wohnbereichs entstehen, so erfolgt zunächst eine politische Artikulation auf lokaler Ebene, die darüber hinaus eine „kleine Öffentlichkeit“ und gegebenenfalls auch die Öffentlichkeit der städtischen oder der Landesebene erreichen kann. Durch ihre Mobilisierung schaffen die lokalen Bewegungen neue Kommunikationskanäle zum Staat (vgl. Costa 1997, S. 117 ff., Schütze 2003). Dieser versucht wiederum, entweder durch Kooperationsangebote oder durch die Institutionalisierung neuer Konsultationsforen (Gemeinderäte, Bürgerversammlungen usw.) auf den Druck von unten zu reagieren.

Eine zweite Entfaltungsform der *participatory publics* bringen Initiativen hervor, die sich nicht im Rahmen des Wohnbereichs, sondern entlang eines

Medien (Internet, Kabelfernsehen usw.) keineswegs neutralisiert. Die Nationalstaaten sehen sich meistens nicht in der Lage, der Machtkonzentration innerhalb der Medienlandschaft Einhalt zu gebieten, zum einen, weil die Besitzstruktur durch neue Konsortiumsformen und internationale Einbindungen unübersichtlich wird, zum anderen jedoch auch, weil die Politiker selbst zu Medienunternehmern werden oder von den Medien für den eigenen Karriereerfolg abhängig sind (Lima 1997).

Eine weitere Entwicklung folgt internationalen Trends und bezieht sich auf die Aufhebung der Grenzen zwischen politisch relevanten Themen und „privaten“ Angelegenheiten von Berufspolitikern. Wie es früher vor allem bei Schauspieler, Fußballprofis usw. der Fall war, so wird neuerdings auch das Privat- und manchmal das intime Leben der Politiker zum öffentlichen Dauerthema. Diese Entwicklung lässt sich natürlich nicht mit der Erweiterung des öffentlichen Raums verwechseln, die erfolgt, wenn etwa antirassistische oder feministische Bewegungen ihre historisch als Privatproblem behandelte Diskriminierung öffentlich austragen. Doch wenn die Strukturen öffentlicher Kommunikation kommerziell instrumentalisiert werden, um die neue Schönheitsoperation eines Ministers oder die (Im-)Potenz seines politischen Gegners zu erörtern, wird die politische Öffentlichkeit nicht gestärkt, sondern dadurch untergraben, dass öffentliche und intime Deutungsmuster verwischt und banalisiert werden (vgl. Leis/Costa 2003).

Trotz dieser aus demokratietheoretischer Sicht ungünstigsten Konstellation liegen die Beiträge der Medien zur *gesellschaftlichen* Demokratisierung der politisch gerade konsolidierten Demokratien auf der Hand. Einhergehend mit der erwähnten sozialen und kulturellen Pluralisierung des jeweiligen nationalen Publikums differenzieren sich auch die Medien stark aus, so dass die unterschiedlichen Publikumssegmente mit ihren spezifischen Interessen immer stärker berücksichtigt werden. Nicht nur wirtschaftliche Interessen bedingen die Öffnung der Medien für die *new publics*, auch andere Faktoren spielen hier eine Rolle. Oft nutzen die etablierten Medien die alternativen Kommunikationsforen (Bewegungszeitungen, Bezirksfernsehen usw.) als Rekrutierungsfeld für ihr Personal, wobei die angeworbenen, zumeist jungen Medienmacher die etablierten Medien mit ihren Themen und ihrem innovativen Stil prägen. Ferner führt eine starke Vernetzung auf dem globalen Nachrichtenmarkt zu einem intensiven transnationalen „intermedia agenda setting“, so dass die weltweit prominent gewordenen sozialen Akteure und Themen (Frauen, Umweltschützer, neue Ethnizitäten usw.) indirekt dazu beitragen, dass ihre lokalen und nationalen Pendanten eine stärkere Medienpräsenz erfahren. Schließlich wollen die Medien ihre Legitimität als Übersetzer und Vermittler sozialer Innovationen auch nicht einbüßen und beteiligen sich am Streit um die *power of naming*, indem sie die neuen Agenden berücksichtigen.

Issue oder eines Themas artikulieren. Wie die Beispiele von so unterschiedlichen Bewegungen wie Frauenorganisationen (Alvarez 1998) oder die Mobilisierung für die Menschenrechte in Argentinien (Leis 1989) zeigen, entsteht die Bereitschaft des Staates, mit den Initiativen zu kommunizieren und thematische Foren unter Beteiligung der Bewegungen zu errichten, erst dann, wenn die Mobilisierung bereits eine erhebliche mediale Präsenz erreicht hat und oft schon transnational vernetzt ist. Früher oder später werden diese Foren also häufig zu wichtigen Arenen der Politikvermittlung.

New Publics und Politisierung der Differenz in Brasilien

Von Brasiliens Gesamtbevölkerung von rund 170 Millionen stuft die Volkszählung mit 75 Millionen knapp die Hälfte als *preto* (Schwarze) und *pardo* (Braune) ein. Dennoch bildeten die Afrobrasilianer bis vor nur wenigen Jahren keine *new public* oder *participatory public* im oben erwähnten Sinne, denn sie waren weder kulturell noch politisch so mobilisiert, dass sie sich durch den Anspruch auf Anerkennung einer sozial konstruierten Differenz von der nationalen Öffentlichkeit abgehoben hätten. Dieser Prozess erfolgte erst im Rahmen der Demokratisierung.

Im kulturellen Sinne impliziert die Entstehung der Afrobrasilianer als *new public(s)* die Herausforderung des *metissage*-Diskurses, welcher alle afrobrasilianischen kulturellen Manifestationen unmittelbar zum Ausdruck einer synkretistischen brasilianischen Identität proklamierte. Bereits in den siebziger Jahren begann die Suche nach der Konstruktion einer *cultura negra*, die für sich beanspruchte, ein afrikanisches „imaginiertes“ Kulturerbe (Anderson 1983) von der Assimilation in die ebenfalls imaginierte Nationalkultur zu „befreien“. Die komplexe Herausbildung einer *cultura negra* wird aus verschiedenen Quellen gespeist, wie etwa der kollektiven Rezeption der amerikanischen Black Music – zunächst *Soul*, *Funk* und später *Rap* (vgl. Sansone 2003, Weller 2003) – oder der „Reafrikanisierung“ des afro-brasilianischen Kulturrepertoires. Dabei werden mithilfe ethnohistorischer Untersuchungen etwa im Bereich der afro-brasilianischen Religion *Camdombé* (Silva 1999) oder des *Karnevals* (Chagas 2001) die „afrikanischen“ Elemente rekonstruiert und aufgewertet (detaillierter dazu Costa/Thomaz 2004).

Darüber hinaus enthält die Konstruktion einer *cultura negra* eine körperliche/performative Dimension: Es handelt sich um Versuche, die herrschenden (europäisierten) Schönheitsideale in Frage zu stellen und die mit den Afrobrasilianern assoziierten Körpermerkmale ästhetisch aufzuwerten. In diesem Kontext entstehen neben einer immer breiteren „ethnischen“ Produktpalette (Accessoires, Kosmetika, Zeitschriften etc.) die sog. *salões étnicos* (ethnische Friseursalons), die neuerdings eine eindeutig identitätsstiftende Funktion übernehmen. Dies lässt sich sowohl an den neuerdings angebotenen Frisuren erken-

nen, die nun die Eigenschaften des krausen Haares ästhetisch betonen und aufwerten, als auch anhand der politischen Aktivitäten der *salões étnicos* sehen. Es handelt sich dabei „um die Formulierung eines Handlungskonzepts, das den schwarzen Leuten ein Recht auf Schönheit zuschreibt. Die Veranlassung gemeinnütziger Tätigkeiten in den Armenvierteln und Slums, kostenloses Make-up für Tänzer und Aktivistinnen der Schwarzenbewegung im Rahmen öffentlicher Veranstaltungen der schwarzen Gemeinde [*comunidade negra*], die Konstruktion eines affirmativen Diskurses bzw. eines Diskurses, der die schwarzen ästhetischen Muster anerkennt.“ (Gomes 2003, S. 8, Übersetzung SC)

Politisch stellt die Gründung des *Movimento Negro Unificado* (MNU) – Vereinigte Schwarzenbewegung – im Jahr 1979 eine wichtige Zäsur dar. Der MNU konstituiert sich als eine Art Dachverband für unterschiedliche antirassistische Initiativen, die sich seit Mitte der siebziger Jahre in verschiedenen Städten Brasiliens formiert hatten. Die Bewegung erklärt den offiziellen Gleichheitsdiskurs, den Mythos der „Rassendemokratie“ (vgl. Burdick 1992) zu ihrem Hauptfeind. Dem MNU zufolge stellt das trügerische Versprechen der Gleichberechtigung von Weißen und Schwarzen eine Manipulation der Realität dar. Zugleich dient es als Herrschaftsinstrument, das die Schwarzen ihre soziale Unterordnung historisch nicht erkennen ließ (Andrews 1993).

Weitere Marksteine für die Bewegung bilden die 1988 verabschiedete Verfassung, der 300. Todestag des schwarzen Helden Zumbi³ im Jahr 1995 und die Mobilisierung rund um die UNO-Konferenz gegen Rassismus, die 2001 in der südafrikanischen Stadt Durban stattfand.

Die Verfassung von 1988 markierte den Übergang zur Demokratie und die Entstehung einer politisch einflussreichen Zivilgesellschaft. Alle möglichen sozialen Bewegungen waren in der Verfassungsgebenden Versammlung vertreten. Den meisten gelang es auch, ihre Anliegen in den Verfassungstext einzubringen. Für den MNU kam dem ersten Jahr der neuen Verfassung eine weitere Bedeutung hinzu, denn 1988 feierte Brasilien den 100. Jahrestag der Abschaffung der Sklaverei, was die antirassistische Mobilisierungen zusätzlich legitimierte. Dem politischen Kontext entsprechend entstand ebenfalls im Jahr 1988 die *Palmares*-Stiftung, die erste Vertretungsstelle der Belange der Schwarzen im Rahmen der Bundesregierung.

Am 20. November 1995 gründete Präsident Cardoso zeitgleich mit der bundesweiten „*Marcha Zumbi dos Palmares contra o Racismo, pela Cidadania e pela Vida*“ (Zumbi-Marsch von Palmares gegen Rassismus, für die Staatsbürgerrechte und für das Leben) die „Interministerielle Arbeitsgruppe Schwarze Bevölkerung“ (GTI *População Negra*). Unter der Federführung von

3 Zumbi führte den legendären Widerstand von Palmares, einer von geflüchteten Sklaven gegründeten Siedlung. Palmares überlebte fast 100 Jahre und überstand 40 Militärexpeditionen, bis es 1695 von der portugiesischen Kolonialmacht besiegt wurde (Weis-Bornfim 2002, S. 21).

wurden viele Informationen veröffentlicht, die bis dahin nur einem Fachpublikum zugänglich waren: Allein in der Woche vom 25. bis 31. August haben die fünf größten brasilianischen Zeitungen 170 Berichte und Kommentare zum Thema Rassismus veröffentlicht (Telles 2003, S. 93).

Die im Zeichen der Durban-Konferenz erfolgte Thematisierung der Lage der Schwarzen in Brasilien leitete den Weg für die Akzeptanz von „affirmativ action“-Programmen ein, die bis zur Konferenz abgelehnt wurden. Schon am 4. September 2001, also zeitgleich mit der Konferenz, bestimmte das Bundesministerium für Agrarentwicklung, dass zunächst 20 und danach 30 Prozent aller Führungsposten im Ministerium von Schwarzen besetzt werden müssen. Quoten von mindestens 20 Prozent galten auch für Neueinstellungen und sogar für externe Firmen, die für das Ministerium Dienstleistungen – einschließlich Beratung und Consulting – erbrachten. Im Dezember 2001 gründete das Justizministerium ein ähnliches Programm, wobei Frauen mit Quoten von 20 Prozent und Behinderte mit Quoten von 5 Prozent ebenfalls berücksichtigt wurden. Seitdem dehnt sich die Einführung der affirmativen Maßnahmen auf verschiedene Abteilungen der brasilianischen Regierung aus und führt darüber hinaus zur Einführung ähnlicher Programme auf der Ebene der Landes- und Kommunalregierungen. Nach dem Beschluss des brasilianischen Verfassungsrichtershofes, wonach die affirmativen Maßnahmen mit der brasilianischen Verfassung kompatibel sind, implementiert auch die Judikative 2002 ein Quotenprogramm für Schwarze, wobei dieses sich ausschließlich auf externe Dienstleister beschränkt.

Ein universitäres Quotenprogramm wurde erstmals an der Landesuniversität Rio de Janeiro (UERJ) im Jahr 2002 eingeführt. Danach sollen 50 Prozent der Studienplätze den Absolventen staatlicher Oberschulen und 40 Prozent Schwarzen zugewiesen werden. Das Programm provozierte heftige Kritik und zahlreiche Gerichtsverfahren, doch es erwies sich als effektiv: Schon bei der ersten Aufnahme wurden 63 Prozent aller Studienplätze an Schwarze und/oder ehemalige Schüler staatlicher Einrichtungen vergeben (Gois 2003). Daraufhin wurden ähnliche Programme an mehreren Landesuniversitäten und schließlich auch an der Bundesuniversität Brasília eingeführt, wobei diese Universitäten in der Regel nur 20 Prozent der Studienplätze Schwarzen zuweisen.

Die von der linksliberalen Arbeiterpartei PT geführte Koalition, die seit Januar 2003 die Regierung stellt, führte die von der Vorgängerregierung eingeführten Maßnahmen zur Erreichung der Chancengleichheit für Weiße und Schwarze weiter und errichtete im März 2003 eine mit Ministerialstatus versehene „Secretaria Especial de Políticas de Promoção da Igualdade Racial“ (Sondersekretariat für Politiken zur Gleichberechtigungsförderung von Schwarzen und Weißen), die mit der Sozialwissenschaftlerin und Aktivistin der Frauen- und der Schwarzenbewegung Matilde Ribeiro besetzt wurde.

Hélio Santos, einem wichtigen Intellektuellen des MNU, legte die aus acht Aktivisten der Schwarzenbewegung und zehn Regierungsvertretern bestehende Gruppe dem Präsidenten umfassende Vorschläge vor, mit denen die soziale Stellung der schwarzen Bevölkerung innerhalb der brasilianischen Gesellschaft verbessert werden sollte (vgl. Telles 2003, S. 81).

Die Vorschläge der Gruppe wurden nur teilweise implementiert: Sanktionen und Erziehungsmaßnahmen, die direkte Diskriminierung (Beschimpfung, körperliche Angriffe usw.) und rassistische Vorurteile (rassistische kulturelle Einstellung) bekämpfen, wurden in der Regel schnell umgesetzt. Dazu zählen beispielsweise die Produktion von Dokumentarfilmen durch das staatliche Fernsehen TVE, die die Rolle schwarzer Persönlichkeiten in der brasilianischen Geschichte hervorheben, oder eine strengere Strafverfolgung rassistischer Delikte. Maßnahmen für die Bekämpfung indirekter Diskriminierung (Benachteiligungen auf dem Arbeitsmarkt und beim Zugang zum Schulsystem usw.) kamen zunächst nicht zu Stande. Es handelt sich um die so genannten „affirmative action“-Programme, auch „positive Diskriminierung“ genannt, die in Anlehnung an die US-amerikanischen Erfahrungen den Schwarzen eine vorteilhafte Stellung bei Bewerbungen zuschreiben (vgl. Jaccoud/Beghin 2002, S. 42). Derartige Maßnahmen finden erst in jüngster Zeit Verbreitung – und zwar nach den entscheidenden Mobilisierungen um die Durban-Konferenz.

Die Vorbereitungen auf die Weltkonferenz gegen Rassismus in Durban fielen abermals mit einem symbolträchtigen Datum zusammen: Am 22. April 2000 wurde die 500. Wiedertkehr des Tages der Ankunft der Portugiesen an der brasilianischen Küste gefeiert. Das „Entdeckungsjubiläum“ nahmen unterschiedliche soziale Bewegungen zum Anlass, die Grundlagen der Nation in Frage zu stellen. Frauen, Schwarze und Indigene gingen auf die Straße, um gegen ihre historische Unterdrückung zu protestieren. Dabei kommt der Schwarzen-Bewegung eine besondere Rolle zu, da diese die Nation mit einem ganz anderen Geschichtsverständnis konfrontierte: Hatte die nationalistisch dominierende Tendenz stets brasilianische Toleranz betont, so rufen die schwarzen Aktivisten nun vor allem die Tragödie der Sklaverei in Erinnerung und fordern symbolische wie monetäre Reparationsleistungen.

Im Rahmen der Vorbereitung auf Durban rief die brasilianische Regierung eine aus Führern der sozialen Bewegung und Regierungsvertretern zusammengesetzte Kommission ins Leben, welche durch zahlreiche Vorkonferenzen, Informationsveranstaltungen und Demonstrationen die Teilnahme der 600-köpfigen Delegation Brasiliens an der UNO-Konferenz vorbereitete. Die Mobilisierungen stießen in den Medien auf große Resonanz, sowohl die Zeitungen als auch die kommerziellen Fernsehanstalten widmeten den Aktionen große Aufmerksamkeit. Es gab eine fundierte Berichterstattung über die bestehenden Chancengleichheiten für weiße und schwarze Brasilianer. Dabei

Bei dem neuen Aufbruch antirassistischer Bewegungen in Brasilien kommen die oben skizzierten Transformationsmuster der Öffentlichkeit deutlich zum Vorschein. Sie organisieren sich zunächst anhand der Artikulation einer kulturell konstruierten Differenz als *new public*, das die tradierten Darstellungen der brasilianischen Nation auf den Kopf stellt. Darüber hinaus werden sie durch die Eröffnung neuer Partizipationsangebote zu *participatory publics*, die Druck auf die Politik ausüben und überdies eine direkte Teilnahme an der Formulierung sektorieller *políticas* erlangen. Die Medien spielen in allen Phasen eine wichtige Rolle. Fungierten sie zunächst vor allem als Resonanzboden der neuen *cultura negra*, so leisteten sie später einen herausragenden Beitrag zur antirassistischen Aufklärung und damit zu einem qualitativen Durchbruch in der brasilianischen Rassismusbefehle.

Öffentlichkeit als neues Paradigma der Demokratieforschung

In den Forschungsansätzen zur Demokratisierung Lateinamerikas herrscht bislang in allen Disziplinen, vor allem aber in der so genannten Transformationsforschung, die Darstellung der Öffentlichkeit als bloß manipulativer Meinungsmarkt vor. Ein Beispiel sind die Untersuchungen zu den Massenmedien, die durch eine späte Rezeption des Begriffs „Kulturindustrie“ die Ansicht dominant gemacht haben, dass die Verbreitung der Massenmedien mit der zunehmenden Fragmentierung eines Publikums einhergeht, das von aktiven Produzenten von *cultura popular* zu passiven Konsumenten medialer Unterhaltung werde (García Canclini 1990, vgl. auch Brunner 1994). Dieser Ansicht zufolge fehlten in Lateinamerika die historischen Voraussetzungen – eine bürgerliche Revolution, die religiöse Reformation usw. – für den Übergang in die Moderne. Deshalb sei in Lateinamerika eine „hybride“ Moderne entstanden, in der Reminiszenzen traditioneller kultureller Lebensformen mit einer rapiden Urbanisierung, der Fragmentierung tradierter Identitätsmuster und mit dem Wunsch urbaner Eliten nach Modernität koexistieren. Anders als in Europa, wo die Entstehung der Massengesellschaft dieser Auffassung zufolge einer zuvor existenten bürgerlichen Öffentlichkeit folgte, kommt somit in Lateinamerika eine moderne Fragmentierung zum Vorschein, noch bevor eine strukturierte Öffentlichkeit überhaupt entsteht. Der europäische Weg von einer oralen (kleinen) Öffentlichkeit zu einer schriftlichen (bürgerlichen) Öffentlichkeit und von da zu einer durch Medien vermittelten Massen-Öffentlichkeit erfolgt also in Lateinamerika ohne die intermediäre Phase: Man springt von der oralen Öffentlichkeit zu einer durch die Massenmedien fabrizierten sekundären Oralität. Aus dieser Sicht wären es die Massenmedien, die mit der Urbanisierung die Rolle sozialer Mittler (*mediaciones sociales*) übernehmen und damit „eine neue Kartographie urbaner Räume und Austauschprozesse“ herstellen (García Canclini 1990, S. 49).

Aus dieser Konzeption einer fragmentierten und manipulierten Öffentlichkeit ergeben sich Konsequenzen für die Deutung jüngerer politischer Transformationen. Danach würden inhaltsorientierte politische Debatten immer mehr zum Opfer der Massenmedien, da es in der massenmedialen Kommunikation keinen Raum mehr für die diskursive Abhandlung differenzierter Argumente gibt: „Politische Figuren versuchen nicht mehr, durch ihre Erfahrung oder Führungsfähigkeit anerkannt zu werden, sondern durch die Sympathie, die mithilfe ihrer Medienberater bei dem großen Publikum hervorgerufen werden kann“ (Delarbre 1994, S. 48).

Diese empiristische Lesart sowohl der Medien als auch der Politik, so plausibel sie auf den ersten Blick erscheint, greift zu kurz, wenn es darum geht, die oben erwähnten Transformationen der Öffentlichkeit in Lateinamerika zu untersuchen. In Bezug auf die Medien ist festzustellen, dass die Machtkonzentration und die immer wieder betonte fehlende Bildung des Publikums kein definitives Hindernis dafür darstellen, dass die Medien auch als Resonanzboden für soziale, kulturelle und politische Innovationen fungieren. So lassen sich politische Kämpfe um Öffentlichkeit beobachten, die nicht nur als eine Suche nach öffentlicher Aufmerksamkeit für manipulative Zwecke aufzufassen sind: Oft wird die mediale Öffentlichkeit in Anspruch genommen, um tradierte Deutungsmuster (der Geschlechterrolle, der kollektiven Geschichte, der ethnischen Beziehungen usw.) durch diskursive und performative Beiträge zu revidieren und damit nachhaltige soziale Veränderungen herbeizuführen.

Die bislang dominante Transitions- und Konsolidierungsforschung, die immer noch den Hauptansatz für die Untersuchung der Demokratisierung und Post-Demokratisierung darstellt, schreibt der Öffentlichkeit bislang keine emphatische Bedeutung zu (vgl. O'Donnell/Schmitter/Whitehead 1986). Sie sieht die Aufgabe der Demokratisierungsforschung darin, die Institutionen zu untersuchen und dabei zu erfassen, wann die spezifischen Interessen der Akteure Regeln mit universaler Gültigkeit untergeordnet werden und wann der ungewisse Charakter der Ergebnisse des politischen Spiels zutage tritt. Öffentlichkeit kann hier höchstens eine korrektive Funktion in den bereits etablierten Demokratien annehmen, denn Demokratisierung entspricht dieser Lesart zufolge in erster Linie einem politisch-institutionellen Prozess.

Eine neue Generation soziologischer Studien versucht indessen, ein solches institutionelles Demokratieverständnis zu erweitern, indem diese zeigen, dass demokratische Institutionen wie freie Wahlen, ein funktionierendes Parlament und Pressefreiheit notwendige, aber keineswegs hinreichende Bedingungen für das Bestehen einer Demokratie darstellen (vgl. Avritzer 2002, Costa 2002, Olivera 1999). Deshalb sollte die Demokratisierungsforschung verstärkt das soziale Gefüge untersuchen, um zu erfassen, inwiefern demokratische Werte in der Praxis zur Geltung kommen. Im Rahmen einer solchen Perspektive spielt das

Konzept Öffentlichkeit, verstanden als Resonanzboden, Arena und Verbreitungskanal für soziale Innovationen und für die Konstruktion neuer Deutungsmuster, eine entscheidende Rolle.

Literatur

- Alvarez, Sonia E. (1998): Latin Americans Feminisms „Go Global“: Trends of the 1990s and Challenges for the New Millennium, in: Alvarez, Sonia E., Dagnino, Evelina und Escobar, Arturo (Hrsg.), *Cultures of Politics, Politics of Cultures*, Boulder, S. 293-324.
- Anderson, Benedict (1983): *Imagined Communities*, London.
- Andrews, George R. (1993): Black Political Protest in São Paulo, in: *Journal of Latin American Studies*, Nr. 24, S. 147-171.
- Avritzer, Leonardo (2002): *Democracy and the Public Space in Latin America*, Princeton.
- Baringhorst, Sigrid (1996): Das Spektakel als Politikon – Massenmediale Inszenierungen von Protest- und Hilfsaktionen, in: *Forschungsjournal NSB*, Bd. 9, Nr. 1, S. 15-25.
- Blum, Volkmar (2001): Hybridisierung von unten. Nation und Gesellschaft im mittleren Andenraum, Frankfurt am Main.
- Brunner, José Joaquín (1994): Cartografías de la modernidad, Santiago de Chile.
- Burdick, John (1992): Der Mythos der Rassendemokratie, in: *Latinamerika. Analysen und Berichte*, Bd. 16: Die Wilden und die Barbaren, Hamburg und Münster, S. 128-141.
- Chagas, Patrícia S. Pinho (2001): *Em Busca da Mãe África - Identidade africana, cultura negra e política branca na Bahia, Campinas, unveröffentlichte Doktorarbeit.*
- Cohen, Jean und Arato, Andrew (1992): *Civil Society and Political Theory*, Cambridge/MA und London.
- Costa, Sérgio (1997): Dimensionen der Demokratisierung: Öffentlichkeit, Zivilgesellschaft und lokale Partizipation in Brasilien, Frankfurt.
- Costa, Sérgio (1999): La esfera pública y las mediaciones entre la cultura y la política: el caso de Brasil, in: *Metapolítica*, Bd. 3, Nr. 9, S. 95-108.
- Costa, Sérgio (2002): As cores de Ercília, Belo Horizonte.
- Costa, Sérgio (2003): Jenseits de Mestiçagem: kulturelle Heterogenisierung in der postnationalen Konstellation, in: Sevilla, Rafael, Costa, Sérgio und Coy, Martin (Hrsg.): *Brasilien in der postnationalen Konstellation*, Tübingen, S. 28-40.
- Costa, Sérgio und Thomaz, Omar R. (2004): Do discurso nacionalista único às novas etnicidades: anti-racismo, política e reafirmação, in: *Iberoamericana* (im Druck).
- Dagnino, Evelina (Hrsg.) (2002): *Sociedad civil, esfera pública y democratización en América Latina*, Brasil, México, Campinas.
- Delarbre, Raul T. (1994): ¿Videopolítica vs. mediocracia? Los medios y la cultura democrática, in: *Revista Mexicana de Sociología*, Heft 3.
- Fraser, Nancy (1993): *Rethinking the Public Sphere: A Contribution to the Critique of Actually Existing Democracy*, in: Calhoun, C. (Hrsg.): *Habermas and the Public Sphere*, Cambridge/MA.
- García Canclini, Néstor (1990): *Culturas híbridadas*, México.
- Genro, Taro et al. (2000): Por uma nova esfera pública: a experiência do orçamento participativo, Petrópolis.
- Gerhards, Jürgen (1993): Neue Konfliktlinie in der Mobilisierung öffentlicher Meinung, Opladen.
- Gerhards, Jürgen und Neidhardt, Friedhelm (1990): *Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit – Fragestellungen und Ansätze*, WZB, *discussion paper* FS III 90-101, Berlin.
- Gilroy, Paul (1993): *The Black Atlantic: Modernity and Double Consciousness*, Cambridge/MA.
- Gois, Antônio (2003): S6 36,6% entram na Uerj fora das cotas, in: *Folha online*, 15. Februar 2003, [<http://www1.folha.uol.com.br/folha/educacao/ult305u12540.shtml>], Besuch im März 2003].
- Gomes, Nilma L. (2003): Corpo e cabelo como símbolos da identidade negra. Florianópolis, unveröffentlichte Arbeit, vorbereitet für das II Seminário Rizoma, [im Internet verfügbar unter <http://www.rizoma.ufsc.br/seminar/Oficina%2001.htm>], Besuch im November 2003].
- Habermas, Jürgen (1990): *Strukturwandel der Öffentlichkeit* (neues Vorwort), Frankfurt am Main.
- Habermas, Jürgen (1992): *Faktizität und Geltung*, Frankfurt am Main.
- Hamburger, Esther (2003): *Noticiários invadem a telefratamurgia*. *Folha de São Paulo*, 17. September.
- Jaccoud, Luciana und Beghin, Nathalie (2002): *Desigualdades raciais no Brasil. Um balanço da intervenção governamental*, Brasília.
- Leis, Héctor R. (1989): *El Movimiento de los derechos humanos y la política en Argentina*, Buenos Aires.
- Leis, Héctor R. und Costa, Sérgio (2003): *Durmiendo con una desconocida: La teoría social contemporánea visita la intimidad*, in: *La Colmena*, Nr. 37, S. 15-23.
- Lima, Venício A. (1997): *Perspectivas para as comunicações no Brasil no Séc. XXI: concentração da propriedade e redefinição dos atores políticos*, Washington, unveröffentlichtes Manuskript.
- Martinez-Echazabal, Lourdes (1998): „Mestizaje“ and the Discourse of National/Cultural Identity in Latin America, 1845-1959, in: *Latin America Perspectives*, Issue 100, Bd. 25, Nr. 3, S. 21-42.
- Melucci, Alberto (1996): *Challenging codes - Collective action in the information age*, Cambridge.
- Neidhardt, Friedhelm (1994): *Einleitung*, in: Neidhardt, Friedhelm (Hrsg.): *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen*. *Kölner Zeitschrift für Soziologie & Sozialpsychologie*, Sonderband 34, S. 7-41.
- O'Donnell, Guillermo, Schmitter, Philippe C. und Whitehead, Laurence (Hrsg.) (1986): *Transitions from Authoritarian Rule*, Baltimore und London.
- Oliveira Vianna, Francisco J. (1942, zuerst 1923): *Pequenos Estudos de Psychologia Social*. São Paulo, 3. erweiterte Auflage.
- Oliveira, Alberto J. (1999): *Los modos de recuperación contemporánea de la idea de sociedad civil*, in: Oliveira, Alberto J. (Hrsg.): *La sociedad civil. De la teoría a la realidad*, México, S. 27-53.
- Oliveira, Alberto J. (Hrsg.) (2003): *Sociedad civil, esfera pública y democratización en América Latina: México, Mexico*.
- Panfichi, Aldo (Hrsg.) (2002): *Sociedad civil, esfera pública y democratización en América Latina: Andes y Cono Sur*, México.
- Peters, Bernhard (1994): *Der Sinn von Öffentlichkeit*, in: Neidhardt, Friedhelm (Hrsg.): *Kölner Zeitschrift für Soziologie & Sozialpsychologie*, Sonderband 34, S. 162-189.
- Pfetsch, Barbara (1994): *Themenkarrieren und politische Kommunikation*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft 39.
- Rödel, Ulrich, Frankenberg, Günter und Dubiel, Helmut (1989): *Die demokratische Frage*, Frankfurt am Main.
- Sabato, Hilda (1992): *Citizenship, Political Participation and the Formation of the Public Sphere in Buenos Aires, 1850s-1880s*, in: *Past and Present*, Heft 136, S. 139-163.
- Sansone, Livio (2003): *Blackness without Ethnicity. Constructing Race in Brazil*, New York und Hampshire.
- Schütze, Stephanie (2003): *Die andere Seite der Demokratisierung. Die Veränderungen politischer Kultur aus der Perspektive der sozialen Bewegungen der Siedlerinnen von Santo Domingo, Mexiko-Stadt*, Berlin: FU-Berlin, unveröffentlichte Doktorarbeit.
- Senkman, Leonardo (1997): *La lógica populista de la identidad y alteridad en Vargas y Perón: Algunas implicaciones para los inmigrantes*, in: *Cuadernos Americanos*, Nr. 66, S. 130-152.
- Silva, Wagner G. (1999): *Reafirmação e sincretismo. Interpretações acadêmicas e interpretações religiosas*, in: Caroso, Carlos und Barcelar, Jefferson (Hrsg.): *Faces da tradição afro-brasileira*, Rio de Janeiro, S. 149-158.
- Sinclair, John (1999): *Latin American Television: a Global View*, Oxford.
- Telles, Edward E. (2003): *Racismo à Brasileira. Uma nova perspectiva sociológica*, Rio de Janeiro.
- Wade, Peter (1997): *Race and Ethnicity in Latin America*, London.
- Weis-Bomfim, Patrícia (2002): *Afro-brasilianische Literatur. Geschichte, Konzepte, Autoren, Metatexte*.
- Weller, Wivian (2003): *HipHop in São Paulo und Berlin. Ästhetische Praxis und Ausgrenzungserfahrungen junger Schwarzer und Migranten*, Opladen.



Medien und Demokratie

Die Rolle der Massenmedien in Lateinamerika im Prozeß der Demokratisierung

Foto aus *Havanna mit Amor*

Von Sandra Ellegiers

Die wichtigste Aufgabe des Journalismus ist die Suche und Verbreitung der Wahrheit über öffentliche Angelegenheiten und die Verteidigung der Grundrechte des Menschen, heißt es im Programm der CELAP (Centro Latinoamericano de Periodistas), eine Vereinigung lateinamerikanischer Journalisten, die sich für die Unabhängigkeit der Medien einsetzt. Sie sehen es als ihre Aufgabe an, die Öffentlichkeit zu informieren und versuchen alles, um deren „Recht auf Information über gesellschaftliche Angelegenheiten zu befriedigen“. Ethik und Objektivität sind die Grundlagen für Journalismus in modernen Gesellschaften und damit für die Demokratie, doch nach Aussagen vieler Journalisten aus Lateinamerika sind die Massenmedien „längst Geld orientierte Unternehmen und wenn wir nicht befolgen, was man uns sagt, stehen wir sofort auf der Straße. Das ist unsere Realität.“

Mehr als je zuvor basiert öffentliche Meinung auf Informationen, die uns die Massenmedien liefern. In dem sie sich kritisch mit den Belangen des öffentlichen Lebens auseinandersetzen, üben sie eine Art Kontrollfunktion über den Staat und die Gesellschaft aus, die als Selbstreflexion der Gesellschaft begriffen werden kann, die für die Wahrung freiheitlicher Prinzipien notwendig ist. Massenmedien haben Macht, die nach der gängigen Definition von Demokratie unabhängig von Politik und Wirtschaft ist. In dem sie den Bürger informieren, tragen sie zur Meinungsbildung bei. Die Macht der Massenmedien wirkt mit und gegen andere Kräfte in der Gesellschaft, so daß sich eine öffentliche Meinung erst herausbilden kann, die die Interessen des Einzelnen wahrt und die Gesellschaft zusammenhält.

Da Massenmedien entscheidend die öffentliche Meinung prägen und modifizieren, viel mehr noch als politische Akteure, Parteien und andere Organisationen, in dem sie Mei-

nungen sortieren, analysieren und an die Gemeinschaft weitergeben, ist zu untersuchen, welche Funktion sie im Demokratisierungsprozeß erfüllen. Darüber hinaus stellt sich die Frage, ob die Globalisierung der Massenmedien, die dank des technologischen Fortschritts jedem den Zugang zu Daten aus aller Welt ermöglicht, die Konsolidierung der lateinamerikanischen Demokratien positiv oder negativ beeinflusst. 10 Jahre nach der sogenannten Welle der Demokratie (Samuel Huntington) weist die Medienlandschaft in Lateinamerika jedoch noch immer nicht demokratische Strukturen auf. Wie überall haben die Massenmedien Macht, doch in Lateinamerika ist sie von den wirtschaftlichen und politischen Eliten abhängig oder fällt sogar mit deren Macht zusammen, da sie in privater Hand sind. Machtkonzentration ist eines der wesentlichen Schwachpunkte der politischen Systeme mit demokratischen Regierungen in Lateinamerika. Demokratische Institutionen besitzen nicht ausreichend Macht und Legitimität, um diese Machtkonzentration zu verhindern. Angesichts kaum vorhandener Veränderung der sozialen Verhältnisse, wächst auch die Skepsis der Menschen gegenüber der Demokratie. Da es an Gesetzen gegen Macht ausdehnung und Monopolisierung fehlt, können jene Eliten, in deren Besitz die Medienanstalten sind, ihren Expansionskurs beibehalten. Sie kaufen nicht nur nach und nach kleinere Medienunternehmen auf, sondern auch Unternehmen unterschiedlichster Branchen, wodurch sie sich zu horizontalen Großunternehmen entwickeln, deren Macht sich unmittelbar auf alle Bereiche der Gesellschaft ausdehnt. Somit werden Journalisten, die über kommerzielle Interessen hinaus ihre Arbeit als gesellschaftlichen Auftrag verstehen sich kaum dem Einfluß einzelner in der Öffentlichkeit stehender Personen, einer politischen Bewegung oder einem Politiker entziehen können.

Machtkonzentration versus Meinungsvielfalt

Damit ein Individuum sich an politischen Prozessen beteiligt, muß es informiert sein. In Demokratien informieren hauptsächlich die Massenmedien den Bürger, verhelfen ihm zur Meinungsbildung und kontrollieren im Idealfall politische Vorgänge.

Was in anderen modernen Staaten der westlichen Welt zu den Grundvoraussetzungen eines demokratischen Systems zählt, in dem jeder Bürger das Recht auf Information und freie Meinungsäußerung hat und in dem die Medien als eigene Machtinstanz begriffen werden, die mit an der Bildung von Interessenpluralismus, die Basis einer jeden Demokratie, beteiligt sind, verkommt auf dem lateinamerikanischen Kontinent vielerorts zu einem verlängerten Arm der Regierung. Fest in Händen der politischen und wirtschaftlichen Eliten erfüllen die Massenmedien nicht ihre Funktion als Mittler zwischen Politik und Gesellschaft.

Jene Eliten beschneiden durch die Verfolgung eigener kommerzieller und politischer Interessen über ihre sich zunehmend zu Megaunternehmen entwickelnden Medienbetriebe die Rechte der Bevölkerung, sich vielfältige Informationen einzuholen, die sie befähigt, zu einem Urteil zu gelangen und eventuell politische Entscheidungen zu treffen. Damit schwindet die Möglichkeit, daß die Bürger Volksvertreter wählen, die politische Entscheidungen in ihrem Sinne treffen und funktionierende Demokratien bilden, wie sie in der ersten und zweiten Welle der Demokratisierung entstanden sind und in denen sich die Vielfalt organisierter Gruppen, die ihre Interessen frei artikulieren ohne Staatsrechte zu verletzen, für die Stabilität des politischen Systems bewährt hat. Bei den letzten Wahlen in Lateinamerika, in Venezuela, Peru oder in Mexiko wiederholten einige Medien lediglich, was einige Kandidaten gesagt hatten. Sie vertraten die Interessen einer bestimmten politischen Gruppe und machten den politischen Gegenüber nieder. In Peru beispielsweise unterstützt die Rechtslage solche Verhältnisse. Artikel 14 der Verfassung besagt, alle Medien hätten die Pflicht, „mit dem Staat in der moralischen und kulturellen Bildung zusammenarbeiten“. Doch die Tatsache, daß ein Großteil der Medien von der Regierung abhängig ist, vermindert, daß ein anderer Artikel (16) befolgt wird, der ihnen dabei Unabhängigkeit gewährleistet, in dem es heißt, die Kommunikationsmedien könnten weder direkt noch indirekt „exklusiver Gegenstand, Monopol oder Teil des Machtapparats des Staates oder Einzelner“ sein. Die peruanische Journalistin Rosa Zeta de Pozo meint, in dieser schwierigen Situation müßten sich die Medien den „informativen Herausforderungen“ stellen.

Massenmedien in Lateinamerika stellen demnach keine unabhängige Macht im Staat dar. Sie sind monopolisiert, zentralisiert und eng mit der Regierung verbunden. Daß die Medienlandschaft weitgehend privat organisiert ist, schränkt ohnehin die Möglichkeiten des Staates ein, Einfluß auf die Medien zu nehmen.

Einzelne Familien, deren politische Führungsrolle auf eine lange Tradition zurückgeht, werden unter solchen Voraussetzungen die Macht im Land behalten und weiterhin die Politik auf eine Weise kontrollieren, die an das Elitekonzept von öffentlicher Meinung des 19. Jahrhunderts erinnert. Demnach geht eine Elite davon aus, daß der Großteil der Bevölkerung nicht urteilsfähig ist, wodurch sie sich selbst als Entscheidungsträger legitimiert. Heute ist diese Haltung zwar nicht mehr offensichtlich, vor allem, weil sie nicht öf-

fentlich geäußert wird, doch weisen bestimmte Strukturen der sich konsolidierenden Demokratien Lateinamerikas darauf hin, daß dieses Elitekonzept mit feudalistischen Zügen noch vorhanden ist. Es sind Strukturen, die Machtkonzentration unterstützen und die Partizipation des Einzelnen am Prozeß der öffentlichen Meinung blockieren und dadurch den Zusammenhalt der Gemeinschaft gefährden.

Mangel an kritischen Auseinandersetzungen

Für die Wahrung demokratischer Prinzipien durch die Massenmedien ist die kritische Auseinandersetzung sowohl mit der Öffentlichkeit, als auch mit sich selbst notwendig. Doch wird der Besitzer eines Medienkonzerns kaum zulassen, daß Brisantes aufgedeckt wird, mit dem er selbst in Verbindung gebracht werden kann. Eventuell wird er etwas veröffentlichen, doch nur so viel, daß er noch einen Nutzen daraus ziehen kann. Journalismus, der sich kritisch mit den Verhältnissen und Mißverhältnissen der Gesellschaft auseinandersetzt, für die er sich als Beobachter und Mittler engagiert, existiert unter solchen Voraussetzungen nicht.

Inmitten dieses Sumpfes von Demokratieprinzipien verhindernden Abhängigkeiten und feudalistischen Strukturen explodieren ab und an Neuigkeiten wie Bomben, die die einen legen, um die anderen, meist den politischen Gegner, zunichte zu machen. Das hat wenig mit Information zu tun, sondern mit zielgerichteter Verbreitung von Interessen. Es bestätigt viel mehr, daß der Informationsfluß zensiert wird und zwar von den Medien selbst oder den Drahtziehern dahinter.

Mangelndes Demokratieverständnis manifestiert sich in Gewalt gegen kritische Journalisten. Wenn sie stören, werden sie eliminiert, selbst wenn offiziell Pressefreiheit herrscht. Das hat zur Folge, daß sich Journalisten selbst zensieren. In Kolumbien oder Venezuela läuft ein Journalist, der seinem Auftrag folgt, Dinge ans Licht zu führen und der Öffentlichkeit preiszugeben, ansonsten Gefahr, mit seinem Leben dafür zu bezahlen.

1997 recherchierte im fortschrittlichen Argentinien ein Journalist die Verknüpfungen zwischen der politischen Mafia und prominenten Politikern und wurde deswegen verprügelt. Für den damaligen Präsidenten, Carlos Menem, bedeuteten die Schläge, die der Journalist erleiden mußte, „Freuden des Berufs“. Als aufgedeckt wurde, daß Menem in seinem Heimatort im Landesinneren eine neue Landebahn bauen ließ, mußte der Reporter der die wahren Hintergründe veröffentlichte, nämlich Menems privates Interesse und nicht die Möglichkeit, auf diese Weise Oliven in die ganze Welt



exportieren zu können, eine Reihe von Beleidigungen über sich ergehen lassen, so wie den Vorwurf zu hören bekommen, er sei von der Opposition bezahlt worden.

Nicht allen Eliten Lateinamerikas ist zu unterstellen, sie setzen sich über die Interessen der Mehrheit hinweg, in dem sie Informationen unterschlagen oder in irgendeiner Form manipulieren, aber allein schon die einseitige Übermittlung von Informationen stellt allein schon eine Gefahr für die Demokratie dar.

Medien als politische Akteure

Viele Medien haben sich in den letzten Jahren in politische Bühnen verwandelt, auf denen Diskussionen geführt werden, die eigentlich von politischen Parteien ausgehen müßten. Der Mangel an kritischer Auseinandersetzung mit dem Prozeß der Demokratisierung, an der Reflektion über das Verhältnis von Staat und Gesellschaft, Eliten und Massen weist darauf, daß die Medien teilweise selbst zu politischen Akteuren geworden sind, die Parteien ersetzen.

„Auf der Straße beschuldigen die Menschen uns Journalisten, schlechte Politik zu machen“, erzählte Elvira Gómez, Parlamentsredakteurin von „El Universal“ (Venezuela) während einer Veranstaltung des Iberoamerikanischen Instituts in Berlin und der Konrad-Adenauer-Stiftung. Daß die Medien tatsächlich als politische Akteure in der Gesellschaft betrachtet werden, manifestiert sich darin, daß viele Venezolaner, die der Demokratie aufgrund anhaltender Armut (80% der Bevölkerung ist arm) skeptisch gegenüber eingestellt sind, den Medien für die Mißstände ihres Landes die Verantwortung zuschreiben. Journalisten sähen sich der Unzufriedenheit der Bevölkerung ausgesetzt und müßten sich sogar gegen Handgreiflichkeiten wehren, sagte Gómez. Zu ihrem Schutz klebten sie auf ihren Fahrzeugen die Logos ihres Mediums zu, um nicht mehr als solche identifizierbar zu sein. Presseausweise hielten sie versteckt. Die Verantwortung für die Situation ihres Landes tragen deshalb die Medien, weil sie, wie die Journalistin betonte, ein Monster geschaffen hätten, mit dem sie nicht umzugehen wüßten, womit sie die aktuelle Regierung Venezuelas meinte. Da sie selbst jetzt nichts mehr unternehmen könnten, appellierte sie an ausländische Medien, sich des Themas anzunehmen.

In fortschrittlicheren Ländern wie Argentinien oder Chile ersetzen die Medien nicht die führenden politischen Parteien, doch sie unterstützen sie. Problematischer ist hier die wirtschaftliche Abhängigkeit der Medien, die, da sie auf Marktquoten aus sind, politische zugunsten unterhaltsamer Themen vernachlässigen. Hier wie auch in den meisten anderen lateinamerikanischen Ländern ist es nicht möglich, Nachrichten ohne unendlich lange Werbeunterbrechungen zu sehen oder zu hören. In der Presse finden sich in einem Bericht über ein politisches Treffen mehr Informationen über das Tischgeschirr und die Kleidung der Beteiligten, die Auskünften über die Marken als inhaltliche Informationen beinhalten, als über inhaltliche Belange. Es handelt sich also

um Informationen, die unkommentiert bleiben können und lediglich ein oberflächliches Gefühl des Informiertseins hervorrufen.

Globale Kommunikation

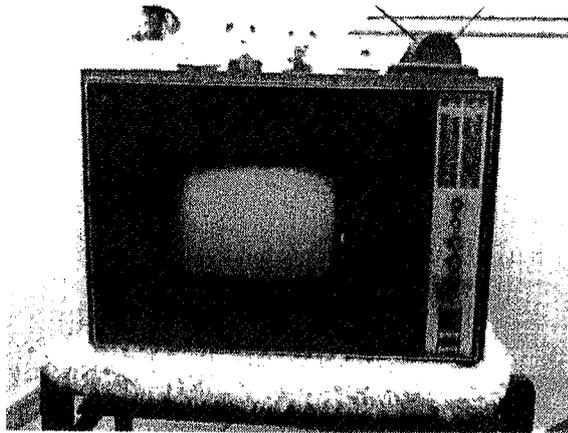
Im Zeitalter der Informationstechnologie hat weltweit jeder Zugang zu Informationen aller Art. Fraglich ist, ob dies Einfluß auf die politische Bildung der Menschen in und damit auf die Konsolidierung der Demokratie hat, zumal nach wie vor das Fernsehen, die Presse und vor allem das Radio größtenteils die Hauptquellen für Informationen in Lateinamerika sind. Trotzdem breiten sich überall in der Welt die neuesten Kommunikationstechnologien aus, es sei denn, es fehlen finanzielle Mittel oder der Staat wirkt dagegen. Wirtschaftliche Interessen des Staates und der Eliten unterstützen aber meist den Fortschritt, selbst in sozialistischen Systemen wie in China.

Internationale Medien können demnach zunehmend als Informationsquelle genutzt werden, wo Informationen von nationalem Interesse untergehen. Dabei kann sowohl die internationale Auseinandersetzung mit nationalen Themen Einfluß auf die Innenpolitik haben, als auch Außen stattfindendes eine Art Vorführeffekt haben.

Sich weltweit ausbreitende Medienunternehmen nehmen darüber hinaus autoritären Führern die Macht, Informationen zu kontrollieren. Dank des technologischen Fortschritts kann jeder über Dinge reflektieren, die außerhalb der eigenen Grenzen geschehen. Eindrücke aus dem Ausland, sei es, weil etwas vorbildhaftes woanders passiert, was auf „zu Hause“ übertragen werden könnte (in Kolumbien verfolgen Intellektuelle den Friedensprozeß in Irland in der Hoffnung davon zu lernen) oder, weil woanders Richtlinien für die Außenpolitik aufgestellt werden, die als Druckmittel auf die Regierung eingesetzt werden.

Die Kehrseite ist jedoch der Machtzuwachs globaler Medienriesen. Hier ist es wieder Aufgabe der Politik, zu großer Machtkonzentration zu verhindern, was sich auf internationalem Niveau schwierig gestaltet. Die USA hat die Macht von Microsoft aus wirtschaftlichen und politischen Gründen, wie z. B. Chancengleichheit vermindert, in dem sie das Unternehmen spaltete. In Lateinamerika scheint so etwas heute noch unmöglich, da wenig über die Wahrung der demokratischen Grundgedanken Freiheit und Gleichheit reflektiert wird. Internationale Medienkonzerne, die dort Macht und Einfluß über andere bekommen, können demnach auch eine Barriere für den Machtzuwachs innerhalb der Zivilgesellschaft darstellen, wenn sie nicht reguliert werden.

Um die Bedeutung der Medien für die Demokratie herauszustellen, wird gern und oft von lateinamerikanischen Journalisten ein berühmter Satz von Thomas Jefferson genannt, den er sagte, als er die Entwicklung der Demokratie eines Landes beschrieb, „eine Gesellschaft mit Zeitungen und ohne Regierung ist besser als eine Regierung ohne Zeitungen“. Es wird dabei außer Acht gelassen, dass dies Unabhängigkeit der Medien voraussetzt. ■



3. Mai 2005

 Druckansicht

Geduldiges Papier, Zuckerbrot und Peitsche

Lateinamerika am diesjährigen Internationalen Tag der Pressefreiheit (3. Mai)

von Paul Linnarz
Hrsg. Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Thema Staat und Gesellschaft

Die Pressefreiheit in Lateinamerika wird heute weniger von staatlicher Zensur, als von ökonomischer und juristischer Gängelung bedroht. Aus wirtschaftlichen und politischen Interessen geben nicht selten aber auch die Medien ihre Unabhängigkeit preis. Journalisten, die sich nicht überzeugen lassen, müssen in vielen Provinzen um ihr Leben fürchten.

Die Pressefreiheit beschäftigt in Argentinien auch die Schulkinder. In möglichst vielen Briefen an die Erwachsenen sollen die Penäler mit ihren Worten ausdrücken, wie wichtig die Presse- und Meinungsfreiheit für die Demokratie ist. Besonders gelungene Schreiben werden in der ersten Maiwoche anlässlich des Internationalen Tages der Pressefreiheit in den Zeitungen abgedruckt.

Bei der rührenden Aktion dürfte so mancher Leser die Augenbrauen hoch ziehen. Denn zu den Initiatoren zählt neben zwei Medienverbänden das Erziehungsministerium. Dabei musste sich die argentinische Regierung wegen ihrer Einstellung zur Pressefreiheit in den letzten Wochen scharfe Vorwürfe anhören.

Die Interamerikanische Pressevereinigung, SIP, wirft ihr vor, mit subtilen, aber wirkungsvollen Methoden die ökonomische Unabhängigkeit der kommerziellen Medien anzugreifen. So würden Spotzeiten und Anzeigenflächen für politische Werbung bevorzugt von den regierungsfreundlichen Medien gekauft. Hingegen gingen kritische Medien immer öfter leer aus. Die Werbegelder aus den Regierungstöpfen aber sind insbesondere für die kleinen und mittleren Veranstalter ein unverzichtbarer Teil ihrer Einnahmen. Diese Abhängigkeit hat sich durch die ökonomische Krise des Landes, unter der auch die werbefinanzierten Medien leiden, in den letzten Jahren noch verschärft.

Darüber hinaus konkurrieren die privaten Anbieter mit den neu gegründeten Radiosendern der Provinzregierungen. Das reduziert den Werbekuchen zusätzlich.

Verschiedene Medienhäuser und -eigner wurden mit Verfahren wegen Verstosses gegen die Steuergesetze überzogen, andere, wie das Magazin Noticias oder die Zeitungen Río Negro und El Heraldo, von staatlichen Informationen abgeschnitten. Was die Regierung zu kommunizieren habe, hiess es lapidar, teilte Präsident Néstor Kirchner in seinen öffentlichen Reden mit. Und in denen hält sich der Staatschef mit Kritik an den Medien und den Journalisten nicht zurück.

Eine Delegation der SIP, die sich Ende Februar vor Ort ein Bild der Lage verschaffen wollte, wurde von Kirchner mit der Behauptung attackiert, tatsächlich nur die finanziellen Interessen der grossen Medienkonzerne zu verteidigen - jener Medien insbesondere, die der Diktatur nahe gestanden hätten. Mit solchen Anschuldigungen sei sie in ihrer fast achtzigjährigen

ansendungen sei sie in ihrer fast achtzigjährigen Geschichte noch nie konfrontiert gewesen, entrüstete sich daraufhin die Pressevereinigung.

Die Vorhaltungen des Präsidenten hielten die SIP jedoch nicht davon ab, auch den argentinischen Medien in Einzelfällen Versagen vorzuwerfen. „Übermäßige Vorsicht und Schwäche“ berührten die Fähigkeit, „bei der Berichterstattung professionellen Standards zu folgen“, hiess es diplomatisch. Oder deutlicher: Nicht alle Medien und Journalisten in Argentinien verteidigen ihre Freiheit. Mit unheiligen Allianzen, Opportunismus und Vorteilmahme berauben sie sich ihrer Glaubwürdigkeit.

Unabhängige Medienkritiker dürften vor dem Hintergrund auch die Briefaktion und die dazu erforderliche Kooperation mit dem zuständigen Ministerium nicht nur bejubeln.

Im Kern lässt sich die Problematik auf die anderen lateinamerikanischen Demokratien übertragen: „Auf dem Papier“ herrscht Pressefreiheit. Zwar sind die entsprechenden Gesetze oft schwammig, widersprüchlich und veraltet. Systematische Zensur existiert aber nicht. Und die Regierungen lassen keine Gelegenheit aus, sich öffentlich als die Garanten der Pressefreiheit zu präsentieren.

In Wahrheit stehen die Medien aber noch immer unter Druck und geben sie auch selbst ihre Unabhängigkeit preis.

Anfeindungen sind an der Tagesordnung. Bevor er Anfang des Jahres bilanzierte, weder Radiostationen geschlossen noch Journalisten verhaftet zu haben, in seinem Land mithin jeder frei seine Meinung äussern dürfe, titulierte Ecuadors Ex-Präsident Lucio Gutiérrez einige Medienvertreter als „schamlose, anstössige, kindische Strohmannen“. Für Venezuelas Präsident Hugo Chávez sind die privaten Medien die „Apokalyptischen Reiter“ und der erklärte Feind seiner „Bolivarianischen Revolution“.

Die Klaviatur der Einschüchterungen ist breit. Daneben, dass „unbotmässige“ Medien nicht mehr in den Genuss der staatlichen Werbemittel und Informationen kommen, eignen sich vor allem Geldstrafen. Oft reicht schon die Androhung von Bussgeldern. Journalisten werden wegen Beleidigung und Verleumdung angezeigt und wegen „Fluchtgefahr“ für die Dauer des Gerichtsprozesses unter Hausarrest gestellt. Unter fadenscheinigem Vorwand werden Redaktionsbüros durchsucht, und Medieneigner stehen wegen längst beigelegter Streitigkeiten plötzlich erneut vor dem Richter.

Die facettenreiche Palette an „Daumenschrauben“ berührt die gesetzlichen Bestimmungen zur Presse- und Meinungsfreiheit „de jure“ häufig überhaupt nicht. Die ökonomische und juristische Einflussnahme lässt sich mit Forderungen nach unabhängigen Medien nur mühsam verhindern. Deshalb wirkt sie umso effektiver.

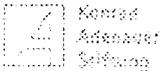
An die Stelle der externen Zensur ist in vielen Ländern die Selbstzensur getreten. Aus Angst davor, bei Verstössen gegen das neue Gesetz zur sozialen Verantwortung der Medien finanziell belangt zu werden, verzichten einige Veranstalter in Venezuela inzwischen auf regierungskritische Inhalte. In El Salvador war während des Wahlkampfes im letzten Jahr gar von „Saca-Television“ die Rede, weil die kleineren

Oppositionsparteien neben dem
Präsidentschaftskandidaten der ARENA-Partei, Elías
Antonio Saca, in den Medien praktisch nicht mehr
stattfanden. Saca, Vertreter der Wirtschaftsoligarchie
des Landes und selbst Medienunternehmer, gewann die
Wahl.

El Salvador, aber zum Beispiel auch Bolivien und
Guatemala, verdeutlichen gleichzeitig, wie stark Medien,
Anzeigenwirtschaft und Politik miteinander verwoben
sind: Journalisten werden Präsidenten,
Parlamentsabgeordnete kontrollieren eigene
Radiokanäle und führende Parteimitglieder sitzen in den
Chefetagen der grossen werbungstreibenden
Unternehmen. Das zynische Spiel: „Mache mich zum
Minister oder ich gründe eine Zeitung!“ ist in den
Hinterzimmern der Macht an der Tagesordnung.

Wenn das „Geben und Nehmen“ nicht funktioniert,
greifen die beteiligten Parteien auch zur Gewalt.
Dramatisch ist nicht nur, dass nach Angaben der
Interamerikanischen Menschenrechtskommission die
Zahl der Übergriffe gegen Journalisten insgesamt steigt,
in Mexiko erst vor ein paar Tagen wieder eine
Reporterin vermutlich von der Drogenmafia ermordet
wurde, und Journalisten in der kolumbianischen Provinz
noch immer bedroht, entführt, gefoltert und erschossen
werden. Erschreckend ist auch, dass Gewalt gegen die
Medien immer öfter von lokalen Entscheidungsträgern
ausgeht, der Bürgermeister einer Kleinstadt im
Dschungel oder in den Anden entweder eigene
„Störkommandos“ beauftragt oder sich mit dem
organisierten Verbrechen gegen kritische Journalisten
verbündet.

Die vergleichsweise gut geschützten hauptstädtischen
Medien stünden hier in der Verantwortung,
Hintergründe aufzudecken, Kamerateams an den Ort
des Verbrechens zu entsenden und mit ausführlichen
Berichten auch die Justiz in die Pflicht zu nehmen.
Mutiger Journalismus dürfte die Menschen für die
Bedrohung der Pressefreiheit jedenfalls stärker
sensibilisieren als jede Briefaktion. Nicht selten aber
sind gerade die Marktführer auf diesem Auge blind.



Konrad
Adenauer
Stiftung

[Home](#) | [Kontakt](#) | [Druckansicht](#)
Global Home: www.kas.de

© Konrad Adenauer Stiftung e.V. | 3. Mai 2005

Südwind Magazin 07 / 2005, Seite 16

Titel



Medienmogule an der Macht

Die Medienindustrie, vor allem das Fernsehen, ist in Lateinamerika nicht nur ein gutes Geschäft, sondern wird auch als politisches Instrument eingesetzt. Die guten Beziehungen zu den Herrschenden sind die Grundlage für das Entstehen der großen Konzerne.

Ingrid Haslinger

Lateinamerika hat sich für die Medienindustrie in den letzten Jahrzehnten zu einem dynamischen und lukrativen Markt entwickelt. Den 400 Millionen EinwohnerInnen des Subkontinents stehen etwa 2.000 größere Zeitungen und Magazine, 6.000 Radiostationen und 500 Fernsehsender zur Verfügung. Aufgrund der hohen Einwohnerzahl und der relativ starken Mittelschicht konzentrieren sich mehr als die Hälfte aller Zeitungen und Fernsehsender ganz Lateinamerikas in Brasilien und Mexiko. Ebenfalls von Bedeutung für die Medienproduktion sind Argentinien, Kolumbien und Venezuela. Letztgenanntes Land mit nur vier Millionen Fernsehhaushalten gehört zu den Hauptproduzenten in Lateinamerika (siehe auch Artikel über Telesur auf Seite 20).

Der Großteil der Medien befindet sich in privatem Besitz und wird zudem in vielen Fällen von Einzelpersonen beherrscht, die sie zur Förderung ihrer politischen Interessen einsetzen. Als Paradebeispiel ist hierzu der Familienclan Azcárraga und sein mexikanisches Unternehmen Televisa zu nennen, welches seit den 1970er Jahren zum größten spanischsprachigen Medienkonzern herangewachsen ist.

Die Erfolgsstrategie des Konzerns basierte von Beginn an auf der engen Zusammenarbeit mit der Regierungspartei PRI, die erst im Jahr 2000 ihre jahrzehntelange Vormachtstellung verlor. Bei dieser Allianz gewannen beide. Televisa erbrachte stets seine Dienste für den Staat, und dieser belohnte den Konzern mit neuen Konzessionen, finanziellen Begünstigungen und mit dem Schutz seiner Monopolstellung. Televisa diente jahrzehntelang den mexikanischen Präsidenten als Sprachrohr. Der Konzern entwickelte sich zu einer konstanten Propaganda-Plattform für die Partei. In der Berichterstattung standen internationale Konflikte vor den nationalen Problematiken, wenn diese die Regierung in ein schlechtes Licht rücken könnten. Lange Zeit galten Televisa und die PRI als die beiden Machtzentren des Landes, die sich gegenseitig stützten.

Ernste Zweifel an der Glaubwürdigkeit der Berichterstattung gab es erstmals im Jahre 1986, als der offensichtliche Wahlbetrug bei den regionalen Wahlen im nördlichen Bundesstaat Chihuahua verheimlicht wurde. Doch Televisa-Eigentümer Emilio Azcárraga stand stets zur politischen Linie des Konzerns und deklarierte dies auch in aller Öffentlichkeit: „Wir sind von der PRI, wir waren schon immer von der PRI; wir glauben an keine andere Formel. Und als Mitglieder dieser Partei werden wir alles Mögliche tun, dass unser Kandidat gewinnt.“

Aufgrund aufkommender Proteste gegen das Zusammenspiel der beiden Machtpole verzichtete der Konzern Anfang der 1990er Jahre auf offensichtliche Manipulation und wandte vermehrt versteckte Techniken an. Das Unternehmen sah sich gezwungen, die Sendezeiten für die Wahlkampfkampagnen gerechter zu verteilen, um nicht gänzlich an Glaubwürdigkeit zu verlieren. Die Berichterstattung hat sich seit den Präsidentschaftswahlen im Jahre 1988 deutlich geändert. Widmeten die elektronischen Medien, d.h. Televisa und das staatliche Imevisión, damals noch etwa 90 Prozent der Wahlsendezeiten der PRI, waren es sechs Jahre später nur mehr knapp über 30 Prozent. Die neue Linie des Medienkonzerns setzte sich auch bei den Präsidentschaftswahlen 2000 fort, bei denen die PRI erstmals nach 71-jähriger Herrschaft von der rechtskonservativen PAN unter Vicente Fox abgelöst wurde. Dieser gewann die Wahl jedoch nicht nur wegen der höheren Medienpräsenz, sondern auch aufgrund einer gewissen Aufbruchstimmung in der mexikanischen Bevölkerung, die eine Veränderung der erstarrten politischen Landschaft anstrebte. Televisa sah diesen Umbruch offenbar voraus und vergab mehr Sendezeit an die voraussichtliche Nachfolgepartei PAN.

Ein weiteres extremes Beispiel für den politischen Einfluss auf die monopolisierte Medienindustrie ist die Situation im zentralamerikanischen Staat Guatemala, wo alle offenen Fernsehkanäle einem einzigen Geschäftsmann gehören. Die Erfolgsstory hat hier ebenfalls mit der engen Zusammenarbeit mit den jeweiligen Regierungsparteien zu tun. Die Nachrichtensendungen werden ständig zu Gunsten der Herrschenden manipuliert. Neben den vier offenen TV-Kanälen verfügt der Monopolinhaber Remigio Ángel González über 30 Radiostationen, Kinosäle und eine Restaurantkette. Zudem besitzt er 20 weitere Fernsehkanäle in anderen Staaten Lateinamerikas, darunter die Dominikanische Republik, Ecuador, Brasilien, Paraguay, Chile, El Salvador, Nicaragua und Costa Rica.

Lateinamerikas Medienkonzerne können sich mit ihrem Umsatz durchaus mit US-amerikanischen oder europäischen Unternehmen messen und sind auch durch ihre internationale Präsenz von Bedeutung. So zählen die Riesen Televisa in Mexiko und Rede Globo in Brasilien mit 60 bis 80 Millionen ZuseherInnen täglich zu den meist rezipierten kommerziellen Netzwerken der Erde. Während sich der brasilianische Globo-Konzern vornehmlich auf den nationalen Markt konzentriert, versucht das mexikanische Televisa weltweit in die hispanischen Märkte einzudringen. Derzeit exportiert der Konzern seine Programme in 55 Länder und ist somit das größte spanischsprachige Medienunternehmen der Welt. Das Profil des Konzerns hat mittlerweile Züge eines transnationalen Medienunternehmens angenommen. Die Integration erfolgt sowohl vertikal als auch horizontal. So kontrolliert Televisa den mexikanischen Fernsehsektor von der Produktion der Programme bis hin zur Distribution in ausländische Märkte. Die horizontale Eingliederung erfolgt durch den Erwerb von Aktien anderer Medienkonzerne in den USA und in Lateinamerika. Die globalen Geschäfte zählen zu den profitabelsten des Konzerns. Der größte Umsatz wird mit den zahlreichen lateinamerikanischen ImmigrantInnen in den Vereinigten Staaten erzielt. Hier gründete Televisa die SIN (Spanish International Network), ein Netzwerk für spanischsprachiges Fernsehen, welches später in Univisión umbenannt wurde und heute nicht nur im Fernsbereich, sondern auch im Musikgeschäft und Verlagswesen agiert und 80 Prozent der „Hispanos“ erreicht. In Lateinamerika kaufte Televisa Fernsehstationen, Radiosender, Zeitungen, Zeitschriften und sogar Satelliten an. In Chile erwarb Televisa 49% von Megavisión, eine der beiden privaten Fernsehketten des Landes. Im Nachbarland Argentinien unterzeichnete Televisa-Eigentümer Azcárraga ein Abkommen mit dem staatlichen Unternehmen ATC (Argentina Televisora Color) zum Programmaustausch und zur Durchführung von Koproduktionen. Zudem gründete der Konzern die Tochtergesellschaft Televisa Argentina, um einen fixen Stützpunkt im Süden des Kontinents zu schaffen. Ferner hält der Konzern Anteile am uruguayischen Canal Montecarlo, am brasilianischen Canal 11 und an Venevisión in Venezuela.

Televisa hat sich zu einem effizienten transnationalen Unternehmen entwickelt, welches die kulturelle Präsenz Mexikos im Ausland aufrecht erhält, auch wenn das vermittelte Bild des Landes von der Realität oft sehr weit entfernt ist. In diesem Sinne berichtet die mexikanische Zeitschrift El Proceso: „Es ist nicht zu bezweifeln, dass Azcárraga Mexiko liebte, aber ein spezielles Mexiko: das Land der Weißen, das Land, in dem die einzigen bewundernswerten Indios die Olmekenköpfe sind, die auch im Metropolitan Museum von New York ausgestellt werden können (...). Azcárraga versagte, den Mexikanern als mestizisches Volk Aufmerksamkeit zu schenken. Sein canal de las estrellas rühmte die hübschen Blondinen und diskriminierte die dunkelhäutigen Mexikaner. Er verbannte die Armut vom Bildschirm und verkaufte dem Fernsehpublikum ein eintöniges Mexiko voll von edlen und ergebenen Arbeitern.“

Brasilien und Mexiko gehören zu den wenigen Ländern, die im Mediensektor die Import-Abhängigkeit von den USA durchbrechen konnten und ihre selbst produzierten Programme auch in das restliche Lateinamerika exportieren.

Auch Kolumbien, Venezuela und Chile vertreiben heute Eigenproduktionen in andere Länder Lateinamerikas. Diese Länder verfügen über eine vitale Filmindustrie. Die restlichen Nationen sind aufgrund ihrer schwachen wirtschaftlichen Lage oder geringer Einwohnerzahl nicht im Stande, große Investitionen in eine nationale Fernsehindustrie zu tätigen.

Trotz der lebendigen Medienlandschaft in Lateinamerika kann der latente US-amerikanische Einfluss nicht vermieden werden. Die USA benutzen die Medien, um ihre Interessen und ihre Ideologie auch außerhalb ihrer Grenzen zu verteidigen. Ein aktuelles Beispiel dafür ist der mediale Kampf gegen den links orientierten venezolanischen Staatspräsidenten Hugo Chávez. Teile der rechten Medien in den USA setzen sich für einen Angriff auf Chávez ein. US-Medien wie die Washington Post, die New York Times und die Agentur Associated Press unterhalten zahlreiche Korrespondenten in Caracas, die die Kampagne gegen den Präsidenten medial unterstützen.

In Venezuela werden die Medien von Gustavo Cisneros dominiert, welcher mit seinem Netzwerk Venevisión das venezolanische Fernsehen beherrscht. Er gilt als führender Chávez-Gegner. Neben der Kooperation zwischen lateinamerikanischen und US-amerikanischen Medien stammen zudem viele der empfangbaren Kanäle direkt von US-Sendern.

Vor allem in Mexiko hat sich der Zufluss an US-amerikanischen Programmen seit dem Zustandekommen des NAFTA (Nordamerikanisches Freihandelsabkommen, am 1. Jänner 1994 in Kraft getreten) verstärkt.

Doch bereits vorher wurde das mexikanische Fernsehen von US-amerikanischen Programmen überflutet: etwa 20 Prozent der Sendungen stammten von Medienunternehmen aus den USA. Heute liegt dieser Anteil zwischen 33 und 62 Prozent. KritikerInnen der neuen Weltinformationsordnung konstatieren, dass diese Entwicklung einen Verlust an Identität und kulturellem Erbe zur Folge hat.

Die einzelnen Fernsehformate betreffend, dominieren die Importe kostenaufwendiger Programme wie Kinofilme, Telenovelas, Serien und Zeichentricksendungen. Zu beachten ist, dass trotz des US-amerikanischen Einflusses etwa 30 Prozent der importierten Programme in Lateinamerika vom eigenen Subkontinent stammen. Der intraregionale Handel von Medienprodukten zwischen den einzelnen Staaten ist trotz seiner langsamen Entwicklung von großer Bedeutung für die Aufrechterhaltung der lateinamerikanischen Identität.

AutorinInfo: Ingrid Haslinger studierte Publizistik, Kommunikationswissenschaft und Spanisch in Salzburg und schrieb ihre Diplomarbeit zum Thema Medienglobalisierung in Lateinamerika am Beispiel Televisa. Derzeit ist sie in der Tourismusbranche mit Schwerpunkt Lateinamerika tätig.

INTERNET UND POLITIK IN LATEINAMERIKA

REGULIERUNG UND NUTZUNG DER NEUEN INFORMATIONS- UND
KOMMUNIKATIONSTECHNOLOGIEN IM KONTEXT DER POLITISCHEN UND
WIRTSCHAFTLICHEN TRANSFORMATIONEN

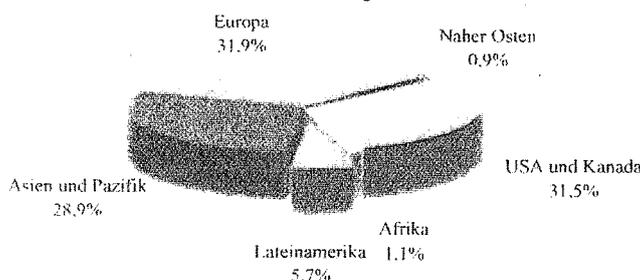
Der vorliegende Beitrag ist ein Auszug aus dem ersten Band einer sechs-bändigen Dokumentation eines Forschungsprojekts zur "Regulierung und Nutzung der Neuen Informations- und Kommunikationstechnologien im Kontext der politischen und wirtschaftlichen Transformationen" in Lateinamerika. Durchgeführt wurde das Projekt am Institut für Iberoamerika-Kunde in Hamburg. Mit diesem Projekt wollte man diese Thematik anhand konkreter empirischer Studien in fünf Staaten des Kontinents untersuchen. Im folgenden sollen einige zentrale Aspekte der Untersuchungen sowie zwölf Thesen zur politischen Analyse der Neuen Informations- und Kommunikationstechnologien (NIKT) in Lateinamerika, die die Autoren Roman Herzog, Bert Hoffmann und Markus Schulz formulieren, dargestellt werden.

Die Länder Lateinamerikas haben seit den 80er Jahren tiefgreifende Transformationen durchlaufen, die auf der politischen Ebene durch den Übergang zur Demokratie und auf der wirtschaftlichen Ebene durch eine weitgehende Durchsetzung neoliberaler Konzepte geprägt waren. Zeitgleich ging mit der rasanten Verbreitung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien (NIKT) auf globaler Ebene ein Prozess einher, dem ein grundlegend transformativer Charakter zugeschrieben wird. Wie prägen die konkreten politischen und wirtschaftlichen Umstrukturierungen die Regulierung, Nutzung und Entwicklung der NIKT und wie verändern andererseits die Entwicklung der NIKT die jeweiligen politischen und wirtschaftlichen Strukturen und welche Perspektiven ergeben sich daraus? Die neuen Computer- und Telekommunikationsmedien und deren Nutzungsformen bilden in mehrfacher Hinsicht eine neuartige Herausforderung für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Zum einen gelten sie als entscheidende Wirkungsfaktoren des Globalisierungsprozesses, zum anderen als Schlüsselfaktoren der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung in den Nationalstaaten selbst.

Waren die 70er Jahre eine Periode, in der in Lateinamerika Militärregime dominierten, so können die 80er Jahre auf der politischen Ebene als Dekade der Transition zur Demokratie gelten. Mitte der 90er Jahre stand nicht mehr der Übergang zu, sondern die Konsolidierung der Demokratie im Zentrum des vorherrschenden

Forschungsinteresses. Gleichwohl hat sich gezeigt, dass die etablierten Demokratien nicht nur bestimmte "Defekte" und autoritäre Restbestände aufweisen, die mit der Zeit überwunden werden würden, sondern dass auch ohne offene autoritäre Repression in Form von Militärputschen die Demokratie eine teilweise starke Aushöhlung von Qualität und Substanz erleidet. In der

Grafik 1:
InternetnutzerInnen nach Weltregionen



Quelle: NUA 2002

Folge ist bereits von "hybriden Regimen" – halb Demokratie, halb autoritäres System – gesprochen worden.

Die verschiedenen lateinamerikanischen Länder weisen verschiedene Grade und Formen politischer Demokratisierung und wirtschaftlicher Liberalisierung, aber auch des materiellen und sozialen Entwicklungsstandes auf. Während beispielsweise in Costa Rica das politische System von bemerkenswerter Kontinuität geprägt ist und das Land als wohl stabilste und kohärenteste Demokratie des Kontinents gelten kann, stellte Peru unter Fujimori ab 1992 sicherlich den

drastischsten Fall dar, in dem der Demokratisierungsprozess in eine Diktatur hinter demokratischer Fassade mündete. Mit der Flucht des Präsidenten steht das Jahr seit Ende 2000 vor einem demokratischen Neubeginn. Auch Mexiko hat erst im Jahr 2000 mit dem Wahlsieg des Oppositionskandidaten Fox seine bisherige Sonderstellung verlassen, in der das Land formal gesehen zwar demokratisch verfasst war, aber über 70 Jahre von ein und derselben Partei autoritär regiert wurde. Argentinien erlebte im Verlauf der 90er Jahre unter der Regierung Menem eine systematische Schwächung und Einschränkung demokratischer Elemente.

Parallel zu den politischen Transitionsprozessen ist es in Lateinamerika in den vergangenen zwei Jahrzehnten auch im wirtschaftlichen Bereich zu einem paradigmatischen Kurswechsel gekommen, der die Ökonomie des Kontinents grundlegenden Transformationen unterzogen hat. Die seit den 30er Jahren dominante Entwicklungsstrategie der "importsostituierenden Industrialisierung" wurde in den 80er Jahren fast überall abgelöst und wenn auch in unterschiedlichen Ausprägungen durch die Trias von Öffnung, Deregulierung und Liberalisierung im Sinne des "Washington Consensus" abgelöst. Für die Entwicklung der NIKT ist dabei von besonderer Bedeutung, dass diese Agenda der liberalen Wirtschaftsstrategie auch die Öffnung der Telekom-Märkte und die Privatisierung der staatlichen Monopole umfasste.

Der Begriff Internet verweist auf den hervorstechendsten Teil eines Phänomens, das mit dem Begriff "Neue Informations- und Kommunikationstechnologien" (NIKT), wie es der Untertitel formuliert, sehr viel präziser zu fassen ist.

Gemeinsames Charakteristikum der NIKT seit den 80er Jahren ist ihre digitale technologische Basis, ihre wesentliche technologische Neuerung, die Umsetzung von Informationen in die binäre Computersprache (0 und 1) und die Zusammenführung der verschiedenen Arten mediatisierter Informationsübermittlung: Text, Bild, Ton und gesprochene Sprache – was oftmals mit dem Be-

griff Multimedia umschrieben wird. Die computer- und telekommunikationsgestützte Informations- und Kommunikationsinfrastruktur des Internet ermöglicht hierbei die Übermittlung dieser digitalen Daten über große Distanzen in einem Umfang und einer Geschwindigkeit, die vor wenigen Jahren noch undenkbar erschien.

Zwar existieren Internet-Anschlüsse schon in fast allen Ländern der Welt, doch ist der Zugang sehr ungleichmäßig verteilt. Für einen Großteil der Menschen in den industrialisierten Zonen ist das Internet bereits fester Bestandteil des Alltags geworden. Auch für die Länder des Südens wird den NIKT eine zentrale Bedeutung für die wirtschaftliche, politische und soziale Entwicklung zugewiesen. So betont die OECD das Entwicklungspotenzial, welches die neuen Technologien für die unterentwickelten Länder hätten.

Von anderer Seite wird darauf verwiesen, dass die neuen Technologien auf der gegebenen ungleichen Verteilung von politischer Macht, ökonomischen Ressourcen und Bildungsstandards aufbauen – und dass sie dazu tendieren, diese Ungleichheiten zu verfestigen, zu vertiefen und neue zu schaffen.

Seit Anfang der 90er Jahre haben eine Vielzahl von internationalen Institutionen Programme präsentiert, die die elementare Bedeutung der strategischen Ressourcen "Information und Kommunikation" für die Entwicklung unterstreichen und die Integration der Länder des Südens in die künftige "Weltinformationsgesellschaft" anstreben.

Wie in anderen Regionen der Welt haben die NIKT auch in Lateinamerika enorme Hoffnungen geweckt. Allerorten vermelden auch hier Wirtschaft und Medien einen "Internet-boom". Dennoch bleibt der Kontinent bei der Verbreitung und Nutzung der NIKT nach wie vor weit hinter den Industrieländern zurück. Von den im Mai 2002 über 580 Mio geschätzten NutzerInnen entfielen mit 183 Mio 31,5 auf die USA und Kanada und mit knapp 186 Mio 31,9 % auf Europa. In ganz Lateinamerika lebten mit 33 Mio nur knapp 5,7 % der weltweiten Nutzer.

Alle Indikatoren verdeutlichen die tiefe Kluft zwischen den fünf lateinamerikanischen und den drei G-7 Ländern.

Nicht nur bezüglich der Internetnutzung auch bei den anderen Indikatoren zeigt sich dasselbe Panorama. So verfügen in den lateinamerikanischen Staaten zehnmal weniger Menschen über einen Computer als in den USA oder Japan, und während in den Industrienationen zwischen 50 und 66% der EinwohnerInnen ein Telefon ihr Eigen

nennen, ist dies in den lateinamerikanischen Ländern lediglich für 5 bis 20% der Fall.

Die Verbreitung, Regulierung und Nutzung der NIKT vollzieht sich in verschiedenen Ländern auf ganz unterschiedliche Weise. Die große Bandbreite möglicher Verlaufsformen in den verschiedenen Ländern widerlegen die Vorstellung einer global unilinearen Entwicklung. Lateinamerika nimmt bei der Verbreitung der NIKT im weltweiten Vergleich einen Mittelplatz ein. Erst beim Herunterzoomen der analytischen Linse auf die Ebene der einzelnen Länder wird der prägende Einfluss der verschiedenen sozialen Akteure und der nationalstaatlich verfassten politischen und wirtschaftlichen Strukturen deutlich. Die gesellschaftliche Gestaltung der NIKT resultiert vielmehr aus dem jeweiligen Wechselverhältnis zwischen den historisch gewachsenen Strukturen, den po-

der NIKT-Entwicklung in einer Gesellschaft maßgeblich prägen und die von Land zu Land unterschiedliche Auswirkungen zeigen. Die Verschiedenartigkeit der Entwicklung ist dabei abhängig von den spezifischen soziostrukturellen Voraussetzungen, dem jeweiligen wirtschaftlichen und politischen Kontext und den sich dort vollziehenden Transformationen, aber auch von dem oft unterschätzten Handeln der Akteure. Nur wenn ausreichend starke Akteure aus dem politischen, wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Bereich die NIKT-Nutzung als strategisch bedeutsam einschätzen und entsprechend fördern, kann eine dynamische und sozial integrative Entwicklung angestoßen werden. Durch gezielte Ansätze und Maßnahmen können dabei strukturelle Barrieren, wie etwa ein niedriges Bildungsniveau oder geringe Einkommen, in beträchtlichem Maße überwunden werden. Andererseits können auch po-

litisch-ökonomischen Konstellationen und dem Engagement der einzelnen Akteure.

Auch wenn die Kontextbedingungen nichtlinearen und somit unterschiedlichen Prozessen der Transformation folgten, war der globale Kontext, der sich nach Ende des Kalten Krieges weltweit verdichtenden Handelsstrukturen, der internationale Druck hin zu wirtschaftlicher Liberalisierung, das verstärkte Gewicht des Demokratiedenkens und der Menschenrechte sowie der sich im Verlauf der 1990er Jahre zusehends beschleunigende Boom der weltweiten NIKT-Entwicklung für alle ausgewählten Länder gleich. Im folgenden sollen zwölf Thesen zur politischen Analyse der NIKT in Lateinamerika formuliert werden.

INTERNET UND POLITIK IN LATEINAMERIKA-ZWÖLF ABSCHLIESSENDE THESEN

1. Die vorherrschende, zumeist mit dem Stichwort „Globalisierung“ verbundene Betrachtung aus der Vogelperspektive auf die NIKT verstellt den Blick dafür, dass über Prozesse und Entscheidungen im nationalen Raum Weichen gestellt werden, die den konkreten Verlauf

sitive strukturelle Ausgangsbedingungen ungenutzt bleiben, wenn Politikversagen oder eine wechselseitige Blockade der Akteure eine kohärente Entwicklung zunichte machen.

2. Es gibt keine lineare Beziehung zwischen dem Grad politischer Demokratisierung oder ökonomischer Liberalisierung und der Entwicklung der NIKT. Ebenso wenig kann aus soziostrukturellen Variablen, etwa dem Pro-Kopf-Einkommen oder dem Human Development Index, eine einfache Ableitung in Bezug auf die NIKT-Nutzung hergestellt werden. Weder pessimistische, auf Dependenzansätze zurückgreifende noch optimistische, auf Modernisierungstheorien aufbauende Annahmen sind überzeugend, wenn sie unilineare Geradlinigkeit postulieren und Allgemeingültigkeit beanspruchen. Zwar lassen sich in einer Reihe von Aspekten Kongruenzen zwischen den Kontextvariablen und der spezifischen Ausprägung der NIKT-Entwicklung feststellen. Dennoch gibt es zum einen innerhalb des jeweiligen Kontextes eine oft unterschätzte Bandbreite von Ausprägungen und Verhaltensmöglichkeiten, zum anderen sind auch schlicht gegenläufige und paradox anmutende Tendenzen zu beobachten, die eher einer Kon-

tingenz zu folgen scheinen. Dies zeigt am deutlichsten der peruanische Fall, wo trotz adverser soziostruktureller Ausgangslage und einem überaus illiberalen politischen Regime eine der dynamischsten und sozial integrativsten NIKT-Entwicklungen des Kontinents zu beobachten ist.

3. Die sozialwissenschaftliche Auseinandersetzung mit den NIKT wird erst in dem Maße fruchtbar, wie technikdeterministische und generalisierende Glaubenssätze aufgegeben werden. Als ergiebiger erweist sich eine empirische Herangehensweise, die es erlaubt, die spezifische Artikulationsweise zwischen strukturellen Variablen und Kontextbedingungen sowie den Handlungen konkreter Akteure zu erfassen. In diesem Sinne ist die von Wilson (1997) erhobene Forderung nach empirischen Länderstudien und vergleichenden Analysen zu unterstreichen. Neben Analysen auf nationalstaatlicher Ebene wären dabei insbesondere auch von lokalen und regionenübergreifenden, aber auch von sektoral vergleichenden Untersuchungen neue Erkenntnisse zu erwarten. Gerade weil dem sozialen Kontext eine entscheidende Bedeutung zukommt, ist von einer höheren sozialwissenschaftlichen Aufmerksamkeit auch erheblicher praktischer Nutzen für eine effektivere Anwendung der NIKT zu erwarten.

Gleichwohl muss die sozialwissenschaftliche Forschung aber auch dem Umstand Rechnung tragen, dass bei neu eingeführten Technologien ein Teil der zu untersuchenden Auswirkungen erst ex post in vollem Umfang zu bestimmen ist.

4. Die Privatisierungswelle im Telekommunikationsbereich hat nur in begrenztem Maß tatsächlich zu Wettbewerb geführt; zumeist sind private Monopole oder Oligopole an die Stelle der staatlichen Monopole getreten. Im Bereich der NIKT sind zudem starke Konzentrationsprozesse zu konstatieren. Dennoch entzieht sich kein Staat gänzlich der sozialen Verpflichtung, bei der Verbreitung der NIKT soziale und geographische Disparitäten auszugleichen. Die mit der Privatisierung geschaffenen Regulierungsbehörden allein sind dafür keine ausreichende Garantie. Gewährleistet werden müsste eine gezielte Form der gesellschaft-

lichen Kontrolle, z.B. über die Einführung von Offenlegungspflichten behördlicher Entscheidungen und Prozesse, der Einrichtung unabhängiger Aufsichtsgremien, Ombudsmännern etc. sowie einer effektiven Bürgerbeteiligung an diesen. Diese Instanzen müssten finanziell und institutionell derartig abgesichert sein, dass sie auf die aktuellen, aber auch auf zukünftige Herausforderungen neuer technologischer Entwicklungen adäquat reagieren können. Gleichzeitig ist die Gesellschaft aufgefordert, sich aktiver als bisher der Thematik anzunehmen und NIKT-spezifische „Watchdog-Organisationen“, Konsumentenvereinigungen etc. auszubilden.

5. Wurden von den Staaten Lateinamerikas die Telekommunikationsmonopole lange Zeit als ergiebige Einnahmequelle für den Staatshaushalt genutzt, so ver-

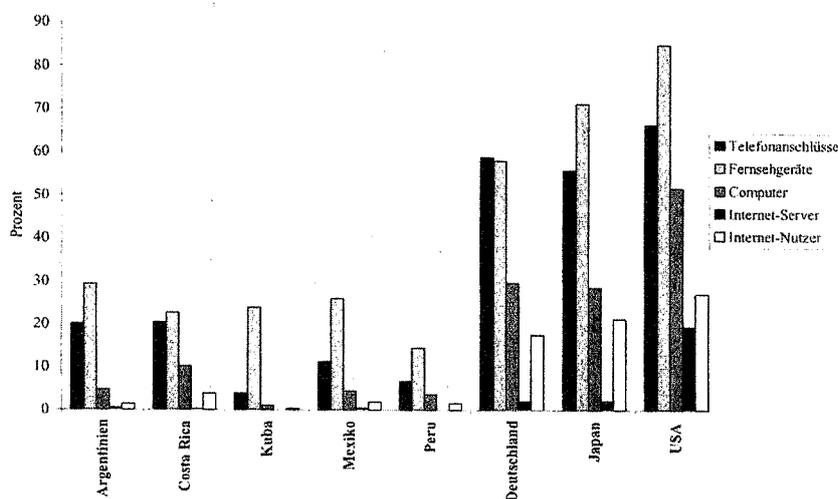
uniforme Weise erfolgen, sondern es bedarf spezifischer, national und lokal angepasster Modelle, die an bestehenden soziale Strukturen anknüpfen können. Entscheidend ist dabei, die praktische Relevanz der NIKT-Nutzung in Zusammenarbeit mit und ausgehend von der Lebensrealität der Bevölkerung zu erarbeiten. Förderprogramme und Entwicklungsprojekte werden dabei vor allem in dem Maße erfolgreich sein, wie sie auf funktionierenden sozialen oder staatlichen Strukturen fußen, sei es im Bildungswesen, bei NGOs oder auch der staatlichen Verwaltung. Wo dies nicht gegeben ist, können sie sogar kontraproduktive Wirkungen haben.

7. In Lateinamerika ist das auf der Individualnutzung basierende Modell des Nordens nur für eine Minderheit der Bevölkerung praktikabel. Formen kollektiver

Nutzung sind daher für eine sozial ausgewogene Verbreitung der NIKT auf absehbare Zeit unverzichtbar. Dabei ist jedoch darauf zu achten, dass eine Pluralität der Zugangsmöglichkeiten sowie ein ausreichendes Maß an Unabhängigkeit von staatlichen Stellen oder partikularen Machtgruppen gewährleistet ist. Hierbei können sich öffentliche und privatwirtschaftliche Strukturen sinnvoll ergänzen.

8. Im Entwicklungsdiskurs ist die Überwindung der digitalen Kluft zwischen Nord und Süd zu einem weltweiten Konsens avanciert. Die unter dem Stichwort der „Digitalen Integration“ ins Leben gerufenen Programme und Projekte internationaler wie nationaler Institutionen sind jedoch zumeist von einer statischen Sichtweise geprägt. Technologische Modernität ist jedoch immer auch ein positionelles Gut. Solange der Impetus der technologischen Entwicklung gerade darin liegt, Wettbewerbsvorteile gegenüber anderen Unternehmen oder Nationen zu erzielen, ist - wenn auch auf sich änderndem technologischen Niveau - eine immer neue Reproduktion der digitalen Spaltung geradezu zwangsläufig. Der Diskurs, der den Anschluss der „Dritten Welt“ proklamiert, ist nicht zuletzt auch Bestandteil eines Fortschrittsmodells, in dem eben dieser Anschluss nie für alle gleichzeitig und in gleichem Maße vollzogen werden kann.

Grafik2:
NIKT-Verbreitung in ausgewählten Ländern (1999)



Quelle: ITU 2000, 2001

langt die strategische Bedeutung der NIKT für die wirtschaftliche Entwicklung heute geradezu nach einer Umkehrung dieser Subventionierung. Durch betriebswirtschaftliches Kalkül allein, wie es bei privaten Telekommunikationsanbietern dominiert, ist nationale Wettbewerbsfähigkeit nicht in ausreichendem Maße zu gewährleisten; dies verlangt vielmehr eine aktive Rolle des Staates. Die Beibehaltung eines öffentlichen Monopols wie in Costa Rica muss daher keineswegs zwangsläufig eine Entwicklungsbremse darstellen, zumal auch über Mischformen, etwa Konzessionsvergaben oder Teilprivatisierungen, dynamisierende Wettbewerbseffekte erreicht werden können.

6. Der technische Anschluss an die NIKT ist eine notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung für ihre entwicklungsrelevante Nutzung. Die Integration der NIKT in einer Gesellschaft kann nicht auf

9. In bestimmten Bereichen bieten die NIKT für Länder der Dritten Welt tatsächlich die Möglichkeit zu Entwicklungssprüngen („leap-frogging“). Gleichwohl sind diese Entwicklungsgewinne nur dann zu verstetigen, wenn sie über einen organisatorischen und finanziellen Rahmen verfügen, der ihre kontinuierliche Weiterentwicklung sowie ihre Einbettung in das soziale und technologische Umfeld gewährleisten kann. Anderenfalls kommt es zu punktuellen Modernisierungsinselfen, die das Bild von der „Ersten“ in der „Dritten Welt“ bestätigen, die aber nicht zu einer tragfähigen gesamtgesellschaftlichen Entwicklung führen.

10. Aussagen über die Wirkung der NIKT auf den jeweiligen nationalen ökonomischen Kontext sind nicht pauschal, sondern nur bei stärkerer inhaltlicher Differenzierung sinnvoll zu treffen. Zwar können technologische Neuerungen in der Tat bestehende Wirtschaftsstrukturen erodieren (etwa die Umgehung nationa-

ler Telekommunikationsunternehmen durch Internettelefonie); dennoch lässt sich die weit verbreitete Argumentation, dass die NIKT von sich aus Anpassungsmaßnahmen im Sinne wirtschaftlicher Liberalisierung bewirken oder erzwingen, in dieser Form nicht bestätigen.

11. Die dezentrale Funktionsweise der NIKT eröffnet neue Möglichkeiten gesellschaftlicher Vernetzung über bestehende räumliche Grenzen hinweg und partiell an bestehenden Machtstrukturen vorbei. Gleichzeitig werden im Zuge der Kommerzialisierung NIKT-Prozesse in Gang gesetzt und strukturelle Barrieren errichtet, die diese gewonnenen Freiräume teilweise konterkarieren.

12. Die den NIKT oft zugeschriebene demokratisierende Wirkung sollte nicht überschätzt werden und stellt keinesfalls einen Automatismus dar. Politischer Wandel wird nicht allein durch erweiterte Möglichkeiten von Kommunikation und

Information bewirkt, sondern immer nur durch konkretes, oft erhebliche persönliche Risiken bergendes Handeln von Akteuren. In bestimmten Situationen können die NIKT dabei zweifelsohne wichtige Funktionen erfüllen und Freiräume eröffnen, aber sie können nicht von sich aus politische Wandlungsprozesse induzieren. Gleichzeitig können die NIKT aber auch zu einer Verfestigung von Machtstrukturen beitragen und für repressive Zwecke genutzt werden, die die Verteidigung essentieller Bürgerrechte oder demokratischer Verfahrensweisen vor neue Herausforderungen stellt. ❖

Aus:

Roman Herzog/Bert Hoffman/Markus Schulz, Internet und Politik in Lateinamerika. Regulierung und Nutzung der Neuen Informations- und Kommunikationstechnologien im Kontext der politischen und wirtschaftlichen Transformationen. Teilband I (Schriftenreihe des Instituts für Iberoamerika-Kunde: Bd. 55, Frankfurt a.M. 2002, S. 9-38.

Tabelle 1
Telefonanschluss-, Internet-Hostdichte und geschätzte Anzahl der Internet-NutzerInnen in Lateinamerika und der Karibik (Ende 2001)

	Bevölkerung		Telefonanschlüsse		Internet-Hosts		Internet-Nutzer	
	absolut		absolut	pro 100 Einw.	absolut	pro 10.000 Einw.	absolut	% der Bev.
Chile	15.500.000		3.703.300	23,90	122.727	79,20	3.102.00	20,02
Puerto Rico	3.950.000		1.329.500	33,64	1.584	4,01	6000.000	15,18
Uruguay	3.360.000		950.900	28,29	70.892	210,93	400.000	11,90
Peru	26.090.000		2.022.300	7,75	13.504	5,18	3.000.000	11,50
Guyana	870.000		79.900	9,19	20	0,23	95.000	10,92
Costa Rica	4.110.000		945.000	22,97	8.551	20,97	384.000	9,34
Trinidad/Tobago	1.300.000		311.800	23,99	6.872	52,86	120.000	9,23
Argentinien	37.490.000		8.108.000	21,63	465.539	124,14	3.000.000	8,00
Belize	240.000		35.200	14,44	333	13,65	18.000	7,38
Antigua & Barbuda	80.000		37.300	47,35	786	99,88	5000*	*6,52
Bahamas	310.000		123.300	40,03	28	0,91	16.900	5,50
Venezuela	24.630.000		2.758.300	11,20	22.614	9,18	1.300.000	5,28
Grenada	100.000		32.800	32,75	12	1,20	5.200	5,20
Brasilien	171.830.000		37.430.800	21,78	1.644.575	95,71	8.000.000	4,66
Jamaika	2.600.000		512.600	19,73	1.436	5,53	100.000	3,85
Barbados	270.000		*123.000	*46,29	130	4,85	*10.000	*3,74
Mexico	100.370.000		13.773.000	13,72	918.288	91,46	3.635.600	3,62
Surinam	440.000		77.400	17,58	59	1,34	14.500	3,30
Panama	2.900.000		430.000	14,83	7.825	26,99	*90.000	3,17
Kolumbien	42.800.000		7.300.000	17,05	57.419	13,41	1.154.000	2,70
Ecuador	12.880.000		1.335.800	10,37	3.383	2,63	327.700	2,54
Dom. Republik	8.670.000		955.100	11,02	41.761	48,17	186.000	2,15
Guatemala	11.690.000		756.000	6,47	6.630	5,67	200.000	1,71
Bolivien	8.270.000		514.800	6,22	1.522	1,84	*120.000	*1,46
Kuba	11.240.000		572.000	5,10	878	0,78	120.000	1,07
Paraguay	5.640.000		2988.800	5,12	2.704	4,80	60.000	1,06
Nicaragua	5.220.000		*158.600	*3,12	2.194	4,20	*50.000	0,99
El Salvador	6.400.000		598.000	9,34	510	0,80	*50.000	+0,80
Honduras	6.570.000		309.000	4,71	322	0,49	40.000	0,62
Haiti	8.270.000		80.000	0,97			30.000	0,36
Durchschnitt Lateinamer.				16,42		64,94		5,01
Lateinamerika Gesamt	525.460.000		86.263.100		3.412.503		26.319,700	

Quelle: ITU 2002
Daten für Ende 2000
Anmerkungen: Die ITU selbst merkt an, dass es sich bei den Daten für Host-Rechner und Internetnutzer nur um ungefähre Schätz- und Annäherungswerte handelt. In den Länderstudien des Bandes wird an den jeweiligen Fällen die Datenproblematik teilweise ausführlicher diskutiert.
Von den karibischen Inselstaaten mit einer Bevölkerung von unter einer Million ist nur eine Auswahl aufgeführt.

Gegenbewegungen

STETS UNABHÄNGIG, DOCH NIEMALS NEUTRAL: TELESUR SEIT MAI IN PROBEBETRIEB

Von einem provisorischen Sendeplatz aus konnte die im Stadtteil San Bernardino, im Norden von Caracas, Venezuela, interimistisch angesiedelte Fernsehstation Nueva Televisión del Sur (Das neue Fernsehen des Südens) ihren Probetrieb am 24. Mai aufnehmen.

Birgit Zehetmayer

Die Anlaufphase soll insgesamt drei Monate dauern. Als Initialbudget für den Probetrieb wurden zwölf Millionen US-Dollar vornehmlich aus venezolanischen Mitteln zur Verfügung gestellt. Argentinien hält derzeit 20 Prozent, Uruguay 10, Kuba 19 und Venezuela mit 51 Prozent die strategische Mehrheit des Aktienpaketes. Das seitens der venezolanischen Opposition, die bisher ihre Macht gerade ihrer massenmedialen Präsenz verdankte, mit Argusaugen beobachtete Projekt *Telesur* steht derzeit noch in Verhandlungen mit Brasilien, wobei bereits Kooperationsabkommen bezüglich des Austausches von Sendematerial abgeschlossen werden konnten. Brasilien zeigt sich jedoch in den Verhandlungen bezüglich seiner erwünschten Integration als Aktionär in dieses politisch-strategische *Telesur*-Projekt nach wie vor unentschlossen, da ein dortiges Engagement eigene relevante Projekte gewissermaßen torpedieren würde. Für den Fernsehsender *Brasil Internacional* oder *Globo* würde *Telesur* durchaus ein potentieller Konkurrent am ohnehin heiß umkämpften Markt darstellen. Venezuelas Präsident Hugo Chávez Frías hofft dennoch, Präsident „Lula“ da Silva demnächst von der strategischen Wichtigkeit eines unmittelbaren brasilianischen Engagements in *Telesur* überzeugen zu können.

Kritiker befürchten, mit *Telesur* eine neue „Propaganda-Maschine“ des venezolanischen Präsidenten vorgesetzt zu bekommen, wobei sie Hinweise zu dieser Annahme in Werbeslogans wie „*Independencia siempre, neutralidad*

jamás“ (immer unabhängig, doch niemals neutral) herausfiltern zu können meinen. Doch vor allem: Chávez hat vergangenen Dezember per Gesetz die Grundlage für ein weiteres Zurückdrängen der privaten Fernsehkanäle Venezuelas geschaffen, die bis dahin die wichtigste Stütze der Opposition waren. *Telesur* soll gemäß der theoretischen Konzeption des Hauptaktionärs, der nun einmal die Regierung von Venezuela ist, am ehesten mit dem arabischen, nicht minder umstrittenen Fernsehsender *Al Jazeera* vergleichbar sein, also sich nach Vorstellung von Präsident Hugo Chávez als politisches Projekt im Sinne von „*Al Bolívar*“ entwickeln.

Der aus Uruguay stammende erfahrene Journalist und künftige *Telesur*-Direktor Aram Aharonian (zudem auch Direktor der venezolanischen Zeitung *Questión* und auch Mitarbeiter des Cyber-Journals *Red Voltaire*) rückt die gewünschte Angebotspalette von *Telesur* in ein bewusst gesamtlateinamerikanisches Licht und möchte vor allem „Dokumentarfilme über die Bewegung der Landlosen in Brasilien, über die indianischen Bewegungen in den Andenländern und über die Probleme der Globalisierung“ etc. in den Mittelpunkt der thematischen Ausrichtung stellen.

Sein Team besteht aus dem Präsidenten, Andrés Izarra, der zugleich Venezuelas Informationsminister ist, aus Ana de Escalom vom *Canal 7* aus Argentinien, aus Beto Almeida, Vertreter der brasilianischen Journalistengilde, aus Ovidio Cabrera, dem ehemaligen Vize-Präsidenten des kubanischen Radios, und schließlich dem bekannten kolumbianischen Filmemacher Jorge Enrique Botero, der das Amt des Informationsdirektors von *Telesur* bekleiden wird.

Die Entstehungsgeschichte des Projektes orientiert sich an der erkannten dringlichen Notwendigkeit, den Lateinamerikanern zu einer Stimme zu verhelfen, die von Informationen rein kommerzieller Medien zweifelhaften, da entfremdenden Inhalts bombardiert würden. Dieser gesellschaftlich relevanten Entwicklung soll insofern Einhalt geboten werden, als LateinamerikanerInnen ihre jeweiligen Problemlagen und

Entwicklungen mit ihren eigenständigen Methoden und Sichtweisen treffender analysieren würden, als dies im Falle von Nicht-Lateinamerikanern je der Fall sein könnte. Sollte diese Strategie nicht aufgehen – so wird in den Presseinformationen von *Telesur* resümiert –, dann wäre der Traum der lateinamerikanischen Integration nichts anderes als der Salut vor einer Flagge: ein Symbol, nicht weniger, doch vor allem auch nicht mehr.

So problematisch und diskussionswürdig derartige Einschätzungen zweifellos anmuten – und anders lässt sich das Primat einer objektiven, qualitativ hochwertigen Medienberichterstattung, die an geographische oder ethnische Zugehörigkeiten gebunden ist, wohl kaum interpretieren – birgt dennoch der Slogan „Unser Kompass ist der Süden“ (*Nuestro Norte es el Sur*) das vermutlich entscheidende Kriterium in sich: Lateinamerika hat sich gewandelt und ist in neuem Selbstbewusstsein erstarkt. Das heutige Lateinamerika ist nicht mehr dasselbe wie noch vor fünf Jahren.

Vielleicht lässt sich aus den Wahlerfolgen der so genannten „linken“ Parteigänger des Kontinents tatsächlich eine endlich grundlegend an den großen sozialen Problemen Lateinamerikas orientierte Politik ausmachen. In diesem Sinne wird *Telesur* als Informationskanal und Massenmedium dringend benötigt, um bis in die periphersten Regionen des Kontinents vorzudringen und das Bewusstsein der Bevölkerung für den Bedarf an möglichen und wünschenswerten Veränderungen zu schärfen.

Bemerkenswert ist jedenfalls der große Ehrgeiz des Projektes, strebt man doch eine ernstzunehmende Konkurrenz zu niemand Geringerem an als dem US-amerikanischen Sender CNN, bisher immerhin der flächendeckende Nachrichtenkanal schlechthin in Lateinamerika, als auch zu *Univisión*. Um dieses hehre Ziel nicht von vornherein als Schimäre erscheinen zu lassen, muss sich das Konsortium strengen Reglementierungen unterwerfen und sich an neoliberal anmutenden Konzepten wie Profitmaximierung, Wettbewerbsfähigkeit und Kommerzialisierung orientieren. □

Eine kleine Revolution | Der lateinamerikanische Fernsehsender Telesur hat Sendungsbewusstsein

Während weltweit der Trend zur Privatisierung der Medien anhält, erfährt das staatliche Fernsehen in Venezuela eine Renaissance. Die neueste Initiative von Präsident Chávez ist der Sender Telesur. Mit ihm soll in ganz Lateinamerika der hegemonialen Medienmacht etwas entgegen gesetzt werden. Läuft das Regierungspropaganda hinaus, oder geht es dem neuen Sender um echte Alternativen zum Mainstream?

von Marcela Fica und Markus Plate

Pünktlich zum 222. Geburtstag des Unabhängigkeitskämpfers Simon Bolívar ging am 24. Juli 2005 der Fernsehsender Telesur auf Sendung. Das fünf Staaten umfassende Kooperationsprojekt hat seinen Sitz in Caracas. Venezuela hält 51 Prozent der Aktien und hat den Löwenanteil des Kapitals vorgeschossen. Es folgten Argentinien mit 20, Kuba mit 19 und Uruguay mit 10 Prozent Beteiligung. Vor allem Argentinien steuert auch Reportagen und Filme bei. Für das Nachrichtenprogramm arbeiten Korrespondenten in Buenos Aires, Brasilien, La Paz, Montevideo, Bogotá, Caracas, Havanna, Mexiko-Stadt und Washington. 24 Stunden am Tag will Telesur zukünftig senden. Geplant sind Nachrichtenmagazine, Analysen und Portraits, traditionelle und moderne lateinamerikanische Musik, Filmreihen und Jugendsendungen - kurz ein alternatives Vollprogramm.

Telesur will laut eigenem Anspruch kein Propagandakanal von Regierungen sein, sondern die Erfahrungen der sozialen Bewegungen Lateinamerikas in die Welt tragen. Dabei versucht der Sender, das Community-Prinzip ein Massenmedium anzuwenden. So ist zum Beispiel das Medienkollektiv India Teil der Redaktion in Venezuela. "Wir sind alle in Frauen-, Indígena-, Menschenrechts- oder gewerkschaftlichen Bewegungen aktiv. Als Korrespondenten berichten wir, wogegen wir kämpfen und wofür wir uns einsetzen. Damit decken wir ein breites Spektrum der Diskussionen ab. Telesur ist auch eine Chance zu zeigen, dass wir nicht alleine sind."

Bisher präsentiert das recht kurzfristig ins Leben gerufene Telesur nur ein Teilprogramm. Nach vier Wochen Sendebetrieb lässt sich als erster Eindruck festhalten: Bislang gibt es kein Programmschema, dafür viele vorproduzierte Jingles. Die Auslandskorrespondenten sind mit ihrer tagesaktuellen Berichterstattung noch in der Vorbereitungsphase, es werden hauptsächlich Dokumentationen und Reportagen gesendet. Zum Teil sind diese sehr gut gemacht, etwa jene über die Machtergreifung der Militärs in Argentinien, indigene Gemeinden in Venezuela oder politische Kunst in Lateinamerika.

Konservative Feinde

Viele brisante Themen harren noch der Bearbeitung durch Telesur, etwa die Frage, was mit den hunderttausenden Menschen geschehen ist, die in der Folge von Militärdiktaturen und "Interventionen" verhaftet, gefoltert, verschwunden oder ermordet wurden. Ihr Andenken will Telesur einer breiten lateinamerikanischen Öffentlichkeit zugänglich machen. Ein Motto des Senders ist daher "Stimmen gegen das Schweigen". Das rief eine offene Feindseligkeit bei jenen latein- und US-amerikanischen Konservativen hervor, die die Taten der Militärs und die Verantwortung der Pinochets, Rios Montt und Uribe, der Nixons, Reagans und Bushs allenfalls in Geheimakten dokumentiert sehen wollen.

Bereits vor Sendebeginn hagelte es aus diesem Spektrum Vorwürfe gegen Telesur: Der Sender habe eine linke ideologische, antikapitalistische Ausrichtung und sei von der Regierung des venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez abhängig. Ein Kommunikationsmedium solle sich objektivem Journalismus verpflichten, nicht purer Propaganda, so die bürgerliche Presse. Es solle einem breiten Meinungs- und Interessenspektrum Raum geben und nicht nur einer kleinen Gruppe linker Revolutionäre. Die Tatsache, dass Telesur-Präsident Andrés Izarra gleichzeitig Informationsminister Venezuelas war, bestärkte die Gegner des Projektes. Dieser Interessenskonflikt war am Ende wohl auch Izarra selbst bewusst: Drei Tage nach Sendebeginn trat er von seinem politischen Amt zurück. Das Konzept des Senders verteidigt er jedoch weiterhin: "Telesur ist eine Alternative zum kulturellen Imperialismus. Aber er sollte nicht als Initiative gegen die Menschen in den USA interpretiert werden."

Auch die junge Journalistin und Telesur-Mitarbeiterin Libertad Velazco hält der Kritik entgegen: "Es geht darum die Pluralität der Stimmen Lateinamerikas sichtbar zu machen. In den traditionellen Medien haben wir keinen Platz. Protagonisten von Telesur sind eben die, die bislang von der Medienagenda ausgeschlossen wurden." Tatsächlich verwundert es, dass Vorwürfe wie die oben genannten in dieser Schärfe nur gegen Telesur erhoben werden, nicht aber gegen die privaten Kanäle in Lateinamerika. Dort handeln Telenovelas vom Leben der kleinen Oberschicht des Kontinents. Hollywoodproduktionen feiern den American Way of Life und tendenziös Nachrichten stellen schon gemäßigte sozialdemokratische Positionen als kommunistisch-revolutionäre Bestrebungen dar. Eine Sicht nach und insbesondere von Unten wird dagegen Millionen Menschen in Lateinamerika vorenthalten.

Wer in Lateinamerika Nachrichten aus anderen Ländern des Kontinents empfangen will, ist bislang in erster Linie

auf die spanischsprachige Version des Nachrichtenriesen CNN angewiesen oder auf die großen Presseagenturen aus den USA und Europa. Informationen über soziale Bewegungen und Analysen zu den Auswirkungen der neoliberalen Weltwirtschaft werden dagegen nur von alternativen Medien wie den Radios Comunitarias oder kleinen politischen Zeitungen abgedeckt.

Mit Telesur sollen diese bislang lokal begrenzten Informationen einer breiten Masse zugänglich gemacht werden. Der uruguayische Direktor von Telesur, Aran Aharonian, erklärt: "Wir haben uns bislang in Nischen zurückgezogen. Hier eine kleine Zeitung, da ein kleines Bürgerradio, dort ein Community-Fernsehen. Das ist eine etwas anarchische und nicht immer effektive Art, der Hegemonie der großen Medien etwas entgegenzusetzen". Aharonian hält dem einen hohen Anspruch entgegen: "Die Menschen meinen, dass ein Massenmedium in keinem Fall alternativ sein kann. Auch in diesem Sinne wird Telesur eine kleine Revolution sein".

Der Idee eines alternativen Massenmediums sehen auch die Vertreter kommunaler Medienprojekte gespannt entgegen. Allerdings bewerten Radioaktivisten das Konzept von Telesur nüchterner. Daniel Ivan vom mexikanischen Basisradio Radio Voladora sorgt sich, dass bei Telesur der lokale Bezug verloren gehen könnte. Denn das Lokale sei kein rein geographisches Konzept: "Lokal bedeutet auch mit Leuten zu arbeiten, die du kennst und die du vor dir siehst." Im Gegensatz dazu hätten große Medien eine andere Arbeitsweise und Art Berichterstattung. Ein Massenmedium komme schnell wieder an dem Punkt an, wo man sagt: 'Alles, worüber nicht berichten, hat auch keine Bedeutung.'

Um die Offenheit von Telesur zu unterstreichen, sitzen im Kuratorium respektierte Persönlichkeiten aus der ganzen Welt, unter anderem der nicaraguanische Schriftsteller Ernesto Cardenal, Ignacio Ramonet, Herausgeber der Le Monde Diplomatique, der Free-Software-Aktivist Richard Stallman, der Schauspieler Dar Glover sowie Harry Belafonte. Dieses Kuratorium ist durchaus gewillt, den Sender kritisch zu begleiten, um zu verhindern, dass ein Chávez-Propagandakanal aus ihm wird. Danny Glover machte gleich auf der Eröffnungsfeier deutlich: "Ich sehe im Kuratorium weder Menschen afrikanischer Abstammung, noch Indígena und nur sehr wenige Frauen. Es ist wichtig, dass wir uns darüber bewusst bleiben, an wen wir uns richten!"

Gegen das Meinungsmonopol

Dass Telesur seine Basis in Venezuela hat, ist kein Zufall. Chávez hat selbst zu spüren bekommen, dass die Informationen von CNN & Co oft weder ausreichen noch politisch ausgewogen sind. In Venezuela lag seit dem faktischen Ende des staatlichen Fernsehsenders Canal Ocho fast alle Medienmacht bei privaten Fernsehkanälen und Verlegern. Sie repräsentieren die korrumpierte und abgewirtschaftete vierte Republik, die erst durch den Wahlsieg von Chávez 1999 überwunden wurde. Seit dem Amtsantritt des Präsidenten sind die Privaten auf Konfrontationskurs zu Chávez, der zunächst als 'irrer Indio' beleidigt und dann als Hitler-Hussein-Destillat verteufelt wurde. Im versuchten Staatsstreich von 2002 spielten sie eine aktive Rolle, wurden zu Lenkern der Geschicke und zu Manipulatoren der weltöffentlichen Meinung. Über die Armut in den Barrios, über die Forderungen der dortigen Bewegungen berichteten die privaten Medien hingegen nichts, ebenso wenig wie über die wachsende Kritik am Einfluss von IWF und Weltbank auf die Länder Lateinamerikas. Die privaten Medien zementierten so ihre Rolle als Medium für die Mittelschicht und gegen die Armen.

Für die breite Koalition um Chávez waren dies Gründe genug, das private Meinungsmonopol zu brechen. Sta die Privaten ausschalten zu wollen, wie es die Opposition dem Präsidenten stets vorwirft, belebte Chávez jedoch zunächst den staatlichen Fernsehsender Canal Ocho wieder. Freie lokale Radios und Fernsehstationen wurden ermöglicht, einige linke Zeitungen unterstützt und Dokumentarfilmer gefördert. Im letzten Jahr startete mit Viv ein linksalternativer Kultursender. Bis jetzt ist diese Medienpolitik durchaus erfolgreich. Zwar sind Venezuelas Sender und Zeitungen nach wie vor politisch polarisiert, doch sind immerhin beide Positionen in den Medien repräsentiert. Canal Ocho, die Gemeinschaftsmedien und die autonomen Filmprojekte haben die Medienlandschaft mit neuen Themen, Formaten und Blickwinkeln bereichert. Canal Ocho wird in den Armenvierteln und von Teilen der Mittelschicht schon aus Solidarität, vor allem aber mit echtem Interesse geschaut. Dokumentarfilmfestivals füllen Kinosäle und die Gemeinschaftsradios erfreuen sich großer Beliebtheit.

ARD in Lateinamerika?

Wird aus Telesur nun ein Sender wie arte mit aufwendig gedrehten Reportagen und Portraits, nur eben links südzentriert? Oder ein lateinamerikanischer Senderverbund nach dem Modell der ARD, mit unabhängigen Sendeanstalten in jedem Land, von denen die einen links und die anderen rechts sein mögen, aber alle staatstragend? Bleibt es tatsächlich ein Communitymedium mit Zugang für unabhängige Autoren und Gruppe? Oder wird es zum Propagandakanal einer linken Regierungsnomenklatura? Letzteres ist kaum zu befürchten, zu groß ist zwischen Kirchner und Castro schon das Meinungsspektrum der beteiligten Regierungen. Zunächst will Telesur identitätsstiftend für Lateinamerika sein. Was daraus wird, bleibt abzuwarten. Wie überall, wo es eine Vielfalt an veröffentlichter Meinung gibt, wird es sich ohnehin am

Zuschauerinteresse und nicht an den Kritikern entscheiden, ob Telesur ein Erfolg wird oder ein Flop. Ein dringend notwendiger Ansatz ist es allemal.

Marcela Fica arbeitet beim venezolanischen Radio Fe y Alegría im Projekt "Interkommunikation Lateinamerika Europa". Der Sender machte sich 2002 international einen Namen, als er nach dem Putsch gegen Chávez als einziger objektiv über die Vorkommnisse berichtete. Markus Plate ist freier Journalist beim Nachrichtenpool Lateinamerika in Berlin und produziert Reportagen für deutschsprachige Radiosender.

Chávez ist voll im Bild

Der venezolanische Fernsehsender Telesur wollte eine Art CNN des Südens werden. Entstanden aber ist ein Propagandasender für Hugo Chávez. von nils brock

Selten ist ein Fernsehkanal ambitionierter gestartet als Telesur, die »Fernseh-AG des Südens« mit Sitz im venezolanischen Caracas. Als im Juli vorigen Jahres ein erstes Testprogramm des Satellitensenders ausgestrahlt wurde, herrschte aufgeregte Unstimmigkeit in den internationalen Feuilletons. Entstand ein interessanter, emanzipativer Sender oder schlicht ein weiteres Medium für die abendfüllenden Monologe des venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez?

Im Programmheft von Telesur sieht es zunächst wirklich nach »Fernsehen von unten« aus. Zumindest wird eine bunte Mischung aus Sendungen geboten: Sie lauten etwa »Schicksal Lateinamerikas«, es gibt historische Dokumentationen wie »Die Raketenkrise auf Kuba. Chronik einer Gemeinheit«, Politmagazine wie »Der internationale runde Tisch«, und es werden so genannte Ethnien vorgestellt, die auch für das lateinamerikanische Publikum exotisch wirken dürften: »Das Volk Huancavila Spondylus«.

Der Traum Jorge Boteros, eines kolumbianischen Dokumentarfilmers und Mitbegründers des Senders, scheint sich erfüllt zu haben. Tausende unabhängige Filmschaffende und Videokollektive aus ganz Lateinamerika basteln unablässig an einem bewegten Bildertuch Lateinamerikas, wie es so in den Massenmedien bisher nicht zu sehen war. Aber betrachten wir die letzten Minuten der Dokumentation über die Huancavila Spondylus. Die Kamera schwenkt über die weißen Strände Manibis in Ecuador. Am Horizont flimmert eine Insel im Morgendunst. Dann entfaltet sich ein Hauch magischer Realismus, als sich Tonfiguren in den Dünen materialisieren und wieder verschwinden. Schließlich sieht der Zuschauer eine Nahaufnahme des Schöpfers höchstpersönlich, ein Indigena, der angestrengt verträumt, am Objektiv vorbei, in die Zukunft blinzelt, die Hände über der Töpferscheibe gefaltet.

Die Überraschung aber ist im Abspann versteckt: »Art-Image Foundation 1998« ist da zu lesen. Statt »Fernsehen von unten« laufen auf Telesur zum Großteil Dokumentationen von gestern oder vorgestern. Und Jorge Botero ist auch verschwunden. In einer Pressemitteilung vom November hieß es lediglich, »der kolumbianische Filmveteran« habe »andere Vorstellungen von dem Programm und der personellen Mitarbeit«.

Der geringe Anteil an unabhängig produzierten Beiträgen ist jedoch nicht nur auf redaktionelle Entscheidungen zurückzuführen. Zapatistische Medienmacher etwa hatten im vergangenen Jahr wiederholt Videos eingereicht, die auch gesendet wurden. »Allerdings ist es für die sozialen Bewegungen oft schwierig, die notwendige Infrastruktur bereitzustellen. Auch die Videokollektive scheitern teilweise an technischen Hürden, wie der Komprimierung ihrer Aufnahmen und dem Versand im Internet«, sagt Refugio vom Freien Medienzentrum in Mexiko-Stadt.

»Al Bolívar«, wie die Journalistin Blanche Petrich den Sender taufte, bemüht sich auch nicht gerade um eine engere Kooperation mit freien Filmschaffenden oder organisierten Kollektiven. Auf der Website des Senders, auf der auch ein live stream des Programms ausgestrahlt wird, findet sich weder ein Aufruf an unabhängige Kamerteams oder Dokumentarfilmer noch die Erwähnung solcher, die sich bereits an dem Programm beteiligten.

So hat man es überwiegend mit den vom venezolanischen Staatsfunk Vive beigezeichneten Bildern zu tun, der Medienanstalt, die über die Hälfte des Gesamtprogramms produziert und die Nachrichtenblöcke koordiniert. Auf diese Weise fungiert Chávez dann doch als Alleinunterhalter. Es wird ein Rückblick auf das Händeschütteln mit Evo Morales am Vortag gesendet oder ein paar Erläuterungen über »Plan E des Imperiums«, das heißt über die Versuche der USA, doch noch einen Konsens für das Freihandelsabkommen Alca in Lateinamerika zu finden. In den Nachrichten tauscht der haitianische Präsident René Préval ein Ölbildnis von Simón Bolívar gegen einen Paradesäbel aus den Händen Chávez' ein und dankt diesem für die Hilfe beim Aufbau eines effektiven Polizeiapparates.

Dass die Nachrichten staatstragend sind, ist nicht zu übersehen. Nimmt man das ernst, was man sich vorgenommen hat, »Lateinamerika in seiner ganzen Vielfalt« zu Wort kommen zu lassen, dann wird die südliche Hemisphäre Amerikas zur Hälfte von angegrauten Männern in Zweireihern oder in, von den Farben her betrachtet, ethnisch korrekten Pullovern bevölkert. Die brasilianische Landlosenbewegung MST kommt in einem Brasilien-Special dagegen nicht einmal zu Wort. Dafür darf der brasilianische Präsident Ignacio Lula da Silva ein brasilianisch-venezolanisches Erdölgeschäft anpreisen. Anschließend verliert der iranische Präsident Mahmoud Ahmadinejad noch schnell ein paar Worte zur Unbeugsamkeit seines Landes in der Atomfrage. Darauf folgt Werbung, diesmal in eigener Sache. »Telesur. Zuschauen, um es zu glauben«, heißt es.

Auch die Bildsprache des Fortschritts gibt es auf Telesur zu bestaunen: Es gibt Schmelztiegel zu sehen, Förderbänder und Lokomotiven. Dazwischen tummeln sich Arbeiter, die entschlossen eine Stahlbrücke überqueren, und Ingenieure, den Zirkel in der Hand und mit ernstem Blick über das Reißbrett gebeugt. »Stolz vollenden wir das erste Jahr im Kampf für den Sozialismus des 21. Jahrhunderts«, verkündet der Sender im Halbstundentakt zwischen den Nachrichtenblöcken. Das venezolanische Ministerium für Schlüsselindustrien und Bergbau preist auf diesem Wege die lohnende Kooperation zwischen ausländischen Investoren und den heimischen Produktionsstätten an.

Die Programmgestaltung scheint mehr als ein ungewollter »Rückfall in die Logik der großen Medien« zu sein, wie Daniel Ivan

vom Radiokollektiv La Voladora anfangs über die mögliche Entwicklung des Senders vermutete. Die in Chávez' eigener Sendung »Aló Presidente« verkündete künftige Strategie des Senders zielt darauf, viele Menschen zu erreichen und die auf 30 Millionen Menschen geschätzte Schar von Fernsehzuschauern zu vergrößern.

Bis Ende des Jahres 2006 soll jeder venezolanische Haushalt Telesur empfangen können. Außerdem strebt der Sender weitere Kooperationsverträge mit anderen lateinamerikanischen Sendern und Kommunikationsunternehmen an, die bereit sind, das Satellitensignal von Telesur zu übertragen. Die Antwort auf das europäische und nordamerikanische Nachrichtenmonopol ist auf den zweiten Blick also keine »gänzlich neue Kommunikationsstrategie«, wie es in der Selbstdarstellung von Telesur heißt, sondern bisher nur eine Spiegelung der kapitalistischen Medien. Wirklich überraschend war auf dem »CNN des Südens« in der vergangenen Woche nur ein Statement von Chávez: »Eigentlich liebe ich ja das Volk der USA. Wir müssten uns nur besser kennen lernen.«

Chávez mediale Offensive

Neues Pressegesetz stärkt Basisinitiativen und reguliert Sendeinhalte

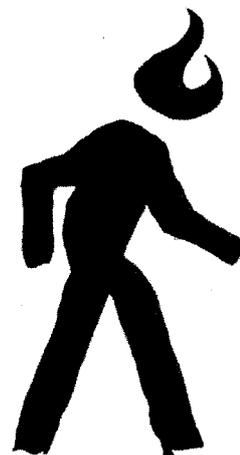
In Venezuela befanden sich viele Jahre lang praktisch alle Medien in den Händen der rechten Opposition. Mit der 1999 in Kraft getretenen Verfassung wurde die Entwicklung von alternativen Medien erstmals unterstützt. Seit Ende letzten Jahres ist in Venezuela ein neues Gesetz in Kraft, das versucht, die Medienlandschaft demokratischer und vielfältiger zu gestalten.

Bis heute hält die paradoxe Situation an, die sich mit dem Wahlsieg Hugo Chávez' und der Bewegung V. Republik (MVR) vor sieben Jahren einstellte: Die Regierung regiert gegen die mediale Öffentlichkeit – zumindest wie sie sich im privaten Medienangebot widerspiegelt. Mit 34 Fernsehkanälen, 340 Radiosendern und unzähligen Druckerzeugnissen befanden sich die venezolanischen Medien bis vor wenigen Jahren fast ausschließlich in privater Hand. Auf staatlicher Seite standen dieser Medienmacht 1998 lediglich ein Fernsehsender und zwei Radiosender gegenüber. Außerdem wurden die staatseigenen Medien von den Vorgängerregierungen nur als Sprachrohr genutzt.

Dementsprechend gering war ihr Ansehen und ihre Qualität. Der alternative Sektor, zu dem auch die Nachbarschafts- oder Communitymedien gehören, bestand lediglich aus einigen linken Periodika und Piratensendern mit geringer Reichweite. Deren BetreiberInnen wurden verfolgt, misshandelt und teilweise ermordet.

Seit dem Regierungswechsel 1998 fahren praktisch alle privaten Medien einen scharfen Oppositionskurs gegen Chávez und die MVR. Mit der klaren Absicht, die Bevölkerung im Sinne der Opposition zu beeinflussen, wurden umfassend Informationen verdreht, weggelassen oder übertrieben. Lügen, Panikmache und ordinärste Beschimpfungen waren an der

Tagesordnung. Das steigerte sich kontinuierlich bis die privaten Medien im April 2002 zum zentralen Instrument des Putschversuches gegen die Regierung wurden. In der schon aufgeheizten Stimmung wurden Nachrichtenbilder gezielt so inszeniert, dass der Eindruck entstand, die Regierung lasse auf oppositionelle DemonstrantInnen schießen. Gleichzeitig wurden die staatlichen Medien abgeschaltet, so dass im weiteren Verlauf nur noch die Oppositionsversion auf Sendung war. Auch beim Generalstreik, den wenige Monate später der Unternehmerverband inszenierte, waren die privaten Medien wichtige Stichwortgeber für die Umsetzung von Streik und Sabotage.



Vor diesem Hintergrund hat die Regierung seit ihrem Amtsantritt versucht, eine größere Ausgeglichenheit in der öffentlichen Berichterstattung herzustellen. Sie konzentrierte sich dabei zum einen auf Maßnahmen, um das Medienangebot zu verbreitern, und zum anderen auf eine juristische Neuregelung für die Massenmedien.

Publikum macht Medien

Bereits mit der neuen Verfassung von 1999 hatte sich die MVR verpflichtet, alternative Medien zu unterstützen. Die CONATEL (Nationale Kommission für Telekommunikation) registrierte von da an im ganzen Land Basisinitiativen und unterstützte sie mit technischer Ausrüstung für Radio- und Fernsehproduktion. Teilweise wurden Immobilien aus staatlichem Besitz geräumt und den Medienprojekten zur Verfügung gestellt. Eine dauerhafte Unterstützung wird gewährleistet, indem staatliche Institutionen oder Betriebe bezahlte Anzeigen in den Alternativmedien schalten. Ein erster Stadtteil-Fernsehsender arbeitet seit 2003 in Caracas, vier

weitere Sender sollen in diesem Jahr folgen. Laut Gesetz sind die Basisprojekte in ihrer Ausbreitung auf das *barrio* beschränkt. Außerdem müssen 70 Prozent ihrer Sendeinhalte thematisch mit dem Stadtteil zu tun haben und dort auch produziert werden. Als Ergebnis der Diversifizierungsstrategie gibt es inzwischen die alternative Tageszeitung *Veá* – aus dem Stand 100.000 verkaufte Exemplare –, drei Fernsehsender und ungefähr 150 alternative Radiosender (siehe auch KN in diesem Heft).

Neues Gesetz

Die zweite Regierungsinitiative bestand in der Vorbereitung eines neuen Mediengesetzes. Nach dem Referendum im letzten Jahr, bei dem die Opposition trotz ihrer Medienmacht mit dem Versuch scheiterte, Chávez vorzeitig abzulösen, beruhigte sich die zugespitzte Stimmung. In dieser Situation berief die CONATEL einen Runden Tisch ein, an dem neben staatlichen Akteuren auch VertreterInnen von Bürgerrechtsgruppen und Kirchen, Delegierte der Basismedien und profes-

sionelle MedienmacherInnen saßen. Gemeinsam diskutierten sie die vorläufige Version des Mediengesetzes und nach mehrfacher Überarbeitung wurde im Dezember 2004 das „Gesetz für die soziale Verantwortung von Radio und Fernsehen“ verabschiedet.

Mit dem Gesetz wird die Sendezeit für Gewalt darstellende Sendungen eingeschränkt. Rassistische oder sexistische Sendeinhalte sowie Darstellungen, die religiöse oder politische Intoleranz fördern, können sanktioniert werden. Des Weiteren dürfen Alkohol, Tabak und Glücksspiele nicht mehr beworben werden. Die Ausstrahlung von Telenovelas wurde eingeschränkt: In den beiden Hauptsendezeiten dürfen jeweils zwei Stunden lang keine Seifenopern gezeigt werden. Außerdem stärkt das Gesetz die Persönlichkeitsrechte, beispielsweise die Möglichkeit der BürgerInnen, sich gegen ehrverletzende und verleumderische Berichte juristisch zu verteidigen.

40 Prozent aller Sendungen müssen fortan in Venezuela produziert werden. Dies hat vor allem wirtschaftliche Konsequenzen,



ALTERNATIVE MEDIEN

da diese Vorschrift eine enorme Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für venezolanische MedienproduzentInnen darstellt. Insbesondere private Stationen, die bisher den größten Teil ihrer Sendungen von den internationalen, meist US-amerikanischen *networks*, eingekauft haben, sehen sich dadurch vor gewaltige Herausforderungen gestellt. Eine ähnliche Regelung wurde für Radios getroffen: die Hälfte der gespielten Musik muss in Venezuela, weitere zehn Prozent müssen in Lateinamerika oder der Karibik produziert sein.

Soziale Kontrolle

Bereits mit der Vorbereitung des Gesetzes setzte die Regierung stark auf die Einführung von Elementen der partizipativen Demokratie. Das Kernstück stellen hierbei die *comités de usuarios* („Komitees der MediennutzerInnen“), in die sich alle BürgerInnen eintragen können. Deren Hauptaufgabe besteht darin, soziale Kontrolle über die gesendeten Inhalte auszuüben. Aus einem gleichnamigen Fonds erhalten diese Komitees Geld, um Kurse für die Bevölkerung zu veranstalten, beispielsweise zur Einführung in die



Medienproduktion. Außerdem werden aus dem Fonds unabhängige MedienproduzentInnen unterstützt. Als unabhängig gelten alle, die bisher selbstständig als freie JournalistInnen, Fotografinnen oder auch als Web-DesignerInnen gearbeitet haben. Damit ist auch eine Anerkennung von bisher vollkommen deregulierten Arbeitsverhältnissen verbunden: Die unabhängigen ProduzentInnen werden so in das System der Arbeits- und Sozialversicherungen integriert. Organisiert in Gremien können sie im „Rat der sozialen Verantwortung“ und damit an der Umsetzung des Gesetzes partizipieren. Das übergeordnete „Direktorium für soziale Verantwortung“ entscheidet endgültig über Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Gesetz. Unter elf Mitgliedern sitzen hier vier VertreterInnen der Zivilgesellschaft: jeweils ein Mitglied für die Universitäten, die Kirche, die „Komitees der Nutzer“ und die sozialen Organisationen.

Kontrovers diskutiert

Die Einführung des „Ley Resorte“, wie das Mediengesetz kurz genannt wird, war von einer allgemeinen gesellschaftlichen Kontroverse begleitet. Die registrierten Alternativmedien kritisierten beispielsweise, dass die unabhängigen ProduzentInnen zu stark unterstützt werden. Die rechte Opposition übte lautstarke Fundamentalkritik, die sie jedoch gegenüber jedweder Initiative der Regierung erhebt. Zwei wichtige Kritikpunkte kamen aus der sozialen Basisbewegung: Die inhaltlichen Vorschriften seien zu vage formuliert und deshalb Aus-

legungssache. Und letztendlich obliegen Auslegung und Umsetzung von Sanktionen dem „Direktorium für soziale Verantwortung“, in dem die VertreterInnen des Staates über eine absolute Mehrheit verfügen. So könnten im Konfliktfall die VertreterInnen der Zivilgesellschaft staatlich überstimmt werden. Trotz der Kritik am Detail sind sich die meisten einig, dass das Gesetz einen großen Fortschritt darstellt. Unabhängige BeobachterInnen sprechen sogar von einer lateinamerikanischen Revolution im Medienbereich.

Negativpresse aus den USA

Nach der Verabschiedung des Mediengesetzes konnte eine wesentliche Verbesserung der Berichterstattung in Venezuela festgestellt werden. Weiter läuft die systematisch negative und einseitige Berichterstattung über Venezuela in internationalen Medien, insbesondere aus den USA. Es werde gezielt versucht, die Politik der venezolanischen Regierung in Zusammenhang mit „irregulären bewaffneten Formationen“ des Nachbarlandes Kolumbien zu stellen. Mit „pseudo-journalistischen Techniken wird vermischt, übertrieben und gelogen“, was nach Ansicht des venezolanischen Informationsministers Andrés Izarra eine „mediale Offensive gegen Venezuela“ darstellt. Ziel der US-Regierung sei möglicherweise die langfristige Vorbereitung einer Invasion. Anfang Februar dieses Jahres beauftragte die venezolanische Regierung ihren Vertreter bei der OAS, formell Klage gegen die USA einzureichen und eine Untersuchung zu fordern.

Malte Daniljuk

Druckausgabe eines Artikels

Kontakt | Über uns | Bücher | Videos | Leserreisen | Shop

Schnell-Suche... <<< | 

18.07.06

Basismedien müssen gestärkt werden

Der Sozialwissenschaftler Edgardo Lander über Medien und Demokratie in Lateinamerika



Foto: Birgit Marzinka

Edgardo Lander ist Sozialwissenschaftler an der Zentralen Universität in Caracas. Seine Themengebiete sind Medien, demokratische Prozesse und soziale Bewegungen in Lateinamerika. Er war einer der Hauptorganisatoren des Weltsozialforums in Caracas im vergangenen Januar. Über die Rolle staatlicher und unabhängiger Medien in Lateinamerika unterhielt sich mit ihm für ND Birgit Marzinka.

ND: In Lateinamerika wird oft nur eine bestimmte Informationsauswahl medial verbreitet. Wie sehen

Sie die Verbindung zwischen Medien und Demokratie ?

Lander: Voraussetzung für eine plurale Demokratie ist, dass Menschen Zugang zu verschiedenen Sichtweisen und Ideen haben. Darüber müssen sie öffentlich debattieren können. Die lateinamerikanischen Medien aber konzentrieren sich in immer weniger Händen. Sie werden von großen transnationalen Konzernen aufgekauft und kontrolliert. Viele dieser Konzerne sind direkt in Kriegsgeschäfte verwickelt. Von ihnen kann man also keine unabhängige Berichterstattung erwarten. Deshalb ist es sehr wichtig, dass alternative Medien – Basismedien etwa – existieren, um ein Gegengewicht aufzubauen.

Einer der großen Medienmogule Lateinamerikas ist Gustavo Cisneros aus Venezuela. Er besitzt Fernsehkanäle, Radiostationen, Zeitungen und Zeitschriften. Wie geht die venezolanische Regierung damit um?

In Venezuela haben stets private Medien die Berichterstattung kontrolliert. Deswegen begann die Regierung, nach Alternativen zu suchen – staatliche Rundfunkstationen wurden geschaffen. Inzwischen verfügt jeder Bundesstaat über einen eigenen Kanal. Durch die innerpolitischen Konflikte der letzten Jahre erreichen diese öffentlichen Sender ein größeres Publikum, weil die Leute sich dort informieren können und eine andere Version als die der privaten Medien hören.

Ein weiterer staatlicher Kanal, Vive, zeigt, was in Dörfern und Stadtteilen passiert. Journalisten besuchen häufig Bürgerversammlungen und übertragen diese live. Die Sendungen geben Einblick in Entwicklungen und Fragen, mit denen sich die sozialen Bewegungen auseinander setzen.

Welche Rolle spielten die Basisradios bei den Konflikten der letzten Jahre?

In Venezuela haben sich die Basisradiostationen stark ausgebreitet. Sie werden von kleinen Gruppen organisiert, gesendet wird meist lokal. Die Programme sind eng mit den sozialen Bewegungen verbunden.

Beim Putsch im Jahr 2002 spielten die Basisradios eine Schlüsselrolle, weil sie die einzigen waren, die darüber berichteten, was gerade im Land passierte. Die privaten Medien gingen über das Thema hinweg, und die Putschisten hatten die staatlichen Stationen geschlossen. Die Basisradios hatten so einen großen Einfluss auf die Situation.

Wenn jetzt über Medien und über Zugang zu Informationen diskutiert wird, spielen Basisradios eine wichtige Rolle. Die Zuhörerschaft ist im Vergleich zu den großen Medien allerdings gering. Solange es an Konkurrenzfähigkeit fehlt, kann man keine

breiteren demokratische Debatten beginnen.

Seit Mai 2005 gibt es den lateinamerikanischen Fernsehkanal Telesur. Welche Rolle spielt er als Informationsquelle und für die lateinamerikanische Identität?

Wenn wir von einer lateinamerikanischen geopolitischen, kulturellen oder sozialen Integration reden -- also von einer viel weitgreifenderen Integration als der rein kommerziellen -- müssen wir Informationen austauschen und gemeinsame Debatten beginnen. Wir müssen wissen, was in den einzelnen Ländern passiert. Aber nicht aus der Perspektive von CNN und den großen Fernsehkanälen, sondern aus den unterschiedlichen lateinamerikanischen Perspektiven.

Bis zu 95 Prozent der in Lateinamerika gezeigten Filme stammen etwa aus den USA. Dagegen werden hier produzierte Filme jeweils nur im eigenen Land gezeigt, nicht aber in den Nachbarländern. Telesur -- weil es diese Filme zeigt -- schafft die Möglichkeit, das lateinamerikanische Kino kennen zu lernen. So zum Beispiel wird kulturelle Integration möglich und man lernt sich gegenseitig kennen.

Telesur wird oft vorgeworfen, Chávez' Propagandakanal für ganz Lateinamerika zu sein. Wie sehen Sie das?

Telesur ist kein rein venezolanisches Projekt, sondern eine Kooperation mit den Regierungen Kubas, Argentiniens und Uruguays. Noch besser wäre es, wenn sich andere Regierungen, aber auch soziale Bewegungen mit anschließen. Dadurch könnte ein offener und demokratischer Kanal aufgebaut werden.

Der Kanal muss dazu die Pluralität des Kontinents zeigen, die Debatten, die stattfinden. Transportiert werden kann dies etwa über Filme und Theaterstücke. Mit einem abwechslungsreicheren Programm kann man ein breiteres Publikum ansprechen. Aber auch die sozialen Bewegungen, die verschiedenen sozialen Gruppierungen, müssen vorgestellt werden.

Wer macht alles bei Telesur mit und wie funktioniert der Kanal?

Telesur ist ein Projekt, an dem Kanäle aus verschiedenen Regionen Lateinamerikas -- staatliche und regionale -- beteiligt sind. Sie haben jeweils bestimmte Sendezeiten.

Kann Telesur unabhängig sein, obwohl das staatliche Fernsehen eine solch große Rolle spielt?

Im Sommer 2005 wurde auf einem Treffen des redaktionellen Gremiums ausführlich über diese Problematik diskutiert. Der Präsident von Telesur, Andrés Izarra, war damals noch Minister für Kommunikation in Venezuela. Nach dem Treffen trat er von seinem Amt zurück.

Ich persönlich denke aber, dass dieses Problem schwierig zu lösen ist -- schon allein die Tatsache, dass der Kanal von der venezolanischen Regierung initiiert wurde und dass ein großer Teil des Geldes aus Venezuela stammt, provoziert immer wieder Konflikte. Es ist nicht leicht, andere lateinamerikanische Regierungen von dem Projekt zu überzeugen. Große Schwierigkeiten gab es etwa mit der brasilianischen Regierung, aber ohne Brasilien ist Telesur nur ein sehr eingeschränktes Projekt. Noch viel schwieriger ist es mit Mexiko und Zentralamerika.

Ausdruck am Dienstag, 1. August 2006

<<< | 

Impressum  Sitemap  Rechtshinweis

Alternative Medien



Vorsicht! Informationen unter Verdacht

Alternative Medienprojekte organisieren sich in Lateinamerika

Wessen Wirklichkeit wird in den Medien repräsentiert? Wer legt fest, was der Öffentlichkeit als Realität verkauft wird? Informationen bestimmen entscheidend die Lebensverhältnisse von Menschen auf der ganzen Welt. Und überall wird mittels Information Herrschaft ausgeübt. In vielen lateinamerikanischen Ländern befinden sich die großen Medien in den Händen der besitzenden Klasse, manchmal nur weniger Familien eines Landes, die dadurch die eigene Machtposition sichern. Und nicht zuletzt ökonomisches Interesse bestimmt, was schließlich zur Nachricht wird und was nicht.

Die Realität, die sich in Fernsehen, Radio und Zeitungen widerspiegelt, entspricht damit nur bedingt der Lebenswirklichkeit großer Teile der Bevölkerung. Dieser Schwerpunkt beschäftigt sich mit alternativen Medien in Lateinamerika, die Informationen aus einer anderen Perspektive produzieren. Initiativen werden vorgestellt, die mit und ohne kommerziellen

Interessen gesellschaftlich marginalisierten Gruppen und sozialen Bewegungen eine Stimme geben, und AktivistInnen, die daran arbeiten, Repräsentation aufzuheben und selber in der Öffentlichkeit zu sprechen.

Die mexikanische Soziologin Martha Zapata Galindo erläutert im Interview die Rolle des Internets als alternatives Medium. Sie spricht über die Möglichkeiten, die das Internet für die Organisation und Vernetzung von sozialen Bewegungen bietet. Durch die Verquickung von technischem Know-how, Cyberaktivismus und politischer Arbeit können virtuelle wie reale Grenzen überschritten und Kontrollen umgangen werden.

Insbesondere Radio spielt in Lateinamerika eine große Rolle. Über die legale Situation von freien und nichtkommerziellen Radios in Mexiko informiert der Artikel von Kristin Gebhardt. Wie in Mexiko wird auch in Guatemala vehement ein neues Me-

diengesetz gefordert, das alternative Radioprojekte legalisiert und ihnen Sendefrequenzen sichert.

Die Medienkonzerne in Venezuela befinden sich in den Händen der rechten Opposition. Um der einseitigen Berichterstattung entgegen zu wirken, unterstützt die venezolanische Regierung seit 1998 Basisinitiativen, wie beispielsweise Nachbarschaftsradios, mit technischer Ausrüstung. Malte Daniljuk stellt das kontrovers diskutierte venezolanische Mediengesetz vor, das erst vor wenigen Monaten verabschiedet wurde: es schreibt eine soziale Verantwortung der Medien fest und reglementiert die Inhalte.

Mit dem gesamt-lateinamerikanischen Fernsender Telesur will eine Kooperation verschiedener Länder Südamerikas unter der Federführung von Venezuela und Argentinien ein alternatives Projekt im großen Stil ins Leben rufen. Der argentinische Journalist Diego Iturizza befragt den Generalsekretär des Senders, Aram Aharoniam, kritisch über die Wiederbelebung der lateinamerikanischen Integration und das Ziel, eine Alternative zu den großen Medienmonopolen aufzubauen.

Alternativ sind Medien auf Kuba schon, sobald sie nicht staatlich gesteuert werden. Bis heute ist die Medienkontrolle auf Kuba streng. Trotzdem ist der Zugang zu alternativer Information auf der Karibikinsel in den letzten Jahren vielseitiger geworden, besonders durch das Internet. Lotte Arndt analysiert Geschichte und Gegenwart kubanischer Medienpolitik.

Mit CIMAC und Cerigua werden zwei Nachrichtenagenturen porträtiert, deren Schwerpunkt auf gesellschaftlichen Gruppen liegt, deren Anliegen in den Mainstream-Medien oft keinen Raum finden. Aus Guatemala berichtet Markus Plate über Cerigua, die seit dem Bürgerkrieg Menschenrechtsverletzungen öffentlich anprangert. Bis heute richtet sie ihren Fokus auf die Lebensbedingungen der indigenen und ländlichen Bevölkerung, die Arbeit von Gewerkschaften, MenschenrechtsaktivistInnen sowie Jugendliche und Kinder. Die Journalistinnen der mexikanischen Agentur CIMAC, vorgestellt von Georg Neumann, produzieren Nachrichten aus Genderperspektive.

Kristin Gebhardt widmet einen Artikel der argentinischen Radiogruppe La Colifata, die Medienproduktion als Therapieform nutzt. Einmal

wöchentlich geht das Projekt aus der psychiatrischen Klinik La Borda in Buenos Aires auf Sendung.

Saskia Vogel berichtet aus Brasilien, wie die Monatszeitschrift *Caros Amigos* bei stetig wachsender Auflage einer alternativen und unangepassten Berichterstattung treu bleibt.

Harry Thomaß besuchte das Independent Media Centre in San Cristóbal de las Casas im Süden Mexikos. Neben der Migration in den Norden stehen dort insbesondere die Zapatistas im Mittelpunkt der Berichterstattung.

Den Schwerpunkt begleitet eine Fotoserie mit Graffiti und *stencils* aus Mexiko, Argentinien und Chile. Mauern und Häuserwände werden weltweit



als Medium für alternative Kommunikation und Ausdruck von Kultur genutzt. Manchmal ähneln sich Botschaften und Bilder im öffentlichen Raum, ob sie aus Berlin, Barcelona oder Buenos Aires stammen. Doch auch der lokale Kontext ist Teil des Werkes. Am liebsten hätten wir immer noch die ganzen Häuser, Straßen und *barrios* abgebildet, wo die Bilder entstanden. Aus Platzgründen ging das natürlich nicht. Schade. Wir bedanken uns bei Wolf-Dieter Vogel und Harry Thomaß für die Graffiti-fotos, sowie bei der Zeitschrift *Cortejar* aus Buenos Aires für die zahlreichen Aufnahmen der *stencils*.

Anja Witte, Volkmar Liebig, Olga Burkert

Ich sehe was, was du nicht siehst

Die (politische) Schablone erobert die Metropolen

Was siehst du? Bis zur Perfektion skizzierte Figuren, neueste Werbetechnik oder Siebdruck in Serie? Das *stencil* (deutsch: Schablone) – so der Name dieser Straßenkunst – kokettiert mit Bedeutungen. Symbole, Objekte aus der Vergangenheit, bekannte Logos und Gesichter, mit Designprogrammen vervielfältigt, werden omnipräsent auf Wände gesprüht und dort auch rezipiert. Die „Graphik-Guerilla“ hat die Fusion geschafft: unaufdringliche Intervention, qualitatives Design und unkontrollierte Verbreitung.

Unbegrenzt ist die Zahl der Perspektiven in der Welt der *stencils*. Es gibt genau so viele wie Blicke, die auf das *stencil* fallen. Alles hängt von der Kombination ab. Jemand entwirft ein Symbol und bringt es an einen bestimmten Ort im öffentlichen Raum. Der Blick der Vorübergehenden fällt zufällig darauf – ein Dialog entsteht. Zwei Subjektivitäten kommen auf der bemalten Wand in dem Zeichen zusammen. Beim *stencil* handelt es sich im Gegensatz zum traditionellen Graffiti um Bilder, nicht um Worte.

Pop, Kunst, Technik, Serien-Reproduktion, Witz, Werbung, Logo oder Kontralogo. Laut der Gruppe Burzaco Stencil aus Buenos Aires hat das *stencil* den Vorteil, nicht eindeutig zu sein. „Teils Kunst, teils Verbrechen“, fügt Federico, Sprecher von Run Don't Walk, hinzu. Es ist einfach nur ästhetisches Vergnügen oder eine Erfahrung von Bedeutung, die sich stets aufs Neue wiederholt. Das wahrgenommene Werk losgelöst von der ausführenden Intention,

das Werk ohne definiertes Objekt oder EmpfängerIn, die Möglichkeit der Mehrdeutigkeit für die BetrachterInnen – und alles auf einen Blick.

Bitte lächeln!

Der Schlüssel für die Lektüre liegt in der Abwesenheit eines Schlüssels. Höchstens ein kleiner Hinweis, ein Text als Augenzwinkern für die BetrachterInnen. „Abhängig von deinem kulturellen Hintergrund bedeutet das *stencil* etwas für dich oder bleibt nur eine Schmiererei auf der Wand“, erklärt Federico. „Es ist spontan. Eine billige und effiziente Form, ein Zeichen zu hinterlassen.“ Der Sinn des *stencils*: mit der Welt in Kontakt treten, ein Lächeln vor der bemalten Wand erreichen.

Die Herrschaft des Systems zwingt Symbole auf, das *stencil* ironisiert sie. „Wir verstehen die *stencils* als eine politische Intervention in den öffentlichen Raum, die auf dem Recht der Widerrede basiert.“ erklärt Martín von StopWars. Entweder bedeutet das

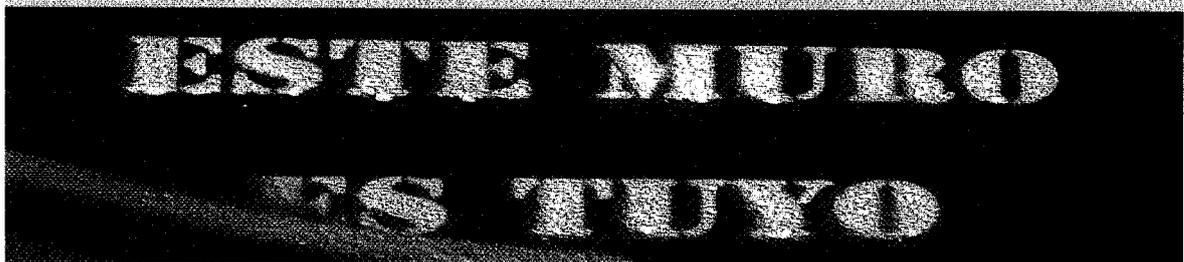
Logo, was es ist, oder die Bedeutung wird durch die Grafik auf der Straße mittels Komik unterwandert. „Wir versuchen zu überraschen und einen andersartigen mentalen Prozess bei den BetrachterInnen zu provozieren, indem wir die gleichen Elemente und Kodizes wie das System benutzen und in Satire verwandeln“, betont Doma, eine argentinische *stencil*-Gruppe.

Der Diskurs der *stencils* präsentiert sich ohne Umwege, auf sehr direkte Art und Weise. Ein kostenloser ästhetischer Genuss als Auslöser für Diskussionen. Urbane Kunst als politische Intervention also: Eine Eroberung der Stadt durch das *stencil*, die den öffentlichen Raum demokratisiert.

Lara Lipkin, Celeste Orozco

Übersetzung: Olga Burkert

Dies ist eine gekürzte Fassung des Artikels „Veó Veó“ der Zeitschrift *Cortejar*, N°5, aus Buenos Aires. revistacortejar@fibertel.com.ar
Die Fotos der *stencils* in diesem Schwerpunkt wurden ebenfalls von *Cortejar* zur Verfügung gestellt.



„Es gibt im Internet die Möglichkeit, alle Grenzen und Kontrollen zu überschreiten“

Interview mit der Soziologin Martha Zapata Galindo

Das Internet ist für die sozialen Bewegungen in Lateinamerika nicht mehr wegzudenken. Es dient längst nicht nur der Vernetzung und Mobilisierung. Die Lateinamerika Nachrichten sprachen mit der mexikanischen Wissenschaftlerin und Cyberaktivistin Martha Zapata Galindo über neue Protestformen im Internet, über Kontrolle und Kommerzialisierung, den *digital divide* und unterschiedliche Entwicklungen in Lateinamerika und in Deutschland. Die Soziologin lehrt am Lateinamerika-Institut der Freien Universität Berlin und forscht seit zwei Jahren zur alternativen Nutzung des Internets. Zu Hause hat sie vier Computer: zwei zum Schreiben, einen Server und einen zum Experimentieren.

Wofür nutzen Sie als kritische Wissenschaftlerin aus Mexiko in Berlin das Internet?

Ich nutze es in erster Linie für Recherche und Kommunikation. Ich finde über das Internet sehr schnell Informationen zu sozialen Bewegungen, alternativen Wissensformen, Datenbanken und Zeitschriften, die früher nicht zugänglich waren. Ich gebrauche das Internet auch politisch als Werkzeug für Cyberaktivismus.

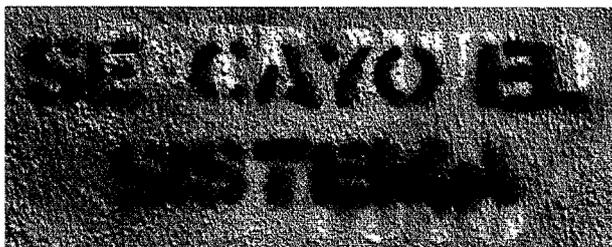
Was muss man sich unter Cyberaktivismus vorstellen?

Ein sehr interessanter Bereich, in dem ich tätig bin, ist die Schnittstelle zwischen Aktivismus und Hacktivismus. *Hackers* verfügen über technologisches Wissen, das wir AktivistInnen aus anderen Zusammenhängen nicht haben. Daher ist eine Zusammenarbeit sehr wichtig. Beispielsweise wird Software produziert, damit politische AktivistInnen mit geschützten Identitäten kommunizieren können, ohne dass die Zensur das verhindert. Der Bereich Hacktivismus wurde nach dem 11. September sehr nah an den Bereich Cyberterrorismus gebracht. Das ist nicht gerechtfertigt, weil es klare Unterschiede gibt. Aber Regierungen, wie die der USA, neigen dazu, diese Grenzen zu verwischen. Für sie wird leicht alles zum Terrorismus: ob jemand einen Virus programmiert oder aber eine

Zensur umgeht oder Informationsgrenzen durchbricht.

Der Schwerpunkt unserer Ausgabe lautet „Alternative Medien“. Wie und wofür wird das Internet heute von sozialen Bewegungen genutzt?

Es gibt unendlich viel alternative Nutzung des Internets. Politische und soziale Bewegungen nutzen das Internet zur Organisation, Koordination und auch für Cyberaktivismus. Interessant ist, dass es gerade innerhalb der Indígena-Bewegungen eine immer stärkere



Nutzung des Internets für Mobilisierung und Aktivismus gibt. Konkrete Aktivitäten werden online und auch offline organisiert; weil ja auch Leute erreicht werden sollen, die keinen Zugang zum Internet haben. Das Internet erlaubt es, einen größeren Radius an AktivistInnen zu erreichen und diese multiplizieren dann die Information über andere Kanäle an die nicht „Angeschlossenen“.

Ein etwas anderes Beispiel ist ein von der UNESCO unterstütztes Projekt aus Peru, in dem mehrere Indígena-Gemeinden zur Zeit einen virtuellen Raum der Erinnerung aufbauen, in dem sie Gewalterfahrungen der Vergangenheit aufarbeiten und auf unterschiedliche Form kommunizieren, sei es durch Texte, Bilder oder Foren.



Früher wurde vermutet, dass die Beziehungen, die sich im Netz entwickeln, oberflächlich bleiben. Aber das stimmt nicht. Bei Gruppen, die lange Zeit zusammen im Internet arbeiten, entsteht das Bedürfnis, sich kennen zu lernen. Gerade wenn Menschen ein gemeinsames Ziel teilen, an dem sie arbeiten, entwickelt sich ein Zugehörigkeitsgefühl, eine Art von Identität. Das beste Beispiel ist die Open Source Community, die eine Philosophie teilt und gemeinsam an der Entwicklung freier Software arbeitet. Es gibt in Lateinamerika verschiedene Provider, die nichts kosten, damit AktivistInnen ihre Seiten dar- auf stellen können.

Wie viele Menschen in Lateinamerika haben überhaupt Zugang zum Internet?

Der Zugang zum Internet bestimmt sich über zwei Faktoren: über die ökonomischen Möglichkeiten und über das erforderliche Wissen. Weltweit gibt es die meisten NutzerInnen in den USA, dann kommt Japan. Deutschland ist auf dem siebten oder achten Platz. Bei den lateinamerikanischen Ländern führt Brasilien, gefolgt von Argentinien und Mexiko. Aber weltweit liegt der Anteil der LateinamerikanerInnen insgesamt nur bei drei oder vier Prozent, Tendenz allerdings rapide steigend. Die Politik der einzelnen Länder ist sehr unterschiedlich. Es gibt eine Verpflichtung von vielen Regierungen, dieses Medium zugänglich zu machen. Einige Länder haben das konsequent verfolgt. Zum Beispiel Peru hat überall öffentliche Kabinen aufge-

stellt, in denen ein Internetzugang umsonst angeboten wird. In Peru und Ecuador werden Schulungen durchgeführt – auch für die, die das nicht selbst finanzieren können. In Ecuador gibt es ein sehr interessantes Projekt namens chasquiNet, in dem technologische Unterstützung und Schulungen angeboten und auch die Server umsonst für AktivistInnen und soziale Bewegungen zur Verfügung gestellt werden. In Mexiko gibt es hingegen kein solches Engagement der Regierung.

Ist das Internet ein hierarchiefreier oder grenzenloser Raum? Oder haben sich durch das Internet die bestehenden Ungleichheiten vertieft?

Ich denke, das Internet kann demokratisch sein und man kann es alternativ nutzen. Gleichzeitig bezeugt die Wirklichkeit natürlich auch etwas anderes. Denn dort, wo die Armut groß ist, gibt es kein Internet. Wer schon arm ist, wird noch weiter ausgegrenzt. Da teilt sich die Welt. Neben diesem sogenannten *digital divide* gibt es auch einen *gender divide*. Immer noch nutzen viel mehr Männer das Internet als Frauen. Und es sind auch immer noch vorrangig Weiße.

Das liegt an ihrer marginalisierten Stellung in der Gesellschaft?

Einerseits ja, andererseits liegt es auch daran, dass die meisten lateinamerikanischen Regierungen ihren Auftrag nicht so ernst genommen haben. Auf Ebene der Vereinten Nationen haben sich alle Regierungen dazu verpflichtet, das Internet für alle zugänglich zu machen. Dafür müsste viel investiert werden. Das machen viele Regierungen nicht, weil sie andere Prioritäten setzen.

Gibt es überall in Lateinamerika staatliche Kontrolle im Internet?

Ich gehe davon aus, dass weltweit alle Staaten in irgendeiner Form eine Kontrollinstanz haben. Es gibt Staaten, die ungeheuerlich viel kontrollieren – wie China und Kuba. Sie haben die Macht über Knotenpunkte und es kommt nur rein, was sie wollen. Ich kann mir gut vorstellen, dass in Mexiko die Kontrolle über das Internet nicht so groß ist. Das Know-how ist da, aber bislang fehlt noch das Interesse. Andererseits gibt es die Möglichkeit, alle diese Grenzen und Kontrollen zu überschreiten für diejeni-

gen, die über das Wissen verfügen. Das ist allerdings nicht leicht. Deshalb denke ich, dass die Zusammenarbeit zwischen *hackers* und AktivistInnen so wichtig ist für die politische Arbeit.

Wie wirkt sich der Trend der Kommerzialisierung im Internet aus?

Die privatwirtschaftliche Nutzung hierarchisiert das Internet und grenzt aus. Denn dadurch werden Netzbereiche geschlossen gehalten: Zeitschriften und Datenbanken sind teilweise nur noch gegen Geld zugänglich. Wissen, das früher umsonst war, wird jetzt merkantilisiert. Aber es gibt die Gegenbewegungen, wie beispielsweise Open Source, die das Wissen frei hält und publiziert. Dieser Kampf wird gerade geführt und er ist noch nicht entschieden. Obwohl diejenigen, die ein wirtschaftliches Interesse an der Nutzung des Internets haben, natürlich viel mehr sind und viel mächtiger. Ob wir noch offene Bereiche im Internet behalten, liegt natürlich auch an uns selber. Die Frage ist, wie lange wir bereit sind, für dieses freie Internet zu kämpfen.

Als ich 1997 an die Universität in Mexiko-Stadt ging, hatte ich noch nie das Internet benutzt. An der UNAM war es gang und gäbe. Ist das eine verallgemeinerbare Erfahrung? Verbreitete sich das Internet in Lateinamerika früher als in Europa oder Deutschland?

Tatsächlich hat sich das Internet früher in Lateinamerika verbreitet. Das liegt daran, dass die USA, die am meisten zur Technologie des Internets beigetragen haben, ein Interesse daran hatten, die eigenen Entwicklungen in Lateinamerika zu vermarkten. Die mächtigen industrialisierten Länder haben hingegen zunächst im Alleingang geforscht. Die lateinamerikanischen Länder konnten von vorn herein nicht konkurrieren. Daher waren sie bereit, die US-Entwicklungen einfach zu übernehmen.

Die mexikanische Universität, an der ich studiert habe, wurde bereits vor 20 Jahren vernetzt, noch bevor es das www gab – die Freie Universität Berlin erst vor fünf Jahren.

In Deutschland gibt es eine sehr komplexe Beziehung zur Technik. Viele haben Schwierigkeiten mit dem Internet und Computern und sind eher kritisch eingestellt. Hier gibt es außerdem eine sehr

gute Kommunikations-Infrastruktur. Nach wie vor kann man hier ohne Probleme ohne Internet leben, weil man telefonieren kann. In Lateinamerika gibt es verhältnismäßig wenige Telefone und die Verbindung ist auch nicht so gut. So ist das Internet auch eine Alternative, weil es viel billiger und zugänglicher ist. In Lateinamerika herrscht zudem im Gegensatz zu Deutschland eine viel größere Begeisterung darüber, mittels Internet etwas zu erreichen, das über die Grenzen des Landes und der Region hinausgeht.

Und auch über die Grenzen der staatlichen Kontrolle der Massenmedien? Auf Grund von Zensur und Kontrolle war das Internet ja oft per se erstmal ein alternatives Medium. Dass die mexikanische Regierung beim Aufstand der Zapatistas 1994 ihre über die Massenmedien verbreitete Darstellung nicht aufrechterhalten konnte, lag ja zum großen Teil an der Internetnutzung der Zapatistas...

Ja, genau. Aber ich würde weiter gehen und sagen, dass das Internet generell auch heute noch ein alternatives Medium ist., denn man hat die Freiheit zu gestalten. Das ist beim Fernsehen oder bei Zeitungen nicht möglich.

Dort muss man sich unterordnen unter das, was sie veröffentlichten und wie sie es darstellen. Dagegen hat man im Internet die Möglichkeit, selber zu gestalten, selber ganz schnell Information zu vermitteln. Das hat einen sehr starken Reiz für soziale Bewegungen in Lateinamerika und in der ganzen Welt.



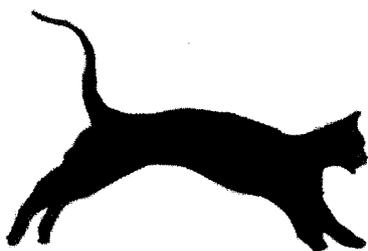
Interview: Anne Becker, Anja Witte

Fotos auf dieser Seite: Wolf-Dieter Vogel, Mexiko-Stadt

Medien als zentrales Herrschaftsinstrument

Unabhängige Medien auf Kuba zwischen Illegalität und staatlicher Tolerierung

Ein kritisches Medium variiert je nach gesellschaftlichem Kontext. Im kubanischen Ein-Parteien-System mit seinem staatlich kontrollierten Informationswesen fußt die Herrschaft auf der Homogenität der politischen Positionen. Kritische Medien sind hier zunächst alle, die unabhängig von der staatlichen Kontrolle Informationen verbreiten und sich damit in der Illegalität befinden. Dabei verfolgen diese ganz unterschiedliche Ziele, die vom Sturz Castros bis zur christlichen Läuterung der BürgerInnen reichen. Es existieren jedoch auch Medien, die im Rahmen der Legalität Probleme der Gesellschaft reflektieren, die in den Massenkommunikationsmitteln der Insel ausgeblendet werden. Diese befinden sich meistens am Rande der staatlichen Tolerierung und werden, wenn sie als Bedrohung wahrgenommen werden, Repressalien ausgesetzt.

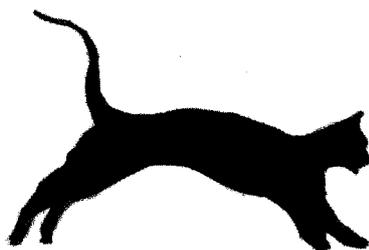


In der Folge der kubanischen Revolution von 1959 wurde das Mediensystem der 1950er Jahre, das kommerziell und infrastrukturell auf die Hauptstadt Havanna konzentriert war und inhaltlich für die Interessen der USA eintrat, stark umstrukturiert. Die Medieninfrastruktur, vor allem der Hörfunk, wurde auf die ganze Insel ausgeweitet und die Presseinformationen so der gesamten Bevölkerung zugänglich gemacht.

Seit Mitte der 60er Jahre besteht in Kuba ein staatlich kontrolliertes Mediensystem. Dieses ist stark durch die Publikationen der Massenorganisationen geprägt, in denen die eigenen Organe veröffentlichten. Damit unterstehen alle Presseorgane – direkt oder indirekt – der Leitung der kommunistischen Partei (PCC). Seit 1968 die letzten kommerziellen

Medien verstaatlicht wurden, gibt es keine legal freiberuflich arbeitenden JournalistenInnen auf Kuba mehr.

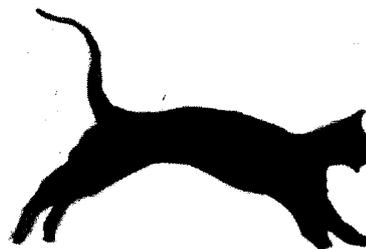
Nach dem Beginn der Krise 1990, die durch den Zusammenbruch der Sowjetunion entstand, wurde die Arbeit der Presse wegen der auftretenden Materialmängel massiv eingeschränkt. Viele Publikationen wurden komplett eingestellt, die Ausstrahlung der



staatlichen Fernsehprogramme wurde auf Grund der andauernden Stromsperrern zum Teil Tage lang unterbrochen. Zugleich sind aber in dieser Phase wesentliche Grundsteine für die Veränderung des nationalen Informationsnetzes gelegt worden. Zwar behielt der Staat die Pressegesetzgebung auch in der geänderten Verfassung von 1992 bei: „Das Recht der Bürger auf Redefreiheit und Pressefreiheit

wird in Übereinstimmung mit den Zielen der sozialistischen Gesellschaft anerkannt. [...] die Presse, das Radio, das Fernsehen, das Kino und andere Medien massiver Verbreitung [sind] staatlichen oder sozialen Eigentums und können unter keinen Umständen Objekt privaten Eigentums sein, was ihren exklusiven Nutzen im Dienst für das arbeitende Volk und die Interessen der Gesellschaft sichert.“

Damit bleibt das staatliche Informationsmonopol als zentraler Pfeiler der Herrschaftssicherung auch in den 1990er Jahren erhalten. Aber die extreme Geschlossenheit der Informationssysteme, die dazu führte, dass die Definitionshoheit über die Realität weitgehend in staatlichen Händen lag, ist seit Beginn des Massentourismus und der Verbreitung des



ALTERNATIVE MEDIEN

Internets nicht mehr aufrechtzuerhalten.

Anschluss ans Internet

Im Oktober 1996 wurde Kuba offiziell ans Internet angeschlossen. Zugang zum Internet wird allerdings nur juristischen Körperschaften wie Unternehmen und öffentlichen Institutionen gewährt. In einigen Ausnahmen können private Anschlüsse genehmigt werden. Diese müssen aufwendig beantragt werden, werden meist nur AusländerInnen oder hohen politischen FunktionärInnen erteilt und sind sehr teuer, was bereits einen großen Teil der kubanischen Bevölkerung von der legalen Nutzung ausschließt. Diese umgeht die daher aufgestellten Verbote auf vielfache Weise. Seit einem Hackerangriff auf eine staatliche Internetseite im Winter 2003 wird die Nutzung dieser illegalen Internetzugänge jedoch massiv geahndet.

Die kubanischen Behörden begründen den beschränkten Internetzugang mit mangelnden Kapazitäten. Angesichts der massiven inhaltlichen Kontrolle der Internetnutzung scheint aber die rein technische Begründung des Staats nicht glaubwürdig: Viele kuba-kritische Seiten sind von den Servern der Insel aus nicht, oder nur durch umständliche Verfahren, einzusehen, der Inhalt von E-Mails wird gelesen, die Nutzung der Computer an öffentlichen Orten überwacht, so dass der „Missbrauch“ auf Per-

sonen rückführbar ist. Das Motiv, neue Informationstechnologien zwar für die kontrollierte Verbreitung von Bildungsinhalten, gelenkte Informationen und die Außen-darstellung zu nutzen, wird begleitet von der Furcht vor dem Verlust der Informationshoheit des Staates.

Die „schöne Konsumwelt“

Auch der Massentourismus untergräbt die selektive, informationelle Abschottung der Insel vom Weltgeschehen. Die Präsenz von mittlerweile rund zwei Millionen Tou-



ristInnen jährlich, die Zeitungen und Bücher mitbringen und die Möglichkeit, sich im Gespräch mit den BesucherInnen über eine andere Perspektive auf die Welt zu informieren, schafft Zweifel am Wahrheitsgehalt der staatlichen Presse. Oft ist es aber der bloße Eindruck der schönen Konsumwelt, die jenseits der Grenzen der Insel wartet, der überwiegt und viele den Traum eines Lebens in Reichtum in den USA oder Europa haben lässt.

Deutlich wird, dass sich kriti-

sche Medien in Kuba mit der Situation konfrontiert sehen, dass Basisinformationen für den Großteil der Bevölkerung nicht zugänglich sind: Als 2003/04 auf der Nachbarinsel Haiti Unruhen ausbrachen, dauerte es geraume Zeit, bevor sich die politische Führung dazu entschloss, die kubanische Öffentlichkeit darüber zu informieren. Die Informationsübermittlung ist davon abhängig, ob ein Ereignis politisch förderlich aufbereitet werden kann oder eine Gefährdung für die nationale Einheit darstellt.

Vor diesem Hintergrund stellt bereits der Zugang zu internationalen Mainstream-Medien eine Möglichkeit dar, sich unabhängig von den vom Staat verbreiteten Informationen eine Meinung zu bilden. Der Zugriff auf solche Medien ist aber extrem begrenzt und

wird meist durch das Ausland politisch instrumentalisiert.

So versuchen US-amerikanische Radio- und Fernsehsender gezielt, antiastristische Informationen zu verbreiten. Der wohl bekannteste Sender ist *Radio Martí*, der stark von den Positionen kubanischer Exilanten in Miami geprägt ist. Sein Empfang wird in Kuba gestört, dennoch kann die Frequenz fast überall auf der Insel empfangen werden. Eine politisch wesentlich moderatere Linie als die oft aggressiv anticas-

tristischen Erzeugnisse aus den USA verfolgt zum Beispiel die Zeitschrift *Encuentro con la Cultura Cubana*. Sie wurde vom faktisch ausgebürgerten kubanischen Schriftsteller Jesús Díaz in Spanien gegründet und behandelt neben kulturellen auch gesellschaftliche und politische Fragen. Seit Ende der 90er Jahre ist sie auch im Internet einzusehen. Der Zugriff auf die Seite ist von kubanischen Servern aus jedoch nicht möglich.

Abhängig vom Ausland

Seit Mitte der 90er Jahre existiert auf Kuba eine Reihe kleinerer, so genannter unabhängiger, das heißt nicht staatlicher und somit illegaler Presseagenturen. Diese haben keine Möglichkeiten zur Publikation im Inland. Zudem verlieren die MitarbeiterInnen auf Grund ihrer Tätigkeit oft ihre Arbeit und werden abhängig von der Bezahlung aus dem Ausland, vor allem den USA. So geraten sie, ob gewollt oder nicht, in das Netz der politischen Konfrontation zwischen den USA und Kuba. Eigentlich jedoch ist durch das 1999 erlassene „Gesetz zum Schutze der nationalen Unabhängigkeit und kubanischen Wirtschaft“ jede Kollaboration mit US-amerikanischen Medien unter hohe Strafen gestellt.

Zeitgleich mit dem Beginn des Irakkrieges 2003 wurden auf Grund dieses Gesetzes 75 so genannte DissidentInnen, davon 27 staatlich nicht zugelassene JournalistInnen, verhaftet und zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt. Weitere JournalistInnen wurden mit Repressalien und Haft bedroht. Die Tätigkeit der so ge-



nannten unabhängigen JournalistInnen ging danach auf Grund dieser Einschüchterungen stark zurück.

Innerhalb der inländischen unabhängigen Presse, die zugleich kaum Kontakte mit dem Exil sucht, sind die Publikationen der katholischen Kirche hervorzuheben, die seit Anfang der 90er Jahre erscheinen. Sie sind illegal, werden staatlicherseits aber toleriert. Viele dieser Publikationen verfolgen ein christliches Programm, das gesellschaftliche und politische Themen weitgehend ausspart. Heraus ragt die zweimonatliche Publikation *Vitral*. Sie wird seit 1994 mit einer Auflage von circa 3500 Exemplaren veröffentlicht und verfolgt als Programm die Schaffung von mehr Unabhängigkeit für die

BürgerInnen vom Staat und die Förderung von mehr Verantwortung und Gestaltungsspielräumen in der Lebensführung. Artikel werden namentlich gezeichnet, ein jeder soll für seine Positionen gerade stehen. Oft greift die Zeitschrift Themen auf, die von der staatlichen Presse ausgeblendet werden, was mit einer nicht beschönigenden Darstellung von Alltagsproblemen beginnt. *Vitral* will ein Forum für Debatten sein, um ein „neues Zukunftsprojekt“ zu entwickeln, bevor die US-AmerikanerInnen dies tun. Das führt allerdings zu Spannungen mit dem Staat. Redaktionsmitglieder der Zeitschrift werden bedroht, mindestens einer von ihnen hat seinen Arbeitsplatz verloren, VerfasserInnen von Beiträgen werden

ALTERNATIVE MEDIEN

aufgefordert, künftige Mitarbeit zu unterlassen, wenn sie Sanktionen vermeiden wollen.

Die Suche nach Alternativen

Räume für einen nichtzensurierten Austausch zu entwickeln, ist für eine Reihe kleinerer politischer Gruppen gerade in Hinblick auf eine nachcastristische Zeit von immenser Wichtigkeit. Sie fürchten, dass andernfalls viele KubanerInnen dem politischen Geschehen weiter passiv gegenüber eingestellt bleiben könnten und autoritäre Tendenzen, beziehungsweise die USA, leichtes Spiel hätten sich durchzusetzen. Im Glauben, dass der karibische Realsozialismus nicht zukunftsfähig ist und gleichzeitig unwillig, einen Übergang in einen deregulierten Kapitalismus als einziges Schicksal zu begreifen, suchen sie nach Alternativen. Allerdings verfügen die wenigsten dieser Gruppen über eigene Organe, sondern treffen sich in Privathäusern und an einigen wenigen öffentlichen Treffpunkten. Sie sind eine kleine Minderheit, die toleriert wird, solange sie keine Massenwirksamkeit erlangt und keine Gefährdung der öffentlichen Ordnung darstellt.

Was geschieht, wenn der Einfluss zu groß wird, zeigt das Beispiel des Zentrums für Amerikastudien (CEA) und seiner Quartalspublikation *Cuadernos de Nuestra América*. In diesem Zentrum wur-

den auf dem Höhepunkt der Krise zu Beginn der 90er Jahre zentrale Beiträge der einsetzenden Reformdebatte formuliert, die bald auch international stark rezipiert wurden. Das Zentrum wurde daraufhin 1996 komplett umbesetzt. Begründet wurde diese Entscheidung damit, dass das Zentrum begonnen habe, eigene



Oliga Burkert, Santiago de Chile

Reformvorschläge zu machen, anstatt der kommunistischen Partei, der es direkt unterstellt ist, zu folgen.

Ein weiteres Beispiel auf niedrigerer Ebene sind die mehrfachen Versuche von Studierenden der Universität in Havanna, kleine unabhängige Zeitschriften zu gründen. Trotz ihres zum Teil fast ausschließlich unpolitischen Inhalts wurden diese immer wieder umgehend verboten, die Verantwortlichen in einigen Fällen von der Universität verwiesen.

Andererseits gab es in den 90er Jahren einige Neuerscheinungen, die der Reflexion über den gesellschaftlichen Wandel Raum geben. So erscheint seit 1995 die umfangreiche Vierteljahrszeitschrift

Temas, die von Rafael Hernández, einem ehemaligen Mitglied des Zentrums für Amerikastudien, herausgegeben wird und sich in ausführlichen Artikeln inländischer wie ausländischer AutorInnen kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Themen widmet.

Ergänzt wird dieses Szenario durch alle Arten von Medien inländischer und ausländischer Herkunft, die gedruckt, elektronisch, als Videokassette oder CD unter der Hand und durch kommerziellen illegalen Verleih zirkulieren und einen größeren oder kleineren Rezipientenkreis erreichen.

Insgesamt ist es im letzten Jahrzehnt zu einer Diversifizierung der zugänglichen Informationen und der Möglichkeiten der Auseinandersetzung mit dem Ausland gekommen, was vor allem auf die Verbreitung des Internets zurückzuführen ist. Trotzdem lässt sich festhalten, dass der kubanische Staat seine strenge Kontrolle der Medien und Informationsmöglichkeiten weiterhin aufrecht erhält. Die Rolle der staatskonformen Massenmedien wurde im Rahmen einer politischen Strategie für die eigene Herrschaftssicherung, die sich extrem auf Massenmobilisierungen und massenmedial getragene Kampagnen stützt, sogar noch gestärkt.

Lotte Arndt

Die Freunde aus dem gelben Haus

Mit Professionalität und Esprit behauptet sich eine unabhängige Zeitschrift gegen das brasilianische Medienmonopol

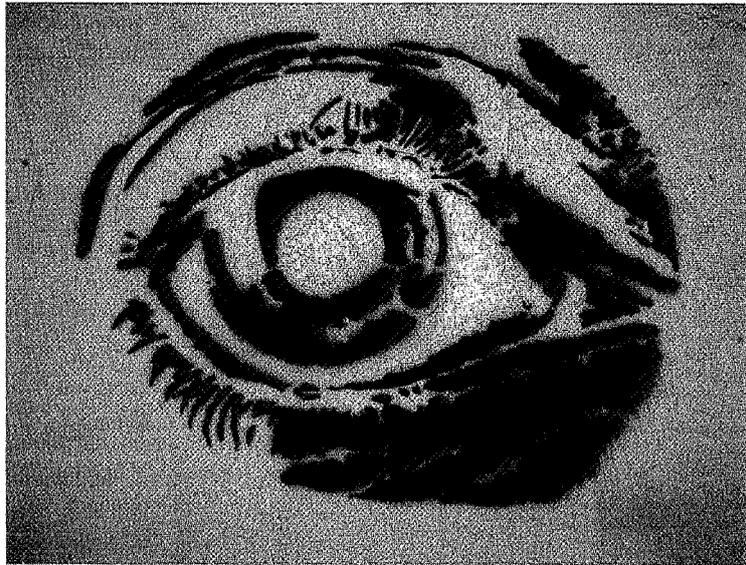
Die Monatszeitschrift *Caros Amigos* ist eines der größten unabhängigen Printmedien Brasiliens. Durch kritische Berichterstattung hat sie zwischen den Publikationen der beiden fast allmächtigen Verlage Globo und Abril ihren Platz gefunden. Vor allem eine kaufkräftige und gebildete Mittelschicht weiß die „Werden Freunde“ sehr zu schätzen.

Großformatig und im Vielfarben druck kommen die „Werden Freunde“ aus Brasilien daher. Ganze 27x33 Zentimeter sind sie groß, dabei um die 50 Seiten dick und auch sonst nicht zu übersehen: Unter den Printmedien am Zeitungskiosk sticht *Caros Amigos* durch eine unabhängig-kritische Meinung und ein unkonventionelles Layout hervor. Doch dazu später. Zunächst einmal muss betont werden, dass es von den „Werden Freunden“ viele gibt. 38.000 Exemplare werden monatlich an AbonnentInnen verschickt oder gehen in ganz Brasilien über den Ladentisch an die LeserInnen. Die geehrten Freunde, das sind die *Caros Amigos*, Brasiliens größtes alternatives Printmedium.

Lesestoff statt Bilderbuch

Verlegt wird die Monatszeitschrift im hauseigenen Verlag Casa Amarela (gelbes Haus). Gelb ist das Verlagshaus in São Paulo's Sze-neviertel Vila Madalena tatsächlich, ungewöhnlich für eine Stadt, in der grauer Beton den Ton angibt. Ungewöhnlich sind auch die elf RedakteurInnen der Casa Amarela – ungewöhnlich nett.

„Die *Caros Amigos* sind seit ihrer Gründung vor acht Jahren zu einer festen Größe avanciert“, macht Wagner Nabuco, geschäfts-



führender Vertriebsleiter, selbstbewusst klar. Dabei wurde anfangs noch nicht einmal eine Marktanalyse erstellt. Durch reine Mundpropaganda machten sich die *Amigos* schnell Freunde im ganzen Land. Angesichts der neoliberalen Politik des damaligen Präsidenten Fernando Henrique Cardoso gab es innerhalb der Linken ein starkes Bedürfnis nach einem unabhängigen Medium: „Für alle die lesen können“, so der charakterträchtige Leitspruch der Zeitschrift.

Und hier liegt auch das Erfolgsrezept der *Caros Amigos*: „Wir sind – im Gegensatz zu den anderen Printmedien – nie dem Trend

gefolgt, der den Text zugunsten der Illustrationen verdrängt. Die *Caros Amigos* sind kein Bilderbuch. Unsere KäuferInnen wissen zu schätzen, dass wir ihnen durchaus noch die Fähigkeit zum Lesen zutrauen“, so Nabuco.

Und das zu Recht: 91 Prozent der LeserInnen haben eine Universität besucht. Die *Caros Amigos* richten sich damit an eine intellektuelle Minderheit der brasilianischen Mittel- und Oberschicht, die Wert auf eine unabhängige und kritische Meinung legt – und bereit ist, dafür zu bezahlen. Mit umgerechnet zwei Euro pro Ausgabe sind die „Freunde“ nicht nur ge-

ehrte, sondern auch teure Zeitgenossen. Trotzdem halten 79 Prozent der KäuferInnen die Zeitschrift für „unentbehrlich“.

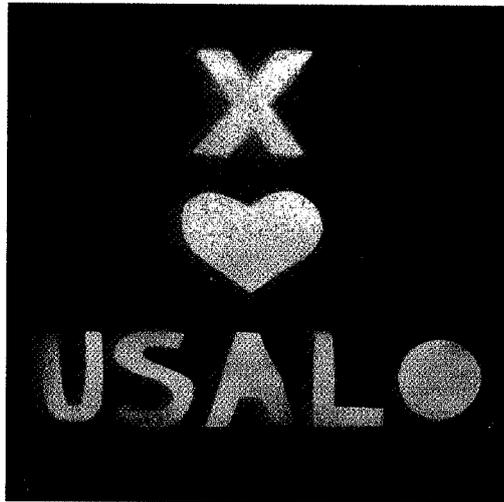
Prominente Freunde

Zu den hauseigenen AutorInnen, die regelmäßig publizieren, zählen prominente Größen wie der brasilianische Befreiungstheologe Frei Betto, der Journalist und Universitätsprofessor Emir Sader oder Heloísa Fernandes, Tochter des verstorbenen Soziologen Florestan Fernandes. Auch João Pedro Stedile, nationaler Leiter der Landlosenbewegung MST, der in den konservativen Medien oft verzerrt dargestellt wird, schreibt für die *Caros Amigos*.

Die kritischen und gut recherchierten Artikel, fundierte Analysen, sensible Porträts und bissige Kommentare sind es, die der Zeitschrift Charakter verleihen. „Die *Caros Amigos* sind keine Zeitung im klassischen Sinne“, erläutert Marina Amaral, Verlegerin der Zeitschrift, „Sie fungieren als Forum für die Linke in Brasilien. Uns erreichen Email-Zuschriften aus Dörfern im Hinterland, von denen wir selbst nicht geglaubt hätten, dass es sie gibt.“ Den *Caros Amigos* gelingt dabei eine interessante Mischung. So kann auf einen mehrseitigen Beitrag zu Themen wie Menschenrechte, Hungerbekämpfung oder Antisemitismus durchaus ein spontan verfasstes Gedicht oder ein lockerer Kommentar zu einer Banalität folgen.

Neben einer Fotostrecke ist das Highlight jeder Ausgabe das „Ex-

plorative Interview des Monats“ mit Personen wie der Tochter von Che Guevara, Aleida Guevara, oder Dom Tomás Balduino, Präsident der Landpastorale CPT, die unter anderem die MST unterstützt. Berühmt sind die „Werten Freunde“ für ihre Randbemerkun-



gen. Bezogen auf Lulas Null-Hunger-Programm schreiben sie: „Das Evangelium gemäß der Regierungspartei PT: Unser tägliches Brot gib uns im Jahre 2099.“

„Obwohl wir der PT nahe stehen: Ein Blatt wird deswegen schon lange nicht vor den Mund genommen“ konstatiert Amaral und zündet sich noch eine Zigarette an. Sie sieht die Funktion der *Caros Amigos* hauptsächlich darin, ein Gegengewicht zu den konservativen Mainstream-Medien zu bilden. Da haben sie keine leichte Aufgabe gewählt, denn Brasiliens Medienmarkt ist stark monopolisiert.

Mediale Latifundien

Die auflagenstärksten Printmedien gehören den großen Verlagshäu-

sern Abril und Globo, die mit ihren hohen Marktanteilen auch politische Einflussnahme ausüben können. Zwei Drittel des Zeitschriftenmarktes werden allein von Abril kontrolliert. „Mit den Medien in Brasilien verhält es sich wie mit der Landkonzentration: Es gibt Latifundien so groß wie Belgien und es gibt Medienkonzerne die Kartellen gleichkommen“, bringt es José Arbex auf den Punkt. Arbex ist Hausautor und gilt als einer der Charakterköpfe bei den *Caros Amigos*.

Die Konzentration der Medien in den Händen Weniger führt zu einem Informationsmonopol über die öffentliche Meinung und einer Unterdrückung kritischer Stimmen. Laut Arbex ist Brasilien noch weit von einer Mediendemokratie entfernt. Ihre Vormacht-

stellung würde es den großen Verlagshäusern erlauben, eine regelrechte Zensur auszuüben, so der Autor. Das Privileg, sich unabhängig informieren zu können, sei bisher nicht jedem gegeben.

Kleinere Printmedien haben mit einer Reihe von Schwierigkeiten zu kämpfen, um sich zu etablieren. Nicht zuletzt, weil auch die Papierpreise in Brasilien von den wenigen Großkonzernen diktiert werden, die die Produktion in ihren Händen halten. Preise, die für die meisten Markteinsteiger schnell das finanzielle Aus bedeuten.

Einen besonderen Rückschlag musste *Brasil de Fato* (Das tatsächliche Brasilien) gleich zu Beginn ihrer Existenz hinnehmen. Die linke Wochenzeitung wurde 2003 auf dem Weltsozialforum in

Porto Alegre von verschiedenen sozialen Bewegungen auf den Weg gebracht, vor allem von der MST. Schon nach den ersten Ausgaben aber wurde die Zeitung von der zuständigen Verteilungsfirma nicht mehr an die Kioske geliefert.

„*Brasil de Fato* war zu unbequem – das hat einigen einfach nicht gepasst“, erzählt Mitbegründer José Arbex. Trotzdem konnte *Brasil de Fato* sich durchsetzen und wird weiterhin publiziert.

Alles im gelben Bereich

Alternative Medien könnten sich, so Arbex, höchstens kleine Freiräume innerhalb eines festgefügt Systems erkämpfen. „Aufgabe der Regierung wäre es, die Medien zu reformieren und die Monopole zu brechen. Solange dies nicht geschieht, solange macht euch keine Illusionen“, so der trockene Kommentar des Autors.

Illusionen macht sich die Casa Amarela nicht. Das gilt auch hinsichtlich der Finanzierung. „Klar gibt es finanzielle Engpässe“, gibt Nabuco zu und legt die Karten offen auf den Tisch. Um mit diesem Problem umzugehen, akzeptieren die *Caros Amigos* auch den brasilianischen Staat und große Firmen als Anzeigenpartner. Zum Beispiel Coca-Cola, Sinnbild für Globalisierung und Einflussnahme multinationaler Konzerne. Laut Nabuco haben diese An-

zeigen aber nichts mit dem Inhalt zu tun. „Wir handeln da ganz pragmatisch. Nur weil Coca-Cola bei uns Werbung schaltet, heißt das noch lange nicht, dass wir aufhören, den Konzern zu kritisieren.“ Die Anzeigenkunden wür-

Professionalität erfolgreich behaupten.

So bringt der Verlag nicht nur monatlich die *Caros Amigos* heraus, sondern auch eine Reihe von Büchern und Sonderheften, etwa zu Literatur aus den Favelas. Ver-



den um den gebildeten und finanzkräftigen LeserInnenkreis wissen und trotzdem inserieren. „Ohne die Werbeeinnahmen würde es die *Caros Amigos* nicht mehr geben“, ergänzt Nabuco, „da ist der Kompromiss mit den Anzeigen das kleinere Übel.“

Von der Gefahr schließen zu müssen, sind die *Caros Amigos* glücklicherweise weit entfernt. Im Gegenteil: Bisher konnte sich die Casa Amarela mit Intelligenz und

kaufsknaller ist allerdings die Edition „Brasilianische Rebellen“: Zwei Bände über das Leben verschiedenster brasilianischer Persönlichkeiten – ebenso außergewöhnlich wie die *Caros Amigos* selbst.

Saskia Vogel

Die „Werten Freunde“ im Internet:
www.carosamigos.com.br

Nachrichten aus Genderperspektive

Ein Portrait der mexikanischen Nachrichtenagentur CIMAC

Seit über 15 Jahren verfolgt die Frauen-Nachrichtenagentur CIMAC in Mexiko-Stadt das Ziel, genderrelevante Themen stärker in die mexikanischen Medien zu bringen. Neben der Nachrichtenagentur bietet sie Schulungen für JournalistInnen zu Geschlechtergerechtigkeit an und hat ein JournalistInnennetzwerk aufgebaut. Außerdem entwickelt und begleitet sie Medienkampagnen.

Wolf-Dieter Vogel, Mexiko-Stadt



der Gleichberechtigung von Frauen zum Ziel gesetzt und dem Kampf gegen Sexismus und Diskriminierung verschrieben. Seit 1988 begleitet CIMAC diesen Prozess und die verschiedenen zivilgesellschaftlichen Frauengruppen in Mexiko durch eine konstante und professionelle Medienarbeit. Von den rund 15 dort arbeitenden MitarbeiterInnen ist nur der Internetadministrator männlich. Die weiteren Angestellten sind in erster Linie Journalistinnen, die für die Internetseite cimacnoticias.com als Kernstück der Agenturarbeit verantwortlich sind. CIMAC versteht sich als multimediale Organisation, die eine neue Sichtweise auf die aktuelle Situation der Frauen in Mexiko und der Welt fördert und dabei immer die Prinzipien Gleichheit, soziale Gerechtigkeit und Demokratie zugrunde legt. Ziel ist eine alternative Sichtweise in den Medien zu vermitteln.

Die Klingel neben der roten Tür ist unbeschriftet und unscheinbar. Hinter ihr verbirgt sich jedoch eine in ganz Lateinamerika anerkannte Internet-Nachrichtenagentur. CIMAC (Comunicación e Información de la Mujer) heißt die Organisation, die von

dem dreistöckigen Gebäude mitten in Mexiko-Stadt mit der Welt kommuniziert. Das Besondere: Alle Nachrichten, meist zu gesellschaftlichen oder politischen Themen, werden aus Genderperspektive geschrieben.

CIMAC hat sich die Umsetzung

Fundament und Überbau

Die für den Informationsbereich zuständige Geschäftsführerin Lucía Lagunas erklärt, dass CIMAC zwar ganz klar Teil der Medienlandschaft Mexikos sei, aber durch das erklärte Ziel der Förderung von

Emanzipation eine weitere Aufgabe in der Gesellschaft habe. „Wir sehen uns als Mittlerin zwischen der Zivilgesellschaft und den Medien.“ Nach einer Zigarette muss Lagunas wieder los. Der nächste Termin wartet: vormittags noch im Radio, mittags kurz im Büro und am Nachmittag schon wieder in einer Besprechung mit verschiedenen Nichtregierungsorganisationen (NRO), um eine gemeinsame Medienkampagne zu entwerfen.

Die Arbeit CIMACs basiert auf mehreren Säulen. Durch die Internetseite cimacnoticias.com ist die Nachrichtenagentur als aktuelles und informatives Medium im Internet präsent. Hier werden Nachrichten zu Gesundheit, Kultur, besonderen Persönlichkeiten und Künstlerinnen veröffentlicht. In erster Linie findet jedoch eine politische Berichterstattung und Teilnahme an der öffentlichen Meinungsbildung statt.

CIMAC beteiligt sich beispielsweise an der Diskussion zur gesellschaftlichen Stellung der Frau, nicht nur in Mexiko sondern in ganz Lateinamerika und in geringerem Umfang auch weltweit. Dafür bereitet [cimacnoticias](http://cimacnoticias.com) Berichte internationaler Organisationen wie der UN auf, informiert über internationale Konferenzen wie unter anderem das Weltsozialforum in Porto Alegre und recherchiert Genderthemen in Mexiko wie beispielsweise die Frauenmorde von Ciudad Juárez (siehe u.a. LN 371). Besonders Aktionen, Kampagnen und Themen anderer NROs, zum Beispiel gegen Frauenhandel und Zwangsprostitution, die sonst nur bedingt Widerhall in den nationalen Me-

dien finden, wird ein eigener Platz eingeräumt.

Für andere Medien ist die Organisation eine wertvolle Referenz in Genderfragen und wird gerne konsultiert. Besonders dank der zweiten Geschäftsführerin Sara Lovera, weithin anerkannte Spezialistin im Bereich Feminismus, die CIMAC 1988 gründete. Lovera hat langjährige Erfahrung als Journalistin und leitete unter anderem über zehn Jahre die Genderbeilage *Doble Jornada* der linken Tageszeitung *La Jornada*. Als Expertin wird sie von anderen Medien oft zu Genderfragen interviewt oder auf Konferenzen eingeladen.

Als Gegenpol zum schnelllebigen Medium Internet befindet sich im Erdgeschoss des CIMAC-Gebäudes – ganz altmodisch – ein Archiv. Die Herrin über die gut sortierte Bibliothek von über 25.000 Medien ist Genderspezialistin Ofelia Ceja, die seit 1996 das tägliche Informationschaos von hereinkommenden Büchern und audiovisuellen Medien strukturiert. Das Archiv zeichnet sich besonders durch die umfangreiche Sammlung von Kommuniqués der Regierung und nationalen Instituten aus. „Viel Platz ist hier nicht mehr“, sagt Ofelia Ceja, „aber das Archiv ist in gewisser Hinsicht das Fundament unserer Arbeit.“

Ausbildung ist Trumpf

Um langfristig auf JournalistInnen Einfluss zu nehmen und sie für die Genderproblematik zu sensibilisieren, fördert CIMAC JournalistInnennetzwerke. Zur Zeit arbeitet CIMAC mit drei Netzwerken zusammen, die rund tausend professionelle Presse-, Fernseh-

und RundfunkjournalistInnen umfassen, darunter auch das von CIMAC 1995 gegründete *Red Nacional de Periodistas*. Von 1996 bis 2002 wurden im Rahmen dieser Forderung fast hundert Workshops für JournalistInnen aus ganz Mexiko und drei Ländern Zentralamerikas zu Genderthemen und Gleichberechtigung durchgeführt. Die drei Hauptthemen dieser Workshops sind Sensibilisierung für die gesellschaftliche Situation von Frauen, die von Sara Lovera durchgeführt werden, die Vermittlung von spezifischen Informationen über Themen wie Gesundheit, Demokratie oder Bürger- und Menschenrechte und die praktische Nachrichtenarbeit.

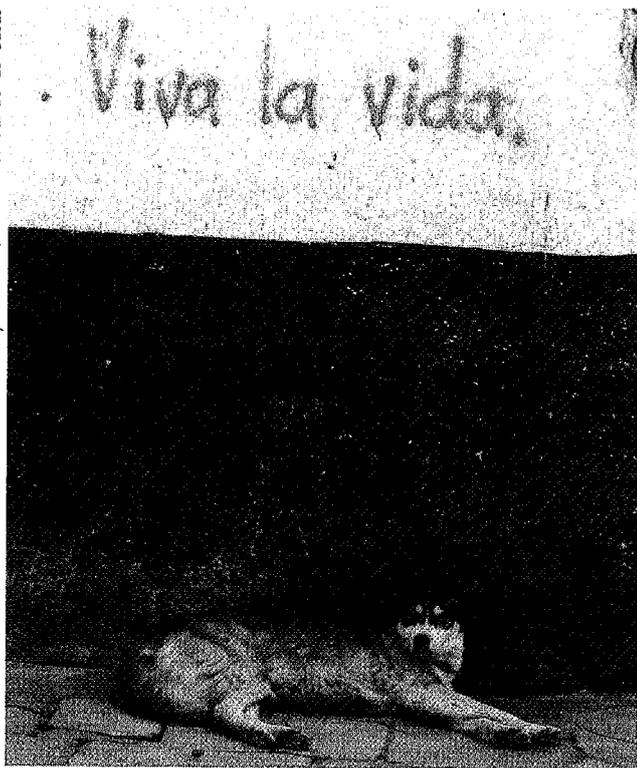
Kampagne „Providagate“

Über einige wichtige Themen berichtet CIMAC nicht nur, sondern entwickelt darüber hinaus öffentlichkeitswirksame Kampagnen und Projekte. Dies geschieht in der Regel in Zusammenarbeit mit Gruppen, Personen, NROs oder Institutionen. Meistens geht es dabei um Aktionen, die sich für eine gleiche, demokratische und von Diskriminierung freie Gesellschaft einsetzen.

So organisierte CIMAC zum Beispiel 1997 Aktionen in Mexiko im Rahmen der grenzüberschreitenden Kampagne „Ein Leben ohne Gewalt ist unser Recht!“ der Frauenorganisation UNIFEM der Vereinten Nationen. Ziel der Kampagne war die Sensibilisierung der Bevölkerung und der politischen EntscheidungsträgerInnen.

Aktuell ist CIMAC am Projekt *Marcapasos* beteiligt und überwacht in diesem Zusammenhang

Harry Thomaß, San Cristobal de las Casas



mit anderen frauenspezifischen NROs die öffentlichen Haushalte. Auf diese Weise konnte das Projekt Ende die Veruntreuung von öffentlichen Geldern des Gesundheitsministeriums aufdecken: 30 Millionen Peso (rund 2 Millionen Euro) waren - anstatt in die Prävention und Bekämpfung von AIDS - an die christliche und erzkonservative Organisation Provida geflossen. Diese ist bekannt als fundamentalistische Abtreibungsgegnerin und Vorkämpferin von konservativen Geschlechterrollen. Über eine gemeinsame Kommunikationsstrategie hat CIMAC seit Ende 2003 diesen Skandal in die Öffentlichkeit gebracht und Druck auf die Regierung ausübt. Mit zunehmenden Erfolg: Der Fall „Pro-

vidagate“ wird mittlerweile auch im Kongress diskutiert. Eine strafrechtliche Konsequenz steht allerdings noch aus.

Multiplikatorin

Auch wenn in Mexiko erst jede zwanzigste Person zu Hause ins Internet geht, ist die Webseite cimacnoticias.com eine wichtige Multiplikatorin. Spezialisierte Printmedien oder Radioprogramme greifen auf die Informationen CIMACs zurück und übernehmen sie häufig sogar komplett.

In über 100 Medien aus Presse, Radio und Fernsehen werden regelmäßig von CIMAC produzierte Nachrichten, Reportagen und Dokumentationen veröffentlicht. Auf nationaler Ebene nutzen

beispielsweise die größte mexikanische Agentur Notimex sowie die großen nationalen und regionalen Zeitungen und Medien die Nachrichten CIMACs. Eine Quelle und Grundlage ist CIMAC weiterhin für Publikationen und Internetseiten alternativer Gruppen und NROen. Außerdem sendet CIMAC drei Radioprogramme in Mexiko-Stadt über FM und AM an drei Tagen in der Woche und produziert die Fernsehserie „Geteilte Erfahrungen. Vision der Genderproblematik“.

Durch die gute investigative Arbeit der Journalistinnen kann CIMAC Themen in Mexiko setzen und begleiten. Nicht nur im Fall der Frauenmorde von Ciudad Juárez ist [cimacnoticias](http://cimacnoticias.com) eine der wichtigsten Informationsquellen. Auch die Vernetzung mit anderen Nachrichtenagenturen, wie der zivilgesellschaftlich orientierten, brasilianischen Internetseite Adital, ist eine Grundlage des Erfolgs von CIMAC. Ein Hindernis zur weltweiten Verbreitung der Dienste und Themen CIMACs bleibt die Sprachbarriere. Aber auch daran wird gearbeitet. „Die Einstellung einer fließend Englisch sprechenden und schreibenden Journalistin ist der nächste Schritt. Derzeit ist das allerdings finanziell nicht zu leisten“, erklärt Lagunas. Sie bestätigt, dass in den letzten Jahren viel für Frauen in den Medien erreicht wurde. „Aber eine konstante und dauerhafte Berichterstattung in Mexiko, die über den Tag der Frau hinausgeht, ist noch lange nicht zu beobachten.“

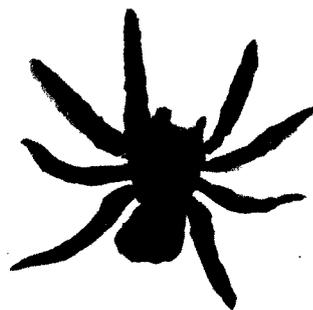
Georg Neumann

www.cimacnoticias.com,
www.cimac.org.mx,
www.adital.org.br

Radio als Therapie

Der argentinische Sender La Colifata kämpft gegen das Stigma der Verrücktheit

Ein Patient der psychiatrischen Klinik La Borda in Buenos Aires: „In meinem Leben beschäftigt mich eine große Verwirrung: Soll ich mich heilen oder soll ich die Revolution machen, die meine eigene Verrücktheit rechtfertigt.“



Samstag mittags im Hof von La Borda: Tische, Stühle und eine Tafel werden aufgestellt, Mikrofone, CD-Player und Kassettenrecorder in ein Mischpult gestöpselt. Nach und nach trudeln die RadiomoderatorInnen ein und schreiben ihre Vorschläge für die aktuelle Sendung auf die Tafel. Alle sind PatientInnen oder ehemalige PatientInnen der größten psychiatrischen Klinik in Buenos Aires. Um 14 Uhr geht Radio La Colifata auf der Frequenz 100,1 MHz FM für fast fünf Stunden live on air.

Meist schiebt Alfredo Olivera, der Gründer des Radios, die Regler am Mischpult. „Hallo und Guten Tag. Ihr hört LT 22 Radio La Colifata direkt aus dem Hospital La Borda.“ PatientInnen und BesucherInnen applaudieren. Der erste, der zum Mikrofon greift, ist Horacio Surur, alias „Der Krieger des Lichts“. Zur Musik von Jimi Hendrix stellt er sich einen nächtlichen Spaziergang durch die argentinische Hauptstadt vor. Mit tiefer, kratziger Stimme erläutert er die Parallelen zwischen den Lebensbedingungen der SklavInnen, die den ersten Blues spielten, und der Armut, die er beim Durchqueren der Stadt vorfindet.

Die Geschichte von La Colifata beginnt im August 1991. Als Psy-

chologiestudent kam Olivera nach La Borda, wo sich rund 1.200 Menschen in stationärer psychiatrischer Behandlung befinden. Von Anfang an bewegten ihn die Gespräche mit den PatientInnen. Ihn faszinierte die Poesie in ihrer Sprache, ihre klare Sicht und die Tiefe der Gefühle in ihren Worten. Zugleich war er bestürzt über die Einsamkeit der Männer und Frauen. Manche lebten schon zehn, zwanzig Jahre in La Borda. Viele waren verarmt, außerhalb der Klinik hatten sie keine sozialen Kontakte mehr.

Rückeroberung der Außenwelt

Eines Tages lud ihn der Moderator eines Lokalradios ein, um von seinen Erfahrungen mit den PsychiatriepatientInnen zu erzählen. Doch Olivera wollte die *muchachos*, wie er die PatientInnen nennt, lieber selbst sprechen lassen und befragte diese vor dem Mikrofon. Mit den Antworten auf Band ging er dann zum Radio. Während der Sendung klingelte das Studiotelefon ununterbrochen. „Damit war der Kommunikationskreis geboren,“ meint die Psychologin Laura Gobet, die auch bei La Colifata arbeitet. „Patienten diskutieren vor dem Mikrofon und erzählen von

ihren Gefühlen. Die Aufnahme verlässt das Hospital, wird von einem Radio übertragen und erreicht ein Publikum. Die Anrufe der Zuhörer werden ebenfalls mitgeschnitten und kehren dann ins Hospital zurück. So beginnen die Patienten, sich ihren Platz in der Außenwelt zurückzuerobern.“

Plötzlich war da ein Radio ohne Sender und Antenne und die Idee einer Therapie mit Hilfe von Medienarbeit. Zur wichtigsten Säule wurde genau dieser Dialog zwischen PatientInnen und einem Radiopublikum. Olivera schnitt aus den Livesendungen dreiminütige „Mikroprogramme Colifatos“ zusammen. Weitere lokale Stationen in Buenos Aires übertrugen diese Beiträge.

Ein Jahr später schenkte ein freies Radio den *colifatos* eine minimale technische Ausrüstung, ein Zuhörer stiftete die Antenne. Mit einer Leistung von 300 Watt waren die RadiomacherInnen von nun an im Hospital und im Umkreis von drei Kilometern zu hören. Jorge Osvaldo Garcés, der Philosoph der Gruppe, schlug vor, sich „LT 22 Radio La Colifata“ zu nennen. *Colifato* ist im *lunfardo*, dem Slang der BewohnerInnen von Buenos Aires, eine liebevolle Bezeichnung für „Verrückte“.



Seitdem sind die *colifatos* über ihren eigenen Sender zu empfangen.

Für Olivera unterscheidet sich La Colifata in zwei Aspekten entscheidend von anderen Radios: Zum einen bestehe die therapeutische Funktion darin, dass die PatientInnen ihre Individualität wieder erlangen. Zum anderen arbeite der Sender als soziales Projekt gegen das Stigma der Verrücktheit.

„Es gibt in der Gesellschaft die Vorstellung, dass ‚Verrückte‘ seltsame Wesen sind, unkalkulierbar, gewalttätig, unproduktiv, fremd. Es ist sehr schwierig, dass Ihnen jemand zuhört. Sie werden ausgeschlossen,“ meint der Psychologe. Das Radio dagegen schließe ein. „Wenn man beginnt zu sprechen oder zuzuhören, bezieht man sich und andere ein. Deshalb ist unser Motto: Mauern überwinden!“

Das Konzept ist aufgegangen: Häufig kommen Interessierte, weil sie die ModeratorInnen kennen lernen wollen, und manchmal

werden alte, längst verloren geglaubte Freundschaften oder familiäre Bindungen wiederbelebt.

Der Korrespondent aus dem Himmel

Auch an diesem Samstag Nachmittag kommen Bekannte und Familienangehörige, Neugierige und JournalistInnen in den Hof von La Borda. Etwa 50 Männer und Frauen sind direkt an der Sendung beteiligt und kümmern sich um das Programm. Die einen reden über persönliche Geschichten, den Alltag in der Psychiatrie, den Entlassungsschein. Andere sprechen die politische und soziale Situation in Argentinien an. Wieder andere haben feste Rubriken.

Zum Beispiel Daniel López mit seiner „Sportwelt“ oder Juliana mit ihrer Astrologiesendung. Und Maria liest ein Gedicht über die Behandlung mit einem Psychopharmaka vor. Zwei *colifatos* haben sonntags Zugang zur Pressetribüne im Stadion des traditionsreichen Fußballklubs Boca Juniors. Nach

dem Spiel interviewen sie Spieler und Publikum. Ever Isaac ist Korrespondent im Himmel. Er berichtet einem La Colifata-Moderator von seinem Einsatzgebiet. (siehe Kasten)

Internationale Anerkennung

Zur Radiocrew gehören vier PsychologInnen, zwei JournalistInnen, ein Musiktherapeut sowie ein Sozialarbeiter. Alle arbeiten unentgeltlich. Die Klinkleitung überlässt den RadiomacherInnen samstags den Hof, ansonsten gibt es von dort keine Unterstützung. Der Sender lebt von Spenden, Solidaritätsveranstaltungen und dem Verkauf der CDs mit den Mikroprogrammen. Manu Chao und andere Mestizo-MusikerInnen aus Barcelona unterstützen das Projekt mit ihrer Kompilation „La Colifata“. Stimmen und Versatzstücke aus Sendungsmitschnitten werden dort unter dem Thema „Siempre fui loco“ (Ich war immer verrückt) mit Ska, Reggae und Latino-Rhythmen gesampelt.

Seit 1991 präsentierten sich die *colifatos* 45 Mal in verschiedenen Städten mit einem Live-Akt im öffentlichen Raum. Meist fanden diese Veranstaltungen dort statt, wo lokale Sender die Mikroprogramme übertragen. Insgesamt werden ihre Programme wöchentlich von mehr als 30 Sendern in Argentinien und anderen lateinamerikanischen Staaten ausgestrahlt. Bis jetzt sind 36 Projekte bekannt, die das Modell in Argentinien, Uruguay, Mexiko, Chile und einigen europäischen Ländern kopiert haben. Im Lauf der Jahre wurden die *colifatos* mit etlichen Preisen ausgezeichnet.

Auch mit dem „Colifata Mobil“ mischen sich die RadiomacherInnen unter ihre HörerInnen. In dieser von KünstlerInnen bemalten 2-CV-Ente machen sie sich auf den Weg, um GesprächspartnerInnen zu interviewen. Die Interviews werden live per Handy von Radio Mitre, einem der größten Sender Argentiniens, ausgestrahlt. Seit 2004 sind die *colifatos* sogar gelegentlich im Fernsehen zu sehen. Eine Spezialesendung hatte bei ihrer Erstaussstrahlung im Januar 2004 circa zwei Millionen ZuschauerInnen. Im Anschluss daran kamen 2.000 Rückmeldungen per

Email. Für das Jahr 2005 wurde nun ein Abkommen über die Ausstrahlung von 30 TV-Mikroprogrammen mit dem städtischen Fernsehkanal von Buenos Aires abgeschlossen.

Kommunikation als Werkzeug

Der Erfolg macht auch nachdenklich. Nach einer Info-Tour der *colifatos* im Mai 2003 in Mexiko-Stadt erinnert sich der ehemalige La Borda-Patient und TV- sowie Radiomoderator Diego Piccicaco: „Der Verrückte oder Psychiatriepatient hat gelernt zu verstehen,

dass das Mikrofon und die Kommunikation Werkzeuge sind, um andere zu erreichen. (...) Als wir an der Autonomen Universität von Mexiko (UNAM) waren, habe ich festgestellt, dass alle über Radio Colifata sprachen, aber die Verrücktheit mit Macht verwechselten. Dass der Verrückte das Radio als Kommunikationswerkzeug nutzt, bedeutet weder, dass er Macht hat, noch, dass er eine Ideologie schafft.“

Kristin Gebhardt

Weitere Infos: www.lacolifata.org. Hier können die Mikroprogramme angehört und heruntergeladen werden.

Ein Gespräch zwischen zwischen Ever Isaac, dem Korrespondenten im Himmel, mit einem Moderator von La Colifata.

Reden wir ein bisschen über den Himmel.

Gibt es im Himmel Schmerz?

Im Himmel gibt es keinen Schmerz.

Gibt es im Himmel Liebe?

Nein, es gibt keine Liebe, es gibt dort nur kleine Wesen. Ich weiß nicht, was sie sagen, weil ich nichts verstehe, wenn sie in den Himmel aufkommen. Sie sind schwarz und weiß. Einen Farbfernseher nehme ich noch nicht mit in den Himmel, wenn ich mich besuche. Ich bin nämlich alleine.

Es gibt also keine Liebe im Himmel?

Nein, da ist nichts. Nur die grünen Autos. Ich bin allein.

Was ist da noch, außer dir?

Die grünen Wiesen.

Der Mond?

Der Mond existiert nicht. Nur auf der Erde gibt es den Mond, die Sonne sieht man auch nur auf der Erde.

Und was gibt es dort noch, oben im Himmel?

Mir fehlen Züge, Helikopter, Flugzeuge, Sportflugzeuge und mir fehlen auch Boote.

Und für was möchtest du Boote da oben im Himmel?

Damit sie der Erde Sonne geben.

Und für was willst du die Flugzeuge?

Die sollen der Erde auch Sonne geben.

Gibt es Autos?

Ja, Autos habe ich. Viele. Alle sind grün, es sind Boxautos. Die stoßen alle mit Ever Isaac zusammen. Um La Borda zu sehen.

Was ist La Borda?

La Borda ist ein Krankenhaus für Verrückte.

Bist du verrückt?

Ich nicht.

Ever lacht.



-75-

Wind und Worte in Chiapas

Das Independent Media Centre Chiapas

Als die Zapatistas 2001 ihren Marsch nach Mexiko-Stadt ankündigten, gründete sich aus diesem Anlass in San Cristóbal de las Casas ein Independent Media Centre (<http://chiapas.indymedia.org/>). Dort werden seitdem aktuelle Geschehnisse und Informationen zur lokalen Menschenrechtslage via Internet international publik gemacht. AktivistInnen arbeiten auch daran, die lokale Bevölkerung mit alternativen Informationen zu versorgen und bieten Computer- und Internet-Kurse an.

Fotos: Harry Thomaß, San Cristóbal de las Casas



Ein unscheinbares Haus in der Straße Ejercito Nacional Nummer 17 in San Cristóbal de las Casas, Chiapas: Man muss die Adresse kennen, denn von außen weist nichts auf das Independent Media Centre (IMC) hin. Das Zentrum ist in einer Jugendherberge für politische AktivistInnen untergekommen. Simon aus Kalifornien ist einer derjenigen, die sich im IMC engagieren. Eigentlich ist er nach Chiapas gekommen, um in der zapatistischen Gemeinde Morrelia in einer Fahrradwerkstatt mitzuarbeiten. Doch jetzt ist er, wie viele politikinteressierte Reisende im Süden Mexikos, erstmal in San Cristóbal hängen geblieben. Die

Ausstattung des IMC ist karg. Acht Computer stehen hier und viele Videos und CDs. An der Wand hängt eine große Tafel mit den Öffnungszeiten. Über die Woche verteilt halten sechs bis zehn Personen das Büro geöffnet.

Indymedia global

Das IMC Chiapas versteht sich als Teil des Netzwerkes Indymedia, das 1999 in Seattle anlässlich der Proteste gegen die WTO entstand. Damals versuchten diverse große Fernsehsender der Weltöffentlichkeit ein ruhiges, friedliches Bild zu vermitteln von der Stadt, in der die Polizei stark repressiv gegen globalisierungskri-

tische DemonstrantInnen vorgeht. Indymedia gelang es via Internet Bilder von der Repression zu publizieren, die die Mainstreammedien einer krassen Lüge überführten. Das war der Start für eine weltweite Vernetzung von IMCs, zu dem sich 2001 IMC Chiapas gesellte.

Solidarität Zapatista

Anlass war die Ankündigung der Zapatistas nach Mexiko-Stadt zu marschieren. Im siebten Jahr des Kampfes gegen die mexikanische Armee, die Paramilitärs und gegen das Vergessen riefen die Zapatistas damals die mexikanische Zivilgesellschaft auf, sich zu organisieren und zu informieren. In dem Kommuniqué vom 1.1.2001 bezeichneten sich die Zapatistas selbst als Kommunikation. „Wir sind das Wort, nicht der Mund, der es ausspricht,“ verkündeten sie. Ein Wort, das ausgesprochen werden muss. Ein Wort, das in Bewegung bleibt: „Wir sind Schritte, nicht die Füße, die sie antreiben. Wir sind Pfad. Weder der Punkt der Ankunft noch des Aufbruchs.“

Die Indymedia-Homepage berichtete umfassend über den lan-

gen Marsch der Zapatistas. Drei Monate vor dem Marsch wurden Workshops organisiert, in denen Freiwillige lernten, selbst erstellte Informationen in Form von Radio, Film und Text im Internet zu veröffentlichen. Circa 150 MitarbeiterInnen von Indymedia begleiteten schließlich den Marsch „der indigenen Würde und der Farben der Erde“ nach Mexikostadt.

Freie Information

Ana und Paco von Indymedia Chiapas erzählen, wie die Webseite funktioniert. „Wir versuchen hier in nicht hierarchischen Strukturen zu arbeiten. Das ist nicht immer einfach, denn wer mehr Verantwortung übernimmt, hat meistens auch mehr Macht“, bemerkt Paco selbstkritisch. „Freie Meinungsäußerung ist ein Grundsatz von Indymedia. Jeder kann auf der Homepage veröffentlichen. Allerdings haben wir uns das Recht vorbehalten, Beiträge von der Homepage zu entfernen, wenn sie etwa rassistisch oder sexistisch sind“, erklärt Ana. Die Bevölkerung habe ein Recht auf gute Information, aber in vielen Dörfern im Umkreis von San Cristóbal gäbe es keine Internetzugänge, berichtet die junge Frau. Daher haben die AktivistInnen Workshops organisiert, in dem Wandzeitungen erstellt und dann in den Dörfern an die Bäume gepinnt werden. Außerdem produziert IMC Chiapas ein Radioprogramm, das man in weiten Teilen von Chiapas empfangen kann.

Cancún und zurück

Als im Herbst 2003 die WTO in Cancún tagte, organisierte Indy-

media ein eigenes Medienzentrum und akkreditierte zahlreiche internationale JournalistInnen. „Das schönste an der WTO-Konferenz war die Woche davor“, erzählen Ana und Paco. „Es war eine tolle Erfahrung, uns mit anderen Leuten von Indymedia aus der ganzen Welt auszutauschen und inhaltlich zu arbeiten.“

Neue Alphabetisierung

Für JournalistInnen in Chiapas sind insbesondere die Zapatistas von Interesse. Wenn diese eine lokale Aktion ankündigen oder ein Jubiläum ansteht, füllt sich das kleine IMC Büro mit internationalen JournalistInnen, die die Infrastruktur nutzen. So war es zum Beispiel 2003 bei der Gründung der zapatistischen Parlamente, den so genannten Caracoles.

Der Bundesstaat Chiapas ist stark durch Migration geprägt. Er grenzt an Guatemala und bildet somit die Südgrenze der Nordamerikanischen Freihandelszone. Viele Menschen kommen auf dem Weg in den Norden hier durch. Thema bei Indymedia Chiapas ist daher auch die Repression gegen MigrantInnen aus Zentralamerika.

Ihre wichtigste Aufgabe sehen Ana und Paco allerdings in der Zusammenarbeit mit den BewohnerInnen von Chiapas. Sie streben eine neue Art der Alphabetisierung an: den Umgang mit dem Inter-

net. Insbesondere durch den Tourismus nimmt für viele EinwohnerInnen von Chiapas das Internet an Bedeutung zu. KunsthandwerkerInnen etwa bekommen von TouristInnen und HändlerInnen das Angebot, per E-Mail in Kontakt zu bleiben und Exportgeschäfte aufzubauen. Dafür müssen aber erst einmal Internet-Fertigkeiten erlernt werden. Keine Selbstverständlichkeit an einem Ort, wo nur ein verschwindend geringer Teil der Bevölkerung über Zugang zum Internet verfügt.

So arbeitet das IMC Chiapas mit zivilen und staatlichen Organisationen zusammen, um Ausbildungskurse durchzuführen. Eines der Probleme des IMC wird jedoch bei dieser Arbeit deutlich: „Es wäre schön, wenn das Angebot und die Infrastruktur von Indymedia mehr von der einheimischen Bevölkerung angenommen würden“, kommentiert Paco. „Zur Zeit arbeiten hier immer noch hauptsächlich Ausländer.“

Harry Thomaß

TIERRA Y LIBERTAD



Pädagogisch – Politisch – Populär

Alternativradios in Lateinamerika

Die Alternativradios in Lateinamerika haben insbesondere zur sprachlichen und kulturellen Identität und zur Stärkung des Selbstbewußtseins der marginalisierten Bevölkerung beitragen. Sicherlich ist es kein Zufall, daß die in Afrika gerade entstehenden „community radios“ auch auf die lateinamerikanischen Erfahrungen zurückgreifen. Die Stärke dieser Radios liegt in ihrer lokalen und regionalen Verankerung, während ihr politischer Einfluß auf nationaler Ebene bisher begrenzt ist. In Bolivien, Peru, Venezuela und der Dominikanischen Republik gewinnen sie aber auch zunehmend an nationaler Bedeutung.

Die Anfänge: Radioschulen

Sutatenza, ein Provinzort in den kolumbianischen Anden mit 5.300 Einwohnern: 85 Prozent der Bevölkerung sind Analphabeten, die umliegenden Weiler sind nur in stundenlangen Fußmärschen durch tiefe Schluchten oder per Pferd erreichbar. Mit einem Radiosender, denkt sich der junge Ortspfarrer José-Joaquín Salcedo, kann ich die Bauern meiner Gemeinde viel leichter erreichen, und ich kann nicht nur das Evangelium verkünden, sondern ihnen auch Lesen und Schreiben beibringen. Radio Sutatenza, die erste Radioschule Lateinamerikas, nimmt am 16. November 1947 mit einem einfachen 90-Watt-Transmitter der Marke Hammarlund den Sendebetrieb auf. Das Echo ist überwältigend. Tausende Campesinos schreiben sich für die Grundschulkurse ein. Zwanzig Jahre später ist aus Radio Sutatenza die „Acción Cultural Popular“ (ACPO) geworden, mit einer Sendestärke von insgesamt 700 Kilowatt in vier Regionen einer der größten Radiosender Kolumbiens.

Padre Salcedo fand rasch Nachahmer in Guatemala, Bolivien, Peru und Ecuador. Die Radioschulen waren eine konkrete Antwort auf die hohe Analphabetenquote in den ländlichen Regionen. Zugleich entsprach die zugrundeliegende Philosophie dem zeitgenössischen Ent-

wicklungsparadigma: Unterentwicklung erschien als eine vorübergehende Phase auf dem Weg zur Entwicklung, die durch technologisches Know-how, Erziehung und eine verbesserte Gesundheitsversorgung überwunden werden konnte. Je mehr Radioschulen den Bauern Lesen und Schreiben beibringen würden, desto schneller würde der „Teufelskreis der Armut“ unterbrochen werden. Und schließlich verschrieben sich einige Radioschulen nach Castros Sieg in Kuba (1959) der Eindämmung des Kommunismus.

Die Euphorie der Anfangsjahre ließ nach, als sich immer deutlicher herausstellte, daß die Alphabetisierung der bäuerlichen Bevölkerung keine wesentliche Änderung der Lebensverhältnisse nach sich zog. Bereits 1961 kamen zwei kolumbianische Soziologen in ihrer Evaluierung von Radio Sutatenza zu dem Schluß, daß zwar Schulkenntnisse vermittelt wurden, aber von den Radioprogrammen keine Impulse zur Veränderung der Agrarstruktur ausgingen. Eine Umorientierung bahnte sich an, die in den siebziger Jahren in der Formulierung der Dependenztheorien mündete. Die Entwicklung des Nordens und die Unterentwicklung des Südens erschienen jetzt als zwei Seiten derselben Medaille. Es wurde deutlich, daß Entwicklung grundlegende Veränderungen der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse voraussetzt. Paulo Freires „Pädagogik der Unterdrückten“ und Gustavo Gutiérrez' „Theologie der Befreiung“ (1971) inspirierten auch die Erziehungsradios.

1972 gründeten 18 Institutionen aus 12 Ländern den Dachverband der Erziehungsradios, Asociación Latinoamericana de Educación Radiofónica (ALER). Immer mehr Sender gaben die Schulfunkprogramme auf und stellten stattdessen Bauernvertretungen und Basisgemeinden einen Sendeplatz zur Verfügung. Herausragendes Beispiel ist das Minenradio „Pio XII“ (Siglo XX, Bolivien) der Oblatenmissionare. Vom eher traditionell geprägten Missionssender

hatte es sich zum Sprachrohr der Bergarbeiter entwickelt. Daß „Pio XII“ tatsächlich „ihr“ Radio ist, demonstrieren die Mineros eindrücklich, als im Juli 1978 Soldaten des Diktators Pereda unerwartet das Radio besetzten. Geistesgegenwärtig ließ der Rundfunksprecher die Mikrofone laufen. Binnen Minuten strömte eine Menschenmenge vor dem Radiosender zusammen und forderte unmißverständlich den Rückzug der Militärs. Unverrichteter Dinge zogen sich die Militärs wieder zurück.

Stärkung der Zivilgesellschaft

Bald wurden die Grenzen des Mediums Radio als „Sprachrohr der marginalisierten Bevölkerung“ deutlich. Die Alternativradios erreichten häufig nur kleine Zirkel von Überzeugten, sie boten zu wenig Musik und Unterhaltung, waren zu ernst, ideologisch zu engstirnig, in ihrer Kommunikation zu vertikal. Weder die hochgesteckten Ziele der „Modernisierungsphase“ (Erziehungsradios) noch der „politischen Phase“ („radios populares“) wurden erreicht.

Nach dem – wirtschaftlich und politisch – verlorenen Jahrzehnt der 80er Jahre waren die meisten Länder Lateinamerikas wieder zur Demokratie zurückgekehrt. Eine inhaltliche Neuorientierung der „radios populares“ zeichnete sich ab. Sie ging nicht nur einher mit dem Zusammenbruch des Kommunismus und der Reduktion der europäischen Hilfgelder, sondern auch mit einer Vielfalt neu entstehender Radioinitiativen sowie der Erkenntnis, daß die formelle Demokratie noch nicht hinreichend gesellschaftlich verankert ist. Die Stärkung der Zivilgesellschaft („ciudadanía“) steht seitdem im Vordergrund der Diskussion um den Stellenwert der „radios populares“. Dabei geht es um die Konsolidierung demokratischer Strukturen, Vernetzung mit anderen Initiativen, Erfahrungsaustausch und Zusammenarbeit mit anderen Gruppen, ohne daß deren jeweilige Eigenständigkeit und Eigenart wie zu Zeiten der ideologischen Auseinandersetzungen der 70er und 80er Jahre

in Frage gestellt würde. Die „Alternativradios“ wollen jetzt ein breites Publikum erreichen, ohne ihren gesellschaftspolitischen Anspruch aufzugeben.

Vernetzung und Professionalisierung

Es dauerte freilich bis in die 90er Jahre, ehe sich beispielsweise Hörerumfragen zu Vorlieben und Nutzungsgewohnheiten als selbstverständlicher Bestandteil der alternativen Radioarbeit durchgesetzt hatten. Und da eine Teilfinanzierung mittels Werbeeinnahmen nur durch hohe Einschaltquoten erreicht werden kann, stellen sich die „radios populares“ mittlerweile dem Wettbewerb mit den kommerziellen Sendern.

Ein wichtiger Schwachpunkt der Alternativradios war insbesondere die mangelnde Aktualität nationaler und internationaler Nachrichten. Um dem entgegenzuwirken, sind in den letzten Jahren einige vielversprechende Initiativen entstanden:

Seit sieben Jahren betreibt ERBOL, der Dachverband von 29 bolivianischen Alternativsendern, eine eigene Nachrichtenagentur, die von allen großen Medien des Landes genutzt wird. ERBOL produziert außerdem täglich eine einstündige Nachrichtensendung, die via Satellit von mittlerweile 55 Radiostationen ausgestrahlt wird.

Seit einem Jahr bietet auch der peruanische Dachverband CNR seinen Mitgliedsradios über Satellit eine Nachrichtensendung an. Die Besonderheit: Das Netzwerk der über das ganze Land verteilten Alternativsender gibt den Nachrichten aus dem Landesinneren als Gegenpol zur Hauptstadtfixierung der kommerziellen Radioketten besonderes Gewicht, und die politischen Meldungen werden auf ihre konkrete Bedeutung für die Bevölkerung hinterfragt.

AMARC Lateinamerika begann vor zwei Jahren mit der Produktion des Nachrichtenprogramms „Pulsar“ über das Internet. Es handelt sich um aktuelle Nachrichten aus ganz Lateinamerika. Über 1.000 Stationen nutzen mittlerweile diesen kostenlosen Service.

Im vergangenen Jahr begann ALER mit der Produktion eines internationalen Satellitenprogramms (ALRED). Erstmals gibt es ein alle Andenländer umfassendes Nachrichtenprogramm in

der wichtigsten indigenen Sprache der Region, dem Quechua. Quechua wird von über sechs Millionen Menschen in Ekuador, Peru und Bolivien gesprochen.

Herausragendes Beispiel der Kooperation von lateinamerikanischen Medieninitiativen ist die „Grupo de los Ocho“ („Gruppe der Acht“), zu der sich 1994 zunächst acht Verbände – unter anderem ALER, der Dachverband der Kommunalradios AMARC, die lateinamerikanische Föderation von Medienfakultäten FELAFACS, der internationale Journalistenverband IFJ und der Dachverband der katholischen Medienorganisationen SCC – zusammengeschlossen hatten. Im November 1995 veranstalteten diese Organisationen gemeinsam in Quito (Ecuador) das erste lateinamerikanische „Festival der Radiobegeisterten und Tele-Visionäre“, ein Forum für über 500 Teilnehmer aus allen Ländern Lateinamerikas, das die Vielfalt von Radio-, Video- und Fernsehinitiativen eindrucksvoll dokumentierte. Das zweite Festival der Gruppe wird im Oktober 1998 in Bogotá (Kolumbien) stattfinden, wobei es unter anderem um das „Menschenrecht auf freie Kommunikation“ gehen wird.

„radio comunitaria“-Gesetzgebung – ein Bumerang?

Seit Beginn der 90er Jahre verzeichnet Lateinamerika einen Boom von radios comunitarias. In Brasilien, so heißt es, soll es über 8.000, in Kolumbien mehr als 4.000 Sender geben. In Kolumbien handelt es sich häufig um Initiativen von Jugendlichen, die sich am Wochenende treffen, um in ihrer Schule, einem Stadtteilzentrum oder privat „Radio zu machen“. Der Gründergeneration lateinamerikanischer Radioschulen mit relativ großer Reichweite (Sendestärke 1-5 kW, meist auf Mittelwelle), die in erster Linie Erwachsene ansprachen, im ländlichen Raum beheimatet waren und in der Regel aus dem kirchlichen Kontext hervorgingen, folgt also eine neue Generation von „radios comunitarias“, die im urbanen Kontext entstanden sind, sich vornehmlich an Jugendliche richten, eine geringe Reichweite haben und weltanschaulich ein heterogenes Spektrum repräsentieren.

Dem Boom der zunächst häufig ohne Lizenz tätigen „radios comunitarias“

folgte in vielen Ländern Lateinamerikas die juristische Anpassung an die neuen Verhältnisse. Nationale Interessenverbände in Argentinien, Brasilien, Chile, El Salvador, Kolumbien etc. bemühten sich um eine gesetzliche Anerkennung der häufig als „Piratsender“ abqualifizierten Sender. Unterstützt wurden sie dabei insbesondere von der lateinamerikanischen Sektion des Weltverbandes der „community radios“, AMARC. Das chilenische Parlament verabschiedete 1993 ein Gesetz über „radios comunitarias“, das deren Reichweite auf lediglich 1 Watt in Städten und 200 Watt in ländlichen Regionen begrenzt und die Ausstrahlung von Werbung verbietet. Die Radios werteten ihre Legalisierung zunächst als Erfolg, bis sich herausstellte, daß sie ohne Werbeeinnahmen als ökonomische Grundlage und mit minimaler Reichweite kaum überlebensfähig sind.

Vorbildlich ist die kolumbianische Gesetzgebung von 1994: „radios comunitarias“ dürfen eine Sendestärke von 250 Watt haben, und sie können sich durch Werbeeinnahmen finanzieren. Allerdings wird ihnen eine Konkurrenz zu den gut organisierten und finanzkräftigen kommerziellen Radioketten schwer gemacht: Ihnen ist untersagt, sich für die Ausstrahlung gemeinsamer Programme – beispielsweise Nachrichtensendungen – zusammenzuschließen, und für jede Ortschaft wird nur eine Lizenz vergeben.

Brasilien hat im Januar dieses Jahres ein Radio-Gesetz verabschiedet: Die Sendestärke der „radios comunitarias“ ist auf 25 Watt beschränkt, statt Werbung ist nur Sponsoring erlaubt, die Bildung von Netzwerken ist untersagt, es wird landesweit nur eine Frequenz zur Verfügung stehen – summa summarum: ungünstige Startbedingungen. Die „radios comunitarias“ in Paraguay haben aus den geschilderten Erfahrungen der anderen Länder die Konsequenz gezogen, daß sie gar keine eigene Gesetzgebung haben wollen. Eine kommerzielle Lizenz bietet offensichtlich mehr Entfaltungsspielraum – vorausgesetzt, die Antragsteller haben die erforderlichen finanziellen Ressourcen.

Christoph Dietz ist Lateinamerikareferent beim Catholic Media Council (CAMECO) in Aachen.

GUATEMALA

Verfolgung von Basisradios hält an

(Guatemala-Stadt, 13. März 2006, cerigua).- Die guatemalteckischen Basisradios seien mit Haftbefehlen, Durchsuchungen, Schließungen von Radiosendern, Beschlagnahmungen von Ausrüstung und Unterlagen sowie Verhaftungen von Moderatoren konfrontiert, meinte Werner Wellmann, stellvertretender Koordinator der Bewegung für Frieden, Entwaffnung und Freiheit MPDL (Movimiento por la Paz, el Desarme y la Libertad) gegenüber der Agentur Cerigua.

Laut Wellmann wurden in diesem Jahr bereits neun Radiostationen von der Sonderstaatsanwaltschaft für Delikte gegen Journalisten und Gewerkschafter (Fiscalía Especial de Delitos contra Periodistas y Sindicalistas) geschlossen. Damit sei gegen das Recht auf freie Meinungsäußerung verstoßen worden.

In der letzten Woche schloss die nationale Aufsichtsbehörde für Telekommunikation SIT (Superintendencia de Telecomunicaciones de Guatemala) mit Hilfe der Kammer für Radioübertragung und der Staatsanwaltschaft das Radio Voz Latina in Chimaltenango. Auch die Direktorin des Senders wurde festgenommen. In Huehuetenango bei Radio Stereo Nolber Sideral wurde das Sende-Equipment beschlagnahmt und der Direktor und der Techniker des Senders wurden verhaftet.

Nach Angaben von Wellmann waren beide Radiostationen sozial engagiert. Vor allem Radio Stereo Nolber Sideral habe die Beteiligung von Jugendlichen gefördert, indem es jungen Studenten Sendezeit für Nachrichten und kulturellen Austausch zur Verfügung gestellt habe.

Angesichts der Repression hat der Weltverband der Basis- und Communityradios AMARC (Asociación Mundial de Radios Comunitarias) beim Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte (Corte Interamericana de Derechos Humanos) Schutzmaßnahmen für die Basisradios beantragt. Damit soll das Recht auf freie Meinungsäußerung geschützt und umgesetzt werden.

URUGUAY

Neue Gesetzesinitiative zu Basisradios

Von Carolina Porley

(Montevideo, 16. Juni 2005, comcosur).- Bereits seit Jahren sucht die alternative Radiobewegung einen Weg aus der Illegalität. Nun soll ein neuer Gesetzesentwurf den rechtlichen Rahmen schaffen, um die

Vergabe der Konzessionen zu demokratisieren und Zugang zur Öffentlichkeit zu schaffen.

In Uruguay wird in diesem Jahr möglicherweise ein neues Gesetz verabschiedet, das in dieser Form bereits in Europa und den USA existiert und das Gruppen der Zivilgesellschaft das Betreiben audiovisueller Medien ermöglichen soll. Dies würde einen Bruch mit der Regierungspolitik der letzten Jahre bedeuten, die vor allem in der Repression gegen Basisradios, dem Schutz der kommerziellen Medien, der Stärkung eines audiovisuellen Monopols und dem Ignorieren der Empfehlungen der UNESCO und der Organisation Amerikanischer Staaten bestand. Diese beiden Organisationen sprechen den Basismedien im Demokratisierungsprozess der Massenmedien und bei der Ausübung des Rechts auf Meinungsfreiheit eine Schlüsselfunktion zu.

Dieser Missstand könnte sich Ende des Monats ändern, wenn das uruguayische Parlament einen Gesetzesentwurf zur Stellung von Basisradios annehmen sollte. Dieser Entwurf wird von der uruguayischen Vertretung des Weltverbands der Basisradios AMARC (Asociación Mundial de Radios Comunitarias) zusammen mit dem Institut für Rechtliche und Soziale Studien (Ielsur), dem Dienst für Frieden und Gerechtigkeit (Serpaj) und der staatliche Universität eingereicht werden.

Die Initiative zielt auf weit mehr als nur die Legalisierung der rund 50 Basisradios, die es derzeit im Land gibt. Vielmehr soll allen Bürgern und Bürgerinnen sowie Institutionen das Recht auf den Betrieb eines Radio- oder Fernsehsenders zuerkannt werden. „Dieses Projekt soll eine Lösung für die aktuelle Situation bieten. Darüber hinaus soll es jedoch auch der Zivilgesellschaft einen rechtlichen Rahmen bieten, damit diese nicht länger vom Zugang zu den Medien ausgeschlossen bleibt.“, so Gustavo Gómez, Leiter des Programms für Gesetze und das Recht auf Kommunikation von AMARC in Lateinamerika und der Karibik.

Der Gesetzesentwurf legt Kriterien dafür fest, wann eine Initiative sich "kommunitär" nennen darf: sie muss von einer gemeinnützigen Organisation (einer Kooperative, Nachbarschaftsversammlung, NGO oder Gewerkschaft) eingereicht werden, sie muss sich der "Pluralität verschrieben" haben (sie darf sich also nicht einseitig politisch oder religiös betätigen) und die Gemeinschaft, an die sie sich richten soll, muss sie unterstützen und sich an ihr beteiligen. „Diese Einschränkungen sind notwendig, um einem Missbrauch des Gesetzes vorzubeugen. Es gibt eine ganze Menge nicht autorisierter Radios, die sich als 'Basisradios' bezeichnen, und tatsächlich jedoch getarnte Verkäufer oder evangelikale Sekten sind.“, erklärte Gómez. Zur Zeit gibt es etwa 80 Radios ohne Lizenz, von denen etwas mehr als die Hälfte Basisradios sind.

Um eine übermäßige Beanspruchung der Sendefrequenzen zu verhindern, sind in dem Gesetzesvorhaben bestimmte Anforderungen festgelegt: die Vorlage eines Programmschemas und Nachweise über

die Finanzierung. Damit die Finanzierung der Basisradios gesichert ist, sollen sie auch Werbung senden dürfen. Der AMARC-Gesetzesentwurf sieht auch die Einrichtung eines Kontrollrates der Basisradios vor, der die Erfüllung der Anforderungen überprüfen und das Genehmigungsverfahren betreuen soll. Das Gremium soll aus Vertretern der Zivilgesellschaft zusammengesetzt sein.

Der Gesetzesentwurf ist keine grundlegende Reform der Mediengesetzgebung in Uruguay, da nur der Bereich der Basisradios betroffen ist und Regelungen zu kommerziellen Sendern nicht geändert werden. Der Entwurf beinhaltet jedoch auch die Idee, in der Gesetzgebung bereits existierende Prinzipien auch hier geltend zu machen. Zum Beispiel die Regelung, nach der eine Frequenz nicht ohne ausdrückliche Genehmigung der Regierung verkauft, übertragen oder verliehen werden darf.

„Obwohl der Verkauf der Frequenzen verboten ist, haben die vorherigen Regierungen immer Ausnahmen gemacht. So endete eine für einen Nachrichtensender ausgeschriebene Lizenz in den Händen einer Kirche oder es wurde auf der Frequenz den ganzen Tag nur Musik gespielt. Wir werden im Fall der Basisradios verlangen, dass diese in keinem Fall verkauft werden dürfen. Wenn sie jedoch den Anforderungen nicht mehr genügen, soll der Staat ihre Sendelizenz neu ausschreiben dürfen.“, so Gómez.

Außerdem wird angestrebt, dass solche Lizenzen grundsätzlich öffentlich ausgeschrieben werden sollen und der Kontrollrat die Initiativen beobachten soll, um die Einhaltung der Anforderungen an die Basisradios sicherzustellen.

Vorstellung der Medienprojekte

1. La Comunitaria TV

Dieses, vom Zeitungskollektiv *Abriendo Caminos* ("Wege öffnen") getragene Projekt dient dem Aufbau eines lokalen Gemeinwesen-TV-Kanals in Claypole in der Provinz Buenos Aires in Argentinien. Damit wird den dort lebenden sozial schwachen Bevölkerungsgruppen ein selbstverwaltetes, nicht kommerziell orientiertes Medium zur Verbesserung der Kommunikationsmöglichkeiten in die Hand gegeben.

Das Zeitungskollektiv „Abriendo Caminos“ kooperiert bei diesem Projekt mit der Kulturinitiative Claypole (El Galpón Cultural), der Arbeitslosenvereinigung Claypole (MTD Claypole), der Arbeitslosenvereinigung Alte. Brown/Buenos Aires (MTD Alte. Brown), der Stadtteilversammlung Claypole (Asamblea Popular de Claypole) und einer Initiative, die in der Region vor dem Hintergrund des argentinischen "Crash", der Protestaktionen und der Repression im Dezember 2001, entstanden ist (Autoconvocados de Don Orión "20 de Diciembre").

Für die sozial schwachen Bevölkerungsgruppen ist es kaum möglich, in den großen audiovisuellen Medien als ProduzentInnen von Inhalten oder als Protagonist aufzutreten oder Zugang zu finden. Sie sind der manipulativen Berieselung durch die kommerziell orientierten und oftmals politische Partikularinteressen bedienenden Fernsehkanäle in Argentinien ausgesetzt.

Vor diesem Hintergrund zielt das Projekt darauf ab, die Kommunikationsmöglichkeiten des Gemeinwesens nach außen wie auch der Anwohner untereinander zu verbessern. Mit der Förderung der unmittelbaren Kommunikation und des Austausches über dieses nicht kommerziell orientierte Medium, werden die soziale Organisation wie auch die Solidarstrukturen des Gemeinwesens und der Zusammenhalt der lokalen Bevölkerung gestärkt. Die Förderung der Partizipation der lokalen Bevölkerung in und über dieses eigene Kommunikationsmittel ist auch ein Beitrag zur Demokratisierung dieser Technologie. Die organisierten Nachbarn in Claypole wollen das Fernsehen als ein Werkzeug nutzen, dass allen zur Verfügung steht: Ein lokaler TV-Kanal wie der hier projektierte, kann als authentisches Werkzeug dienen, um die alltägliche Kommunikation in dem Gemeinwesen zu stärken und die aktuellen lokalen Geschehnisse besser zu reflektieren. Der Zugang zu dem gemeinsamen TV-Kanal soll allen offen stehen, die ihre Sorgen und Probleme, ihre Erfahrungen und Kenntnisse, ihre Träume und Projekte in der Öffentlichkeit des Gemeinwesens vermitteln wollen. So können die Anwohner sich besser kennen lernen, auf dieser Grundlage auch bessere und nachhaltigere Beziehungen untereinander knüpfen und eine genauere und angemessene Sichtweise auf den Stadtteil entwickeln, in dem sie leben. Da all diesen Fragen und Problemlagen bislang nicht die hinreichende Aufmerksamkeit zuteil wurde, wurde dieses Projekt gemeinsam konzipiert und angestoßen, das sich über die tägliche Praxis und das Interesse, Engagement und die Ideen der Anwohner von Claypole beständig fortentwickeln wird.

Mit den Spenden aus dem Solibasar soll die grundlegende technische Infrastruktur zur Einrichtung eines lokalen Gemeinwesen-TV-Kanals (im Niedrig-Frequenz-Bereich) in Claypole finanziert werden.

2. Nachbarschafts-Bibliothek Pueblo Isidoro Noblía

Die Idee zu diesem Vorhaben ist in einer der sozioökonomisch prekärsten und von großen Defiziten im Bildungsbereich gekennzeichneten Regionen des Departaments Cerro Largo, Uruguay, entstanden. Als Grenzregion zwischen Uruguay und Brasilien ist die Region durch das Zusammenkommen verschiedener Nationalitäten und Kulturen sowie eine entsprechende Vielfalt an sozialen, ökonomischen und individuellen Lebenslagen und Interessen geprägt.

Träger dieses Projektes ist die Solidarische Nachbarschaftsvereinigung der Stadt Melo (Movimiento Vecinal Solidario -M.V.S.) im Departement Cerro Largo/Uruguay. Das Vorhaben besteht in dem Aufbau einer öffentlichen Bibliothek, die als "Querschnittsaufgabe" der Bevölkerung in dieser Grenzregion als Anlaufstelle, Kommunikations- und Dokumentationszentrum dient, Zugang zu Basis-Informationen und zur modernen Informationsgesellschaft ermöglicht und Weiterbildungsmöglichkeiten eröffnet. Insbesondere

sollen dergestalt die dringlich notwendigen staatlich wie privat getragenen Alphabetisierungsbemühungen in der Region unterstützt werden. Die Solidarische Nachbarschaftsvereinigung der Stadt Melo arbeitet seit vier Jahren in Pueblo Isidoro Noblia, einem Stadtteil von Melo. Der Schwerpunkt der Arbeit lag und liegt in in verschiedenen Maßnahmen im Sozialbereich, die darauf abzielen einerseits den Analphabetismus unter den Erwachsenen zu verringern und andererseits für die Verständigung und Integration unter den einheimischen und migrantischen Bevölkerungsteilen zu arbeiten. Der niedrige Bildungsstand der hier lebenden Bevölkerung spiegelt sich in den sehr unterentwickelten Angeboten und Betätigungsmöglichkeiten im kulturellen Bereich, was insgesamt wiederum Ausdruck der schweren sozialen Krise ist, die Uruguay in den letzten Jahren durchläuft.

Andererseits und entgegen dieser negativen Diagnose haben viele Menschen begonnen, sich in vielfältige Initiativen auf lokaler Ebene zu integrieren, bei denen das Gemeinwesen als Akteur des sozialen Wandels auftritt. Ausgehend von der Überzeugung, dass der freie Zugang zu Medien und Informationen eine wesentliche Voraussetzung dafür ist, um den persönlichen und kollektiven Horizont erweitern und die Potenziale erkennen zu können, sich selbst als sozialer Akteur verstehen zu lernen und für positive Veränderungen einzutreten, soll die Bibliothek als Kristallisationspunkt und Katalysator neuer selbstbestimmter Initiativen und sozialer Erfahrungen dienen.

Mit den Spenden aus dem Solibasar soll die grundlegende technische Infrastruktur zur Ausstattung mit audiovisuellen Medien und der Zugang zum Internet für die öffentliche Nachbarschafts-Bibliothek im Stadtteil Pueblo Isidoro Noblia (Melo) ermöglicht werden.

3. Aufbau des Zeitungsprojekts "Der Maurer" (Chile)

Dieses Projekt beschäftigt sich mit dem Aufbau eines alternativen Kommunikationsmediums, einer Zeitung, für die Gemeinde Maipú in Santiago/Chile.

Diese soll einmal monatlich erscheinen und von einer Gruppe entwickelt werden, die von den verschiedenen Sektoren der Gemeinde bestimmt wird. So soll ein Netz von Berichterstattem aus den einzelnen (Armen-)Vierteln der Gemeinde aufgebaut werden, die direkt vom Ort des Geschehens berichten. Das Projekt soll zum Aufbau einer Identität innerhalb der Gemeinde beitragen und die Bevölkerung zur Partizipation bei der Nachrichtenproduktion und in den öffentlichen Organisationen aus der Gemeinde anregen. Dadurch können Aktivitäten, die zum Ziel haben das Gemeinwesen und Zusammenleben zu verbessern, publik gemacht werden. Weiter Projektziele sind, durch eine dynamische, jedoch einfach verständliche Sprache zu informieren, den Zusammenhalt und die Partizipation der Bevölkerung zu stärken sowie Bedürfnisse und Wünsche der Gemeindebewohner anzusprechen.

Die Schaffung eines pluralistischen und objektiven Mediums, ohne Abhängigkeit von politischen Parteien oder religiösen Institutionen steht dabei im Mittelpunkt.

4. Qualifizierung zum Aufbau eines "Freien TV-Kanals" in La Matanza (Argentinien)

Dieses Projekt wurde entwickelt, weil es für die in Municipio La Matanza/ Buenos Aires (Bezirk La Matanza / Großraum Buenos Aires) lebende, überwiegend sozial marginalisierte Bevölkerung keine eigenen Kommunikationsmittel gibt, in denen die Bewohner der Stadtteile sich untereinander über die aktuellen lokalen Geschehnisse, ihre Erfahrungen, Anliegen und Wünsche austauschen und diese öffentlich machen können.

Die Idee ist es, ein nicht kommerziell orientiertes und keine (politischen) Partikularinteressen bedienendes Fernsehprogramm zu entwickeln, das von den Anwohnern selbst gestaltet wird. Entgegen dem, was alltäglich über die kommerziellen Medien verbreitet wird, soll bei diesem Projekt die Partizipation der sozial marginalisierten Bevölkerung im Mittelpunkt stehen, sowie Demokratie, Solidarität und das Selbstbewusstsein gestärkt werden.

Momentan befinden sich das Projekt in der Phase der Qualifizierung, insbesondere für Jugendliche, denen die Idee und der Umgang mit der Technologie nahegebracht wird, damit sie zukünftig selbst die Ausgestaltung des Medium weiterentwickeln können.

Das übergeordnete Projektziel besteht darin, die Bevölkerung zu befähigen, sich ihre eigenen Worte und Bilder wieder anzueignen und sich als Protagonisten der eigenen und der Stadtteilgeschichte zu erkennen. Der Aufbau eines lokalen, selbst gestalteten Fernsehkanals, soll ein Gegengewicht zu der andauernden manipulativen "Berieselung" durch die kommerziellen Massenmedien schaffen. Insbesondere das in Argentinien von kommerziellen Interessen und ihren politischen Pedanten dominierte Medium Fernsehen/TV bedarf eines Korrektivs, in dem die bestehenden ungerechten Verhältnisse nicht legitimiert werden und das gegen die beständige Manipulation und Vereinzelung der "Endkonsumenten" arbeitet, indem es die Bevölkerung selbst zum Produzenten und Protagonisten dieses Mediums macht.

5. Projekt: Mapa "Aquí Viven Genocidas" - Stadtplan "Hier leben Mörder / Menschenrechtsverletzer" (Argentinien)

Im März dieses Jahres war der 30. Jahrestag des Militärputsches mit dem die letzte Militärdiktatur in Argentinien (1976-1983) und eine der brutalsten und repressivsten Abschnitte der lateinamerikanischen Geschichte ihren Anfang nahm.

Im Jahre 2001 wurde von der Grupo de Arte Callejero (G.A.C.; Gruppe für Straßenkunst/ Buenos Aires) der erste Stadtplan der Stadt Buenos Aires erarbeitet, auf dem die bis dahin öffentlich bekannten Adressen von Personen verzeichnet waren, die sich während der Diktatur schwerster Menschenrechtsverletzungen schuldig gemacht haben, aber bislang straflos blieben. Außerdem wurden auch die Adressen von damaligen geheimen Haft- und Folterzentren darauf verzeichnet.

Ziel des Projektes ist es, dieses Kartenmaterial zu überarbeiten, mit neuen Informationen und Erkenntnissen aus den letzten Jahren über Menschenrechtsverletzer und geheime Haftzentren zu erweitern und im Sinne einer "Stadtführung" die Spuren der Geschichte zu erfassen und zugänglich zu machen. Auch soll die Verbreitung des Kartenmaterials noch zielgerichteter erfolgen (an Kulturzentren, Stadtteilversammlungen, Schulen etc.).

Ausgehend vom Projekt "Aquí Viven Genocidas" ("Hier leben Mörder/ Menschenrechtsverletzer"), entstand die Idee bei den Vorankündigungen der "escraches"* ein besonderes Plakat zu verwenden und anzubringen, mit dem die Nachbarn auf die Existenz und die Adresse eines Menschenrechtsverletzers in ihrem Stadtteil öffentlich hingewiesen werden. Mit diesem "kartographischen" Werkzeug wird über die öffentliche Denunzierung den Anwohnern eine Störung ihrer Beziehungen in ihrem Alltags-Umfeld signalisiert. Die Zielperson des "escraches" erfährt, dass sie in ihrem Alltags-Umfeld nicht mehr unbemerkt leben kann, dass ihre Straflosigkeit bedroht ist und kündigt das eigentliche "escrache" mit all seiner Bedeutung und seinen Konsequenzen an.

(* "Escrache" bezeichnet eine Aktionsform, bei der als juristisch und politisch von staatlicher Seite nicht zur Verantwortung gezogene, also als straflose Menschenrechtsverletzer bekannte Personen von einer kleinen Demonstration vor ihren Wohnungen in ihrem Stadtteil, in dem sie zumeist unerkannt leben, besucht werden, um sie selbst und die Anwohner darauf zu verweisen, dass dieser Zustand der Straflosigkeit -zumindest sozial - beendet werden kann.)

6. Publikation eines Buches über Aktionen politischer Straßenkunst (Argentinien)

Das Projekt sieht die Planung, Durchführung und Herausgabe eines Buches vor, das die künstlerische Produktion der Grupo de Arte Callejero (G.A.C.), einer Straßenkunstgruppe aus Buenos Aires, innerhalb des Feldes der politischen Straßenkunst im urbanen Raum reflektieren und analysieren soll. Darüber hinaus soll in dem Buch ein Vergleich mit anderen Gruppen der politischen (Straßen-)Kunst in Argentinien und Lateinamerika erscheinen, um eventuelle Gemeinsamkeiten und Unterschiede aufzuzeigen. Das Interesse liegt darin herauszufinden, wie sich die Schnittstellen zwischen Kunst und Politik, zwischen dem hegemonialen und dem heterogenen Diskurs, zwischen Vergessen und Erinnerung kulturell manifestieren. Um dieses Ziel zu erreichen, werden zwei Richtungen verfolgt, die die Künstler und politischen Aktivisten interessieren und ihnen darüber hinaus unabdingbar für

ihre Reflektion erscheinen: Erstens die Beziehung zwischen Repräsentation der Politik und der Politik der Repräsentation und zweitens der Zusammenhang von politischem Aktivismus und Kunst.

Zu den Projektzielen gehört es, einen Raum zu schaffen, der die Reflektion über künstlerische und politische Praktiken in der Gesellschaft ermöglicht und dadurch die Produktion und Sozialisation anderer Gruppen oder Individuen, die in verwandten Bereichen arbeiten, anzuregen.

Idee ist es, Werkzeuge für die Produktion von Wissen und Reflektion zu entwickeln, die dazu dienen, künstlerische und politische Prozesse zu transformieren. Dies soll in Zusammenarbeit mit anderen Gruppen geschehen, die auf die Veränderung der Realität und ihrer Repräsentationen abzielen.

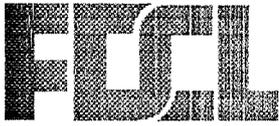
Von einem interdisziplinären Standpunkt aus, sollen verschiedene Konzepte, Theorien und Praktiken in der Analyse der Produktion und Rezeption von Kunstwerken oder -manifestationen verbunden und der Blickwinkel derselben erweitert werden. Motivation der Gruppe G.A.C. ist es, mit dem Buch einen Raum für Debatte, Austausch und Begegnung zu eröffnen. Das Buch soll sozusagen als "Archiv von Erfahrungen und Projekten" von verschiedenen Kollektiven dienen, die aktuell noch aktiv tätig sind.

<http://gacgrupo.ar.tripod.com/>

Linkliste

- Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika:
www.fdcl.org
- Kritische Monatszeitschrift zu politischen Themen Lateinamerikas:
www.lateinamerikanachrichten.de
- http://www.burks.de/lat_media.html
Links zu Medien in Lateinamerika
- Links zu offiziellen Medien aller lateinamerikanischen Länder:
www.lateinamerika-links.de/medien.htm
- POONAL, Nachrichtendienst lateinamerikanischer Agenturen, in deutsch, wöchentlich neu.
www.npla.de/poonal/
- Hier veröffentlichen wir aktuelle Nachrichten über die Community-Radios in Lateinamerika. Die Nachrichten stammen aus dem Nachrichten-Pool von Poonal.
www.freie-radios.de
- Offizielle Web-Site des TV-Senders Telesur
www.telesurtv.net (spanisch)
- Angebot der Konrad-Adenauer-Stiftung, das Journalisten und Kommunikationsexperten über das Mediengeschehen in Lateinamerika informieren möchte. Auf der Website befinden sich neben tagesaktuellen Meldungen über Presse und Rundfunk auch Studien zu medienrechtlichen Themen und Texte zur politischen Kommunikation.
www.medioslatinos.com
- Informationsstelle Lateinamerika e.V. (ILA), die Lateinamerikazeitschrift in Deutschland. Gut recherchierte Hintergrundberichte zu wechselnden Schwerpunkten:
www.ila-web.de
- Magazin für internationale Politik, Kultur und Entwicklung:
www.suedwind-magazin.at
- Website der Friedrich-Ebert-Stiftung, Informationen zur politischen Entwicklung und zu Projekten mit Lateinamerikabezug:
www.friedrich-ebert-stiftung.de
- Argentinisches Online-Nachrichtermagazin mit umfangreicher Berichterstattung:
www.clarin.com
- Zeitschrift zu Lateinamerika, Spanien und Portugal. Diskutiert kulturelle, anthropologische, politische, wirtschaftliche und historische Fragen der Region aus verschiedenen Regionen:
www.matices.de
- Umfangreiche Linksammlung von ca. 700 lateinamerikanischen Zeitungen:
www.zonalatina.com
- Sammlung lateinamerikanischer Radiosender:
www.swl.net/patepluma/latinam.html

- Offizielle Website der Konrad-Adenauer-Stiftung, Hinweise und Artikel zum Thema Medien und Demokratie in Lateinamerika
<http://www.kas.de/>
- Der Nachrichtenpool Lateinamerika bietet Meldungen, Reportagen und Magazine an, die kostenlos auf dieser Homepage gelesen, gehört und heruntergeladen werden können.
www.npla.de
- Übersetzt und produziert Radiobeiträge außerhalb des Radiomainstreams, die von Agenturen oder KorespondentInnen verschiedener Länder Lateinamerikas erstellt wurden. Mit umfangreichem Audiomaterial:
www.npla.de/onda
- Ausführlicher Artikel zu dem alternativen argentinischen Radiosender *La TV Piquetera* <http://www.prensadefrente.org/pdfb2/index.php/new/2006/03/01/p1121>
- Alternativer argentinischer Radiosender:
www.lacolifata.org
- Literaturliste zum Weiterlesen Indymedia ist ein internationales Netzwerk von Medieninitiativen und AktivistInnen für weltweite unabhängige und unkommerzielle Berichterstattung von unten:
<http://de.indymedia.org>



Das Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e.V. (FDCL)

Das Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e.V. (FDCL) ist nach seiner Gründung 1974 zum größten unabhängigen, nicht-staatlichen Lateinamerika-Archiv im deutschsprachigen Raum herangewachsen. Darüber hinaus ist das Zentrum eine Anlaufstelle für Menschen und Gruppen, die sich über Lateinamerika informieren oder sich zu bestimmten Themen engagieren wollen.

Das FDCL ist ein gemeinnütziger Verein, der durch seine Aktivitäten einen Beitrag zur Völkerverständigung leisten will. Es versteht sich als Teil der bundesdeutschen Solidaritätsbewegung und dient weit über die Grenzen Berlins hinaus als Informations- und Kommunikationszentrum. Verschiedene Solidaritätsgruppen, Länderkomitees, MigrantInnengruppen, lateinamerikabezogene Medienprojekte und entwicklungspolitisch orientierte Initiativen arbeiten unter dem "Dach" des FDCL.

Das FDCL hat eine internationalistische Grundorientierung und den Anspruch, auch hierzulande das politische Geschehen mitzugestalten - beispielsweise zu Themen wie Menschenrechte, Entwicklungspolitik oder Umwelt und nachhaltige Entwicklung. Entwicklungspolitisch konzentriert sich das FDCL auf die Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit im Inland. So organisiert der Verein politische Informations- und Diskussionsveranstaltungen, Tagungen, Kulturprogramme und öffentliche Aktionen. In unregelmäßigen Abständen veröffentlicht das FDCL Bücher, Reader und Informationsmaterialien. Seit 1974 leistet das FDCL einen kritischen und kontinuierlichen Beitrag zur Dokumentation gesellschaftlicher Prozesse in Lateinamerika.

Die Arbeit des FDCL wird in weiten Teilen von ehrenamtlichen MitarbeiterInnen getragen. Auch finanziell ist der Verein existentiell auf Beiträge von Mitgliedern und FördererInnen angewiesen. Spenden an das FDCL sind steuerlich absetzbar. Der Förderkreis des Vereins wird mindestens einmal im Jahr über die laufende Arbeit informiert. Unterstützung und Mitarbeit sind herzlich willkommen!

Spendenkonto: Postbank Berlin, Kontonummer: 17 69 66-104, Bankleitzahl: 100 100 10

Folgende Reader wurden bereits vom FDCL e.V. herausgegeben:

- Ein Kontinent in Bewegung – Migration und Geschlecht. April 2006, 200 Seiten
- Tijuana - Begrenzung und Entgrenzung im Norden Mexikos. Dezember 2005, 134 Seiten
- „Patented New World“ – Internationales Geistiges Eigentumsrecht im Nord-Süd-Konflikt, Materialsammlung des FDCL-Archivs zur Tagung von hbs/FDCL am 2.-3. Juni 2005, 1. Auflage, (dt.-sp.-port.), 73 Seiten
- Recht auf Bildung in Lateinamerika - Die Fallbeispiele Kuba, Brasilien und Mexiko - 1. Auflage 2004, (dt.-sp.-port.), 116 Seiten
- NAFTA - CAFTA - FTAA ? Der Freihandel erobert Mittelamerika. Hintergrundtexte zu den aktuellen Entwicklungen der Freihandelsagenda in Zentralamerika (englisch-spanisch-deutsch). März 2004. 158 Seiten.

- **Recht auf Wasser in Lateinamerika.** Wirtschaftliche, Soziale und Kulturelle Menschenrechte am Beispiel der Konflikte um Wasser in Bolivien und Brasilien (portugiesisch-spanisch-deutsch). März 2004. 105 Seiten.
- **Muita gente sem terra - muita terra sem gente.** Recht auf Land. Wirtschaftliche, Soziale und Kulturelle Menschenrechte in Brasilien am Beispiel der Landkonflikte (portugiesisch-englisch-deutsch). Oktober 2003, 132 Seiten.
- **Soziale Unruhen in Bolivien – ein Land vor dem Umbruch?** (Hintergrund)Texte zur aktuellen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Lage in Bolivien inkl. einer Chronologie der Ereignisse seit April 2000. April 2003, 129 Seiten.
- **Jedem sein Porto Alegre - Das Weltsozialforum und seine Regionalisierung.** Ein Reader zu Neoliberalismus und Widerstand: Entstehung und Entwicklung des Weltsozialforums und der Regionalforen. November 2002, 115 Seiten.
- **Der Weg der indigenen Würde - vom gemeinsamen Gehen.** Eine Dokumentation mit Reden, Texten, Hintergründen zur Marcha Zapatista im Februar/März 2001. Herausgeberinnen: Mexiko-Gruppe im FDCL. Oktober 2002, 124 Seiten.
- **Die Argentinienkrise: Tragödie oder Neuanfang?** Analysen und Perspektiven zu Wirtschaftskrise, sozialen Bewegungen und der Selbstorganisation der Bevölkerung. April 2002; 140 Seiten.
- **Schritt für Schritt zur Gerechtigkeit? Der lange Kampf gegen Straflosigkeit in Argentinien.** 2. Teil/Aktualisierung des Readers vom Februar 2001. April 2002, 122 Seiten.
- **Unser Land - Indigene Selbstbestimmung in Zeiten der Globalisierung.** Oktober 2001. 67 Seiten. Redaktion: Kolumbiengruppe Berlin im FDCL (deutsch-spanisch)
- **Biopiraterie: Mexiko - Gentechnik - Globalisierung.** (Materialsammlung), September 2001. 130 Seiten. Redaktion: Anne Kristin Schwengler
- **Warten auf Gerechtigkeit. Menschenrechte und der lange Kampf gegen Straflosigkeit in Argentinien (25 Jahre nach dem Militärputsch).** Februar 2001. Ca.120 Seiten.
- **Plan Colombia. Analysen und Berichte zu Kolumbien.** Oktober 2000. Ca.160 Seiten.
- **El mundo ya lo condenó - Der Fall Pinochet.** September 1999. Ca.120 Seiten.
- **Gute Kinder ...schlechte Kinder. Strassenkinder in Deutschland.** (auf spanisch und portugiesisch) Redaktion: Strassenkinderkomitee im FDCL. Dezember 1998.
- **Gewinnerinnen der Globalisierung? Frauenarbeit in Lateinamerika.** Eine Dokumentation. Dezember 1996.
- **Reader des ersten europäischen Treffens für eine menschliche Gesellschaft und gegen den Neoliberalismus.** Redaktion: Mexiko-Gruppe im FDCL September 1996
- **Zukunftsfähiges Deutschland? Beiträge zur Debatte.** Februar 1996 (vergriffen)
- **Die Kinder der anderen - Materialien und Beiträge zu Strassenkindern in Brasilien.** Redaktion: Strassenkinderkomitee im FDCL. Dezember 1993

Publikationsreihe zum Thema: "500 Jahre indigener, schwarzer, Frauen - und allgemeiner Widerstand":

- Cuba. Texte aus der lateinamerikanischen Diskussion (spanisch). Materialien aus dem Archiv N° 4 Januar 1993
- Indígenas. Organisationen und Positionen Diskussionsmaterial N°3 Januar 1992
- Mujeres. Materiales de Discusión - V Centenario N° 1 August 1991
- Frauen und Kolonialismus. Diskussionsmaterial - V Centenario N° 2 August 1991

Impressum

Herausgeber:

FDCL (Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile -
Lateinamerika)
Im Mehringhof, 3. Aufgang, 5. Stock
Gneisenastr. 2a
10961 Berlin

Tel: ++49 (0) 30-693 40 29
Fax: ++49 (0) 30-692 65 90
E-Mail: archiv@fdcl.org
Homepage: <http://www.fdcl.org>

Textzusammenstellung & Layout:

Daniela Mihok
Amrei Buchholz

DANKE für die tatkräftige Unterstützung an Eva Danninger und Jan Dunkhorst

Für weitere Recherchen zu diesem oder anderen Themen stehen wir Euch im Archiv des FDCL gerne zur Verfügung. Öffnungszeiten: Di - Do 10 - 16 Uhr, Fr 12 - 16 Uhr oder nach Vereinbarung.

